14
Auswirkungen der Coronapandemie

Auszug aus dem Datenreport 2021

Die Inhalte des Datenreports werden unter der Creative Commons Lizenz
»CC BY-NC-ND 4.0 – Namensnennung – Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0« veröffentlicht.

Auswirkungen der Corona-pandemie

Die Herausgeber

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

In den vorangegangenen 13 Kapiteln beschreibt der Datenreport aus verschiedenen Blickwinkeln, wie es den Menschen in Deutschland geht. In manchen Bereichen sind über einen langen Zeitraum nur wenig Veränderungen zu beobachten. Im Jahr 2020 haben die Menschen in Deutschland ganz andere Erfahrungen gemacht. Vieles, was sie als selbstverständlich und konstant betrachtet hatten, war plötzlich infrage gestellt.

Die Coronapandemie hat sich wie kaum eine andere Krise der zurückliegenden Jahre auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft ausgewirkt: Die in Kapitel 4.1 dargestellte positive Wirtschaftsleistung bis einschließlich 2019 kehrte sich im Jahr 2020 um in eine tiefgreifende ökonomische Krise. Die Kommunikation über digitale Medien war zwar auch zuvor schon Teil des Alltags – nun ist sie jedoch unverzichtbar geworden. Homeoffice konnte die wirtschaftlichen Auswirkungen abfedern und wird die Arbeitswelt und ihre Organisationsformen (Kapitel 5.5) auch über die Krise hinaus grundlegend verändern. Die zeitweise Schließung von Kitas und Schulen erforderte eine Neuorganisation der Kinderbetreuung in den Familien und beeinflusste damit die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern (Kapitel 5.6). Die Schule, die im Datenreport in Kapitel 3.1 beschrieben wird, hat plötzlich innerhalb weniger Monate Herausforderungen zu bewältigen, die unter normalen Bedingungen vermutlich erst Jahrzehnte später angepackt worden wären – wenn überhaupt. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung (Kapitel 3.2) haben individuelle und digitale Formen des Lernens während der Pandemie an Bedeutung gewonnen. Zivilgesellschaftliches Engagement (Kapitel 11.4), etwa von Freunden und Nachbarn, konnte dazu beitragen, dass älteren Menschen der Einkauf abgenommen wurde oder dass Eltern in der Phase der Schul- und Kitaschließungen entlastet wurden. Sogenannte Hamsterkäufe veränderten das Kaufverhalten bei bestimmten Waren zeitweise enorm. Sommerurlaub in der Heimat – für viele vorher nicht die erste Wahl – wird nun womöglich zur langfristigen Alternative.

Ebenso hat die Pandemie die Situation vieler Menschen verändert. Wie geht es ihnen in diesen Zeiten? Welche Ängste und Sorgen beschäftigen sie? Wichtige Fragen stellen sich auch hinsichtlich der Entwicklung sozialer Ungleichheit. Haben die bestehenden Abstände zwischen sozialen Schichten (Kapitel 8.1) und Einkommensgruppen (Kapitel 6.3) in unserer Gesellschaft zugenommen? Zeichnen sich Veränderungen der Vermögensverteilung (Kapitel 6.4) ab? Wie verändert sich die ohnehin schon schwierige Situation von Menschen in prekären Arbeits- und Lebensumständen, wie sie in Kapitel 5.4 dargestellt wurden?

Die Auswirkungen der Coronapandemie werden erst Jahre später zu bewerten sein. Manche Veränderungen werden bleiben, andere werden vermutlich früher oder später nicht mehr in Zahlen sichtbar sein. Mit diesem 14. (Sonder-)Kapitel des Datenreports wollen wir dennoch – auf Basis der Daten, die bis Redaktionsschluss vorlagen – einen aktuellen Blick auf den bisherigen Verlauf der Pandemie und deren Auswirkungen werfen.

Dabei schauen wir in Kapitel 14.1 in erster Linie auf ökonomische Indikatoren der amtlichen Statistik sowie Ergebnisse sogenannter experimenteller Daten (siehe Kapitel 14.1, Seite 466, Info 1). In Kapitel 14.2 greifen wir Ergebnisse der Mannheimer Corona-Studie auf, in der ab März 2020 wöchentlich rund 3 600 Personen zu verschiedenen Aspekten ihrer Arbeits- und Lebenssituation befragt wurden. Im Mittelpunkt steht die veränderte Beschäftigungssituation der Erwerbstätigen bis Anfang Juli 2020. Es zeigen sich Geschlechter-, Bildungs- und Einkommensunterschiede etwa hinsichtlich der Betroffenheit von Kurzarbeit oder der Möglichkeiten, im Homeoffice zu arbeiten. In Kapitel 14.3 beleuchten wir die Bedeutung von Homeoffice für Eltern während der Phase der Kita- und Schulschließungen. Anhand von Daten des Mikrozensus und der Mannheimer Corona-Studie wird die Nutzung von Homeoffice vor und während der Krise verglichen. Zudem wird analysiert, wie sich der Arbeitsort von Eltern während der Krise – beim Arbeitgeber versus Homeoffice – auf Zeitverwendung und Zufriedenheit in den Bereichen Arbeit und Familie ausgewirkt hat. Da COVID-19 nicht alle Bevölkerungsgruppen und -schichten auf die gleiche Weise betrifft, zeigt das Robert Koch-Institut in einem kurzen Beitrag (»Soziale Unterschiede im COVID-19-Risiko am Anfang der Pandemie«, Seite 500) Ungleichheiten im Infektionsrisiko auf. Vor diesem Hintergrund werden in Kapitel 14.4 auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels die Folgen der Pandemie für verschiedene Bevölkerungsgruppen untersucht. Der Fokus liegt dabei auf Einkommensungleichheiten. In den Blick genommen werden die Einkommensentwicklung, das Risiko des Arbeitsplatzverlustes, finanzielle Probleme sowie Maßnahmen am Arbeitsplatz zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie.

14.1 Zahlen und Fakten zur Coronapandemie

Statistisches Bundesamt (Destatis)

14.1.1 Wirtschaft

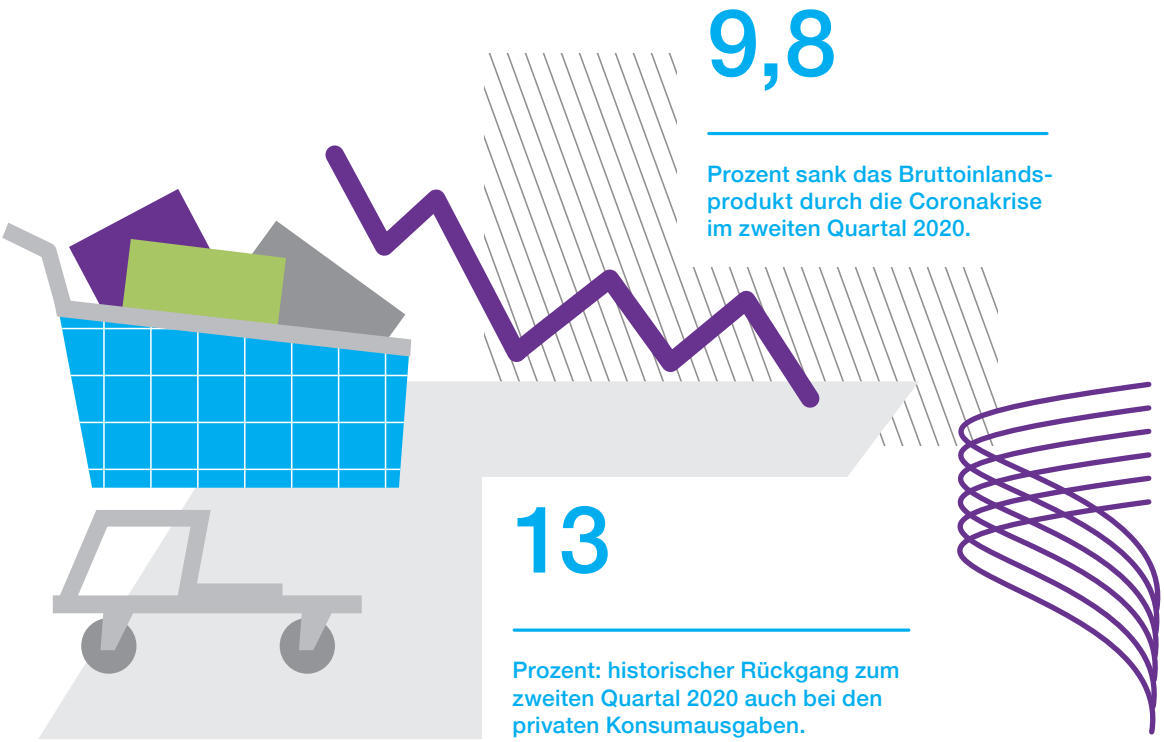
Bruttoinlandsprodukt

Im Jahr 2020 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) durch die Coronapandemie – nach vorherigem jahrelangen Wachstum – deutlich gefallen. Bereits im ersten Quartal ist es gegenüber dem Vorquartal um 1,9 % gesunken, im zweiten Quartal um weitere 9,8 %. Im dritten Quartal ist das BIP gegenüber dem zweiten Quartal um 8,5 % gestiegen. Damit konnte die Wirtschaft einen Großteil des massiven Rückgangs des zweiten Quartals wieder aufholen. Das BIP war aber immer noch niedriger als im vierten Quartal 2019. Zum Vergleich: In den fünf Jahren zuvor bewegten sich die Veränderungen stets zwischen – 0,5 % und + 1,2 % zum Vorquartal. Auch im Vergleich zu den Entwicklungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 fiel der Rückgang 2020 deutlicher aus: Damals war der stärkste Rückgang im ersten Quartal 2009 mit – 4,7 % zu beobachten. Wie das Bruttoinlandsprodukt berechnet wird, beschreibt Kapitel 4.1, Seite 129. ▸ Abb 1

Private Konsumausgaben

In der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wirkten die privaten Konsumausgaben stabilisierend. In der ersten Jahreshälfte 2020 sind sie jedoch deutlich eingebrochen. Die behördlichen Infektionsschutzmaßnahmen sowie Verhaltensanpassungen der Bevölkerung aus Sorge vor einer Ansteckung führten dazu, dass die privaten Haushalte ihr Einkommen nicht im gewohnten Umfang ausgeben konnten. Während die privaten Konsumausgaben im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt noch zweistellig absackten (– 13,0 %), fiel der Rückgang im dritten Quartal aufgrund der Lockerungen der Coronamaßnahmen mit – 3,7 % moderater aus.

Über die Hälfte des nominalen Bruttoinlandsprodukts entfällt auf die privaten Konsumausgaben (siehe Kapitel 4.1.3, Seite 134). Dies macht deutlich, warum der private Konsum so wichtig für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist. ▸ Abb 2



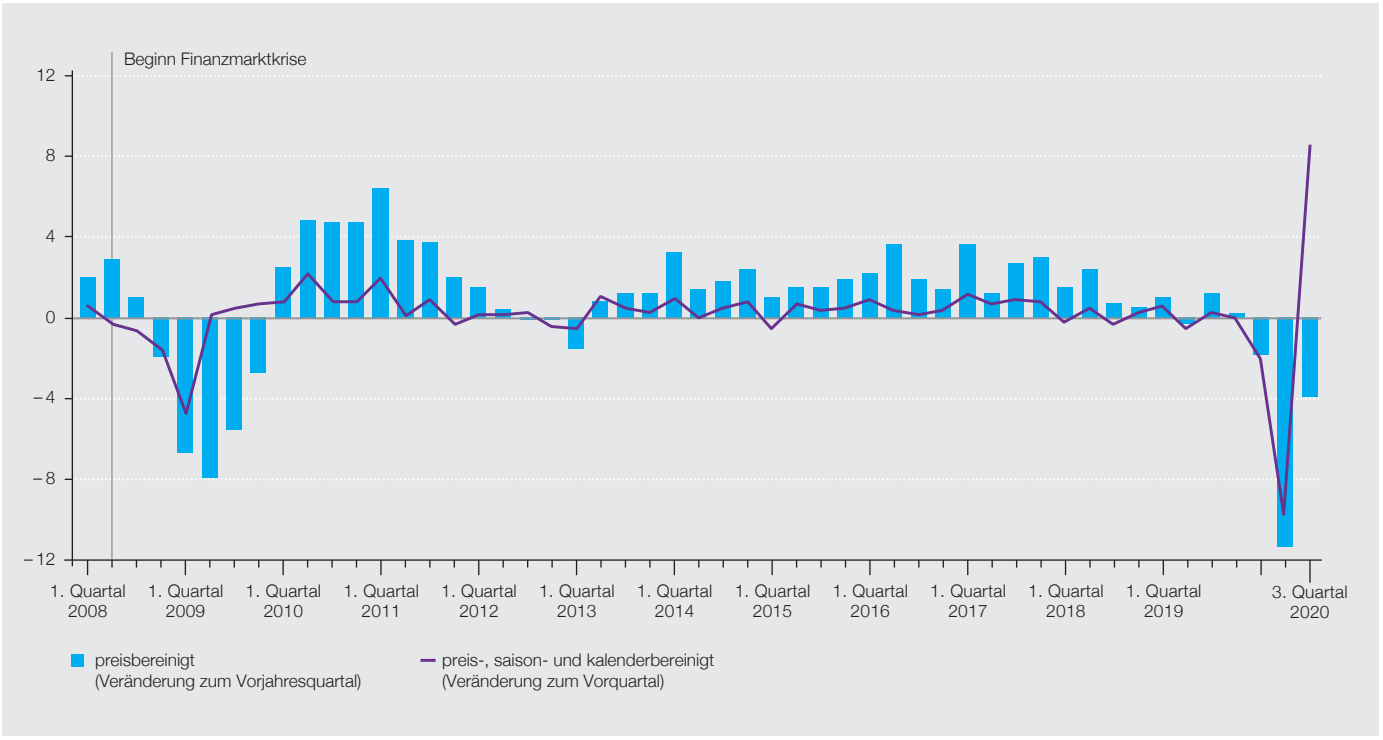
9,8

Prozent sank das Bruttoinlandsprodukt durch die Coronakrise im zweiten Quartal 2020.

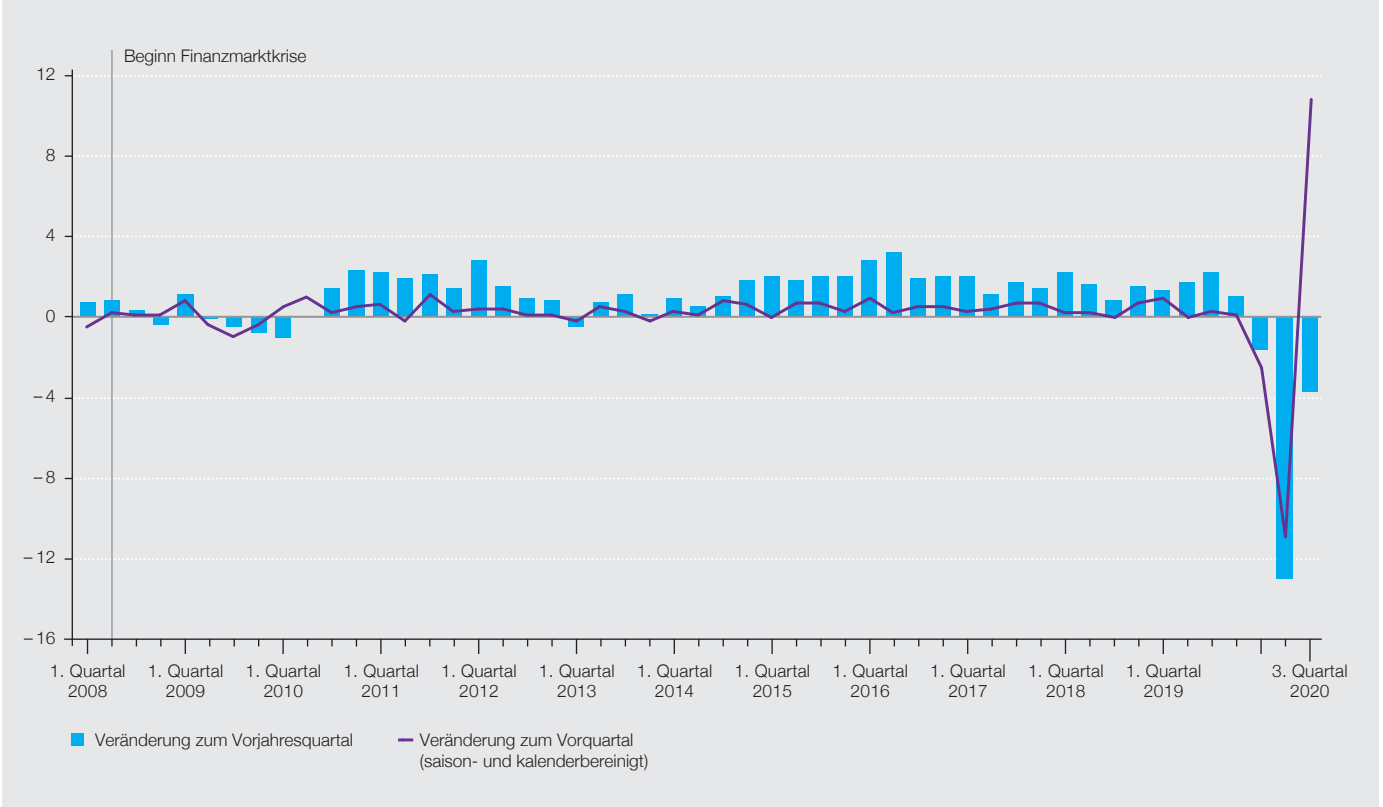
13

Prozent: historischer Rückgang zum zweiten Quartal 2020 auch bei den privaten Konsumausgaben.

▶ Abb 1 **Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt — Veränderung in Prozent**



▶ Abb 2 **Private Konsumausgaben, preisbereinigt — Veränderung in Prozent**



▶ Info 1

Was sind »experimentelle Daten«?

Die Daten, die das Statistische Bundesamt erhebt und veröffentlicht, haben amtlichen Charakter. Sie bilden auf gesetzlicher Grundlage die wirtschaftliche und soziale Lage, die demografische Entwicklung und die Situation der Umwelt in Deutschland ab. Darüber hinaus erprobt das Amt aber auch neue Methoden der Datengewinnung, zum Beispiel das Darstellen der räumlichen Mobilität durch Mobilfunkdaten oder das Erfassen der Nachfrage nach bestimmten Produkten sowie deren Preise mithilfe digitaler Kassendaten. Während der Erprobungsphase sind diese Daten noch nicht amtlich, sondern experimentell, da sie sich im Reifegrad von amtlichen Daten unterscheiden. Sie bieten jedoch oft interessante und – gerade in Krisenzeiten besonders wichtig – aktuellere Erkenntnisse zu den Themen der amtlichen Statistik und darüber hinaus. Experimentelle Daten sind daher von öffentlichem Interesse und werden zusätzlich zum amtlichen Statistikprogramm veröffentlicht.

14.1.2 Kaufverhalten, Verbraucherpreise und Steuern

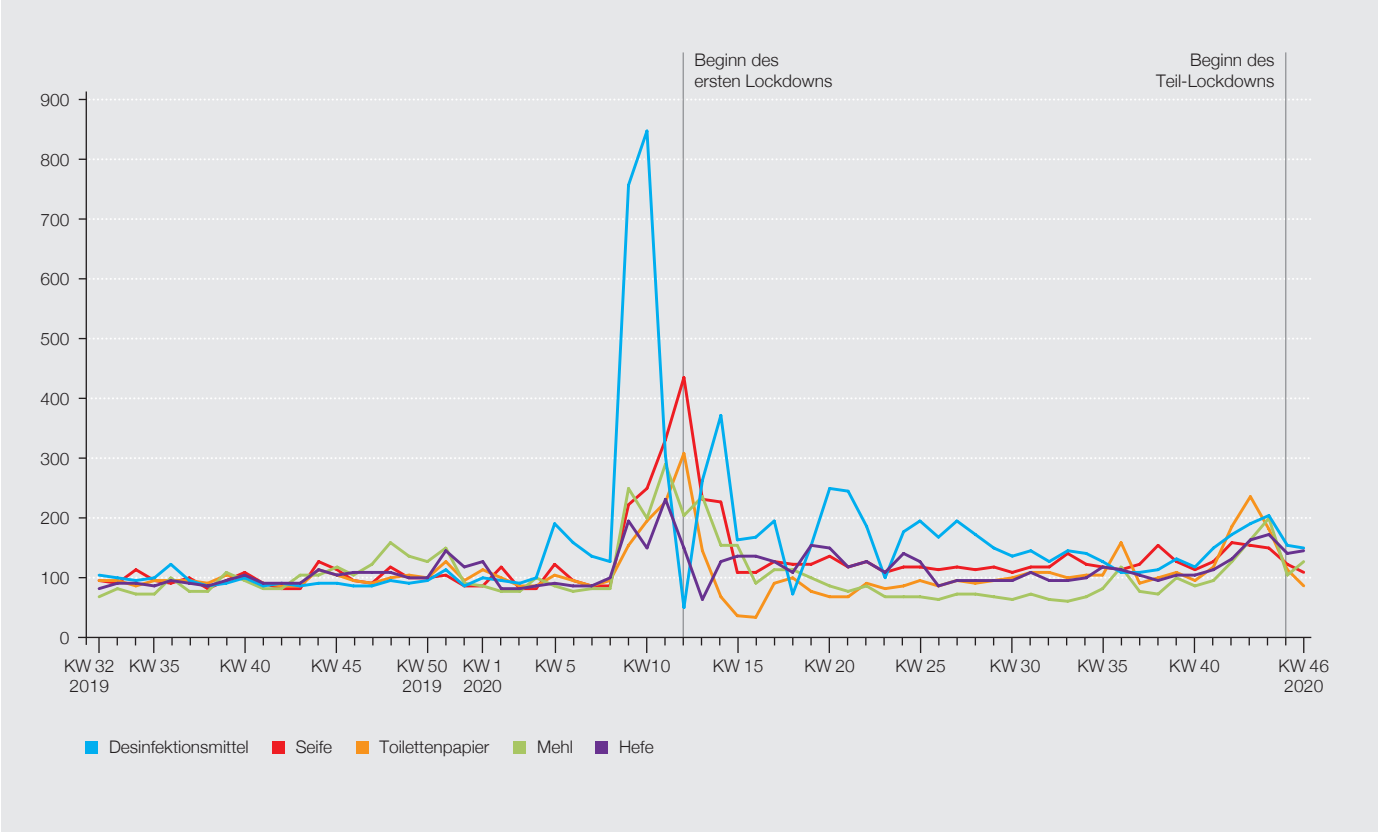
Kaufverhalten

Im Kontext von Vorratskäufen und leeren Supermarktregalen zu Beginn der Coronakrise hat das Statistische Bundesamt digitale Kassendaten als sogenannte experimentelle Daten im Hinblick auf das Kaufverhalten der Bürgerinnen und Bürger ausgewertet. Diese Scannerdaten sind eine neue vielversprechende Datenquelle zur Qualitätssicherung und Prozessoptimierung für die Preisstatistik. Sie sind aber auch geeignet, um Veränderungen beim Kaufverhalten der Konsumentinnen und Konsumenten schnell zu erkennen. Vor allem bei Seife, Toilettenpapier und Desinfektionsmittel zeigt sich die sprunghaft angestiegene Nachfrage deutlich in den ausgewerteten Daten. ▶ Info 1

In der ersten Märzwoche (Kalenderwoche 10) des Jahres 2020 stieg der Absatz von Desinfektionsmittel auf mehr als das Achtfache des Niveaus vor der Coronakrise (+ 751 % verglichen mit dem Durchschnitt der Vorkrisenmonate August 2019 bis Januar 2020). In den beiden Wochen danach brach der Absatz ein und lag Mitte März nur noch bei der Hälfte des sonst üblichen Absatzes. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Produkt vorübergehend praktisch ausverkauft war.

Die Verkaufszahlen von Seife und Toilettenpapier erreichten ihre Spitzenwerte in der 12. Kalenderwoche 2020. Sie lagen mehr als viermal beziehungsweise dreimal so hoch wie in der Phase vor der Coronakrise (Seife: + 337 %, Toilettenpapier: + 211 %) und gingen bis Anfang April (15. Kalenderwoche) wieder stark zurück. In den danach folgenden Sommer-

▶ Abb 3 **Absatzindex von ausgewählten Verbrauchsgütern — Durchschnitt von 32. Kalenderwoche 2019 bis 5. Kalenderwoche 2020 = 100**



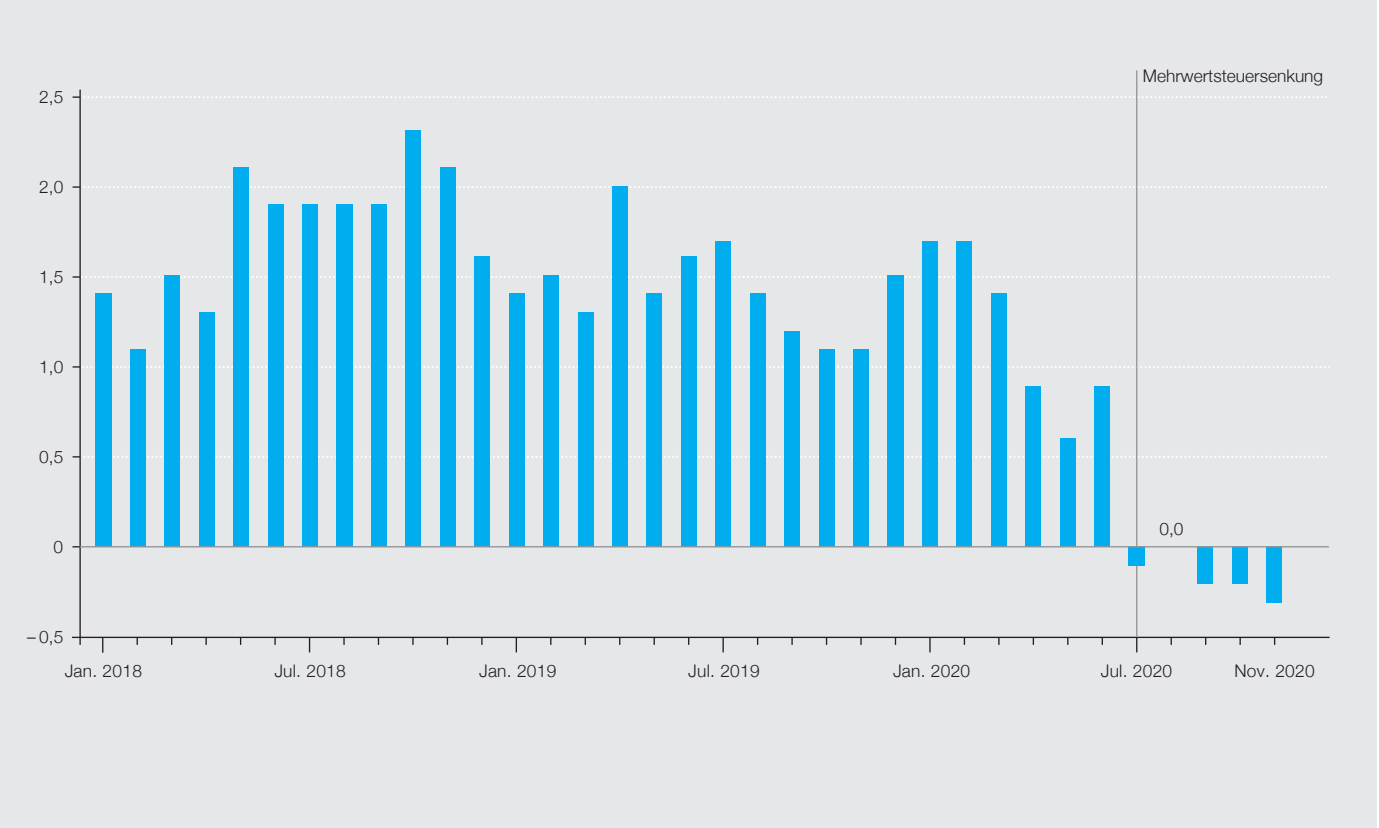
monaten lagen die Absatzzahlen von Desinfektionsmittel und Seife weitgehend konstant über dem Niveau des Vergleichszeitraums. Vermutlich hängt dies mit einem höheren Hygienebewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch mit den Hygienevorschriften in Gastronomie, Handel und Praxen zusammen.

Unmittelbar vor dem Teil-Lockdown in Deutschland, der am 2. November 2020 in Kraft trat, hat sich die Nachfrage nach ausgewählten Hygieneartikeln und Lebensmitteln teilweise wieder deutlich erhöht (Toilettenpapier: + 139 %, Desinfektionsmittel: + 104 %, Mehl: + 101 %, Hefe: + 74 % gegenüber dem Vorkrisenniveau). Die sehr hohen Absatzzahlen aus der Phase vor und während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 wurden allerdings nicht beobachtet. ▸ Abb 3

Mehrwertsteuersenkung und Verbraucherpreise

Zum 1. Juli 2020 hat die Bundesregierung ein Konjunkturpaket auf den Weg gebracht, um die Folgen der Coronakrise zu bewältigen. Ein Bestandteil davon war die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze von 19 auf 16 % beziehungsweise für Güter mit ermäßigtem Steuersatz von 7 auf 5 % ab dem 1. Juli, befristet bis 31. Dezember 2020. Die Maßnahme zielte unter anderem darauf ab, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, den privaten Konsum zu steigern und die Unternehmen zu unterstützen. Die Analyse der Wirkung dieser Maßnahmen ist sehr vielschichtig. Doch zunächst stellt sich die Frage, ob die Steuersenkung bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankam und zu sinkenden Preisen führte. Nach einer Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes hat die Steuersatzsenkung bei vollständiger Weitergabe an die Verbraucherinnen und Verbraucher rein rechnerisch einen preisdämpfenden Effekt auf die Entwicklung der Verbraucherpreise von bis zu 1,6 Prozentpunkten. Es ist allerdings nur schwer messbar, in welchem Umfang die niedrigeren Steuersätze weitergegeben wurden, da auch viele andere Faktoren die Preisentwicklung beeinflussen. Tatsächlich betrug die amtliche Inflationsrate im Juli 2020, gemessen am Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat, – 0,1 % und ist damit ins Minus gerutscht. Auch in den Folgemonaten zeigte die Mehrwertsteuersenkung Wirkung: Im August 2020 lag die Inflationsrate bei 0,0 %, im September und Oktober 2020 betrug sie jeweils – 0,2 %, im November – 0,3 %. ▸ Abb 4

▸ Abb 4 **Verbraucherpreisindex (2015 = 100)**
— Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent



Kassenmäßige Steuereinnahmen

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie haben sich auch auf die Einnahmen aus der Luftverkehrsteuer, der Biersteuer und der Energiesteuer ausgewirkt. Ab März beziehungsweise April 2020 gingen die Einnahmen aus diesen Steuern rapide zurück und erreichten im Mai (Biersteuer) beziehungsweise Juni (Energie- und Luftverkehrsteuer) ihren Tiefpunkt. Im August lagen die Einnahmen aus der Biersteuer bereits über dem Vorkrisenniveau von Februar. Bei der Energiesteuer befanden sie sich noch leicht, bei der Luftverkehrsteuer deutlich darunter.

Basis dieser Daten sind die saison- und kalenderbereinigten Ergebnisse zum Steueraufkommen, mit denen die Auswirkungen auf die kassenmäßigen Steuereinnahmen dargestellt werden können. Mit der Saisonbereinigung werden Schwankungen aus den Zeitreihenwerten herausgerechnet – zum Beispiel die Auswirkungen von jahresüblichen Schwankungen durch die verschiedenen Zahlungsfristen der verschiedenen Steuerarten. ▶ Abb 5

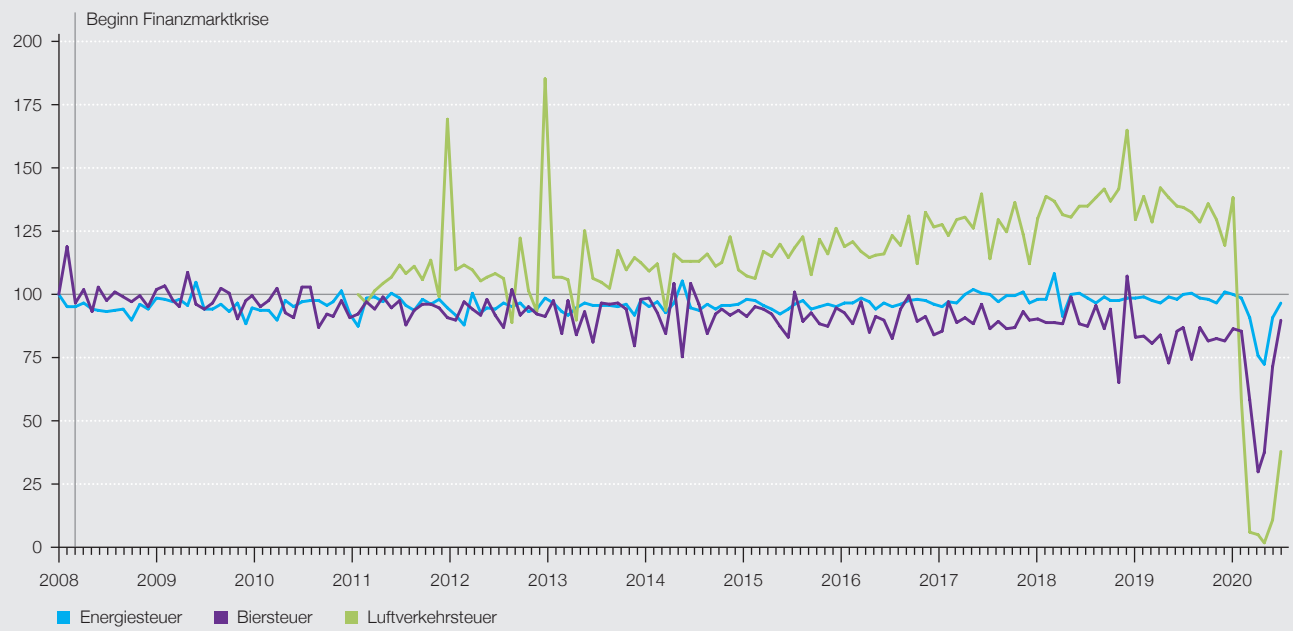
14.1.3 Mobilität

Mobilfunkdaten

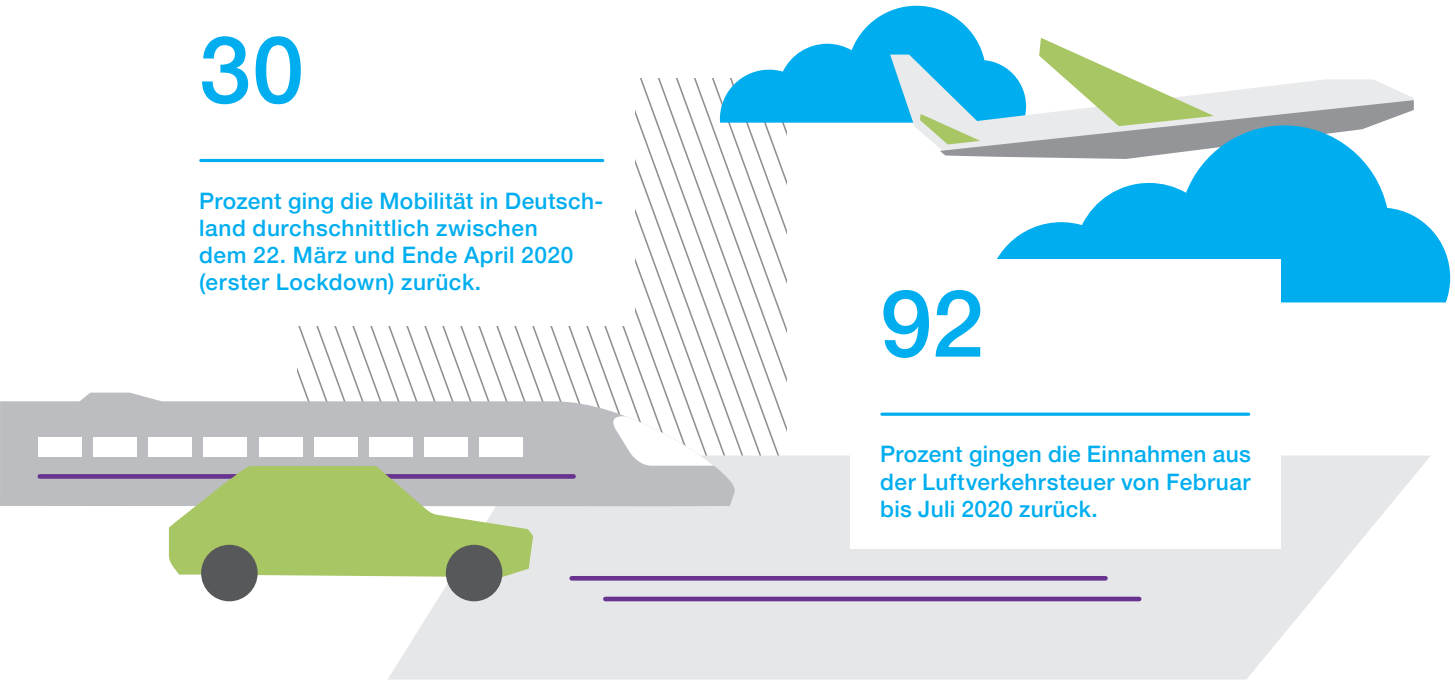
Mit Beginn der Coronakrise Mitte März zeigte sich deutschlandweit ein Rückgang der Mobilität der Bevölkerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das ist das Ergebnis einer Sonderauswertung anonymisierter Mobilfunkdaten des Statistischen Bundesamtes, auf deren Basis ein experimenteller Mobilitätsindikator berechnet wurde. Mobilfunkdaten können einen Hinweis darauf geben, wie stark sich das Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger nach Inkrafttreten von Beschränkungsmaßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie verändert. Dahinter steht die Annahme, dass mit einer Verringerung der Mobilität auch die Zahl sozialer Interaktionen zurückgeht – und somit auch die Ansteckungsgefahr.

Im Durchschnitt ist die Mobilität in Deutschland im zweiten Quartal 2020 zeitweise um über 30 % zurückgegangen. Im Vergleich der Bundesländer waren nur geringe Unterschiede zu beobachten. Gerade in den Sommermonaten sind aber auch vereinzelt Abweichungen zu erkennen: Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern war die Mobilität gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich erhöht. Dies ist möglicherweise auf das veränderte Urlaubsverhalten der Bevölkerung zurückzuführen. Andererseits ging die Mobilität in den Stadtstaaten (siehe beispielhaft Berlin in Abbildung 6) stärker zurück als im Bundesdurchschnitt. ▶ Abb 6, Abb 7

▶ Abb 5 **Bereinigte Einnahmen aus ausgewählten Bundes- und Landessteuern**



Energie- und Biersteuer: 01/2008 = 100, Luftverkehrsteuer: 02/2011 = 100.



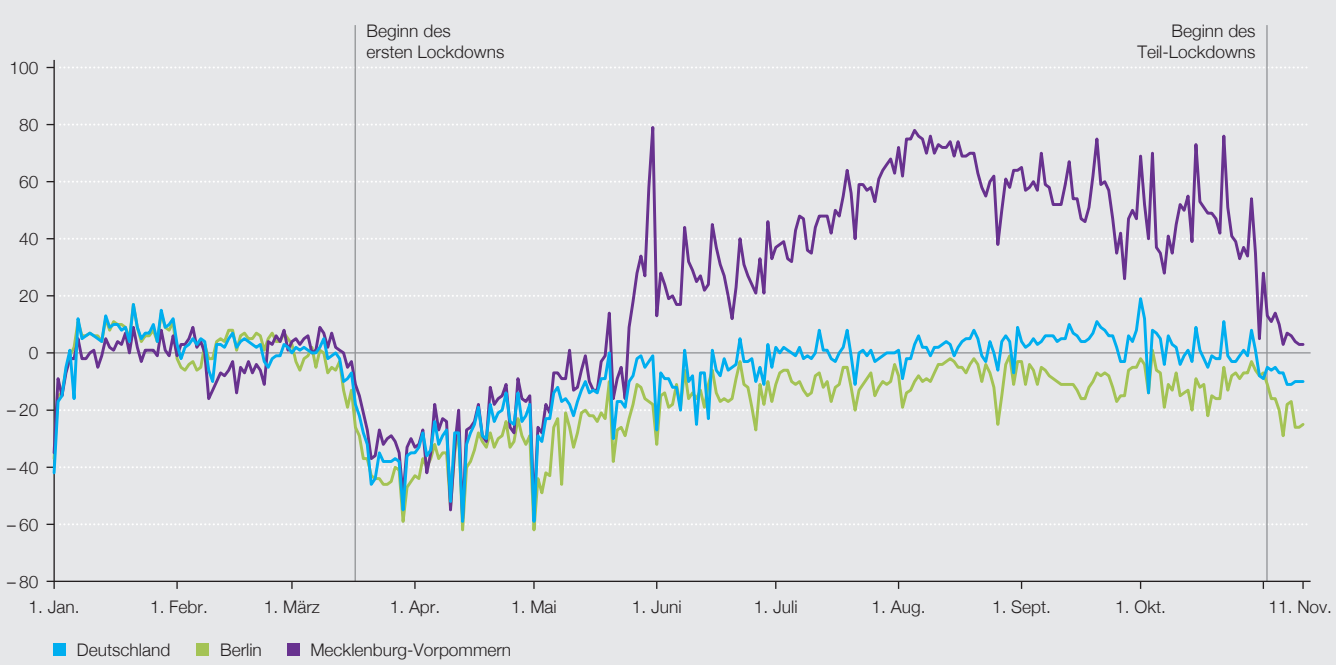
30

Prozent ging die Mobilität in Deutschland durchschnittlich zwischen dem 22. März und Ende April 2020 (erster Lockdown) zurück.

92

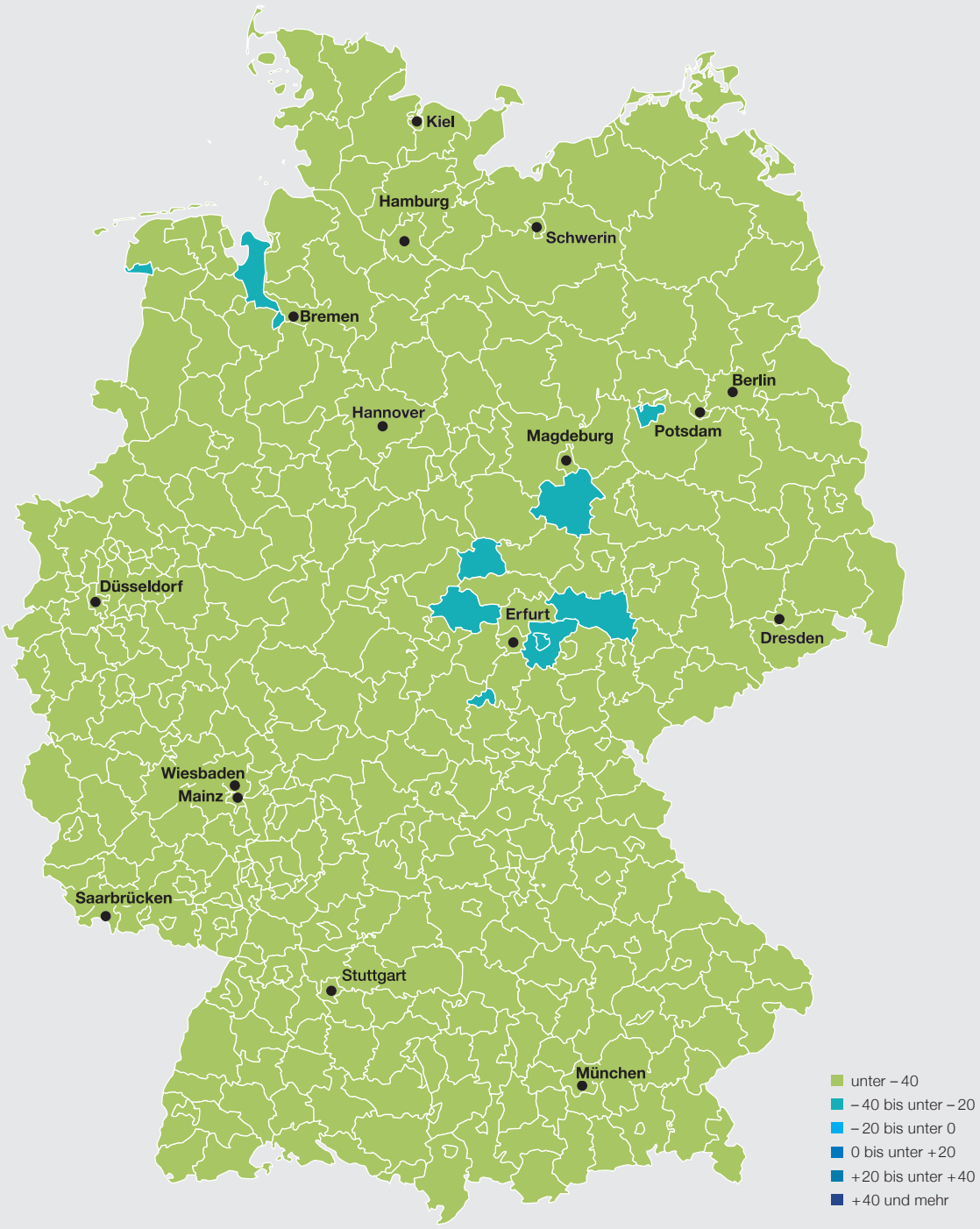
Prozent gingen die Einnahmen aus der Luftverkehrsteuer von Februar bis Juli 2020 zurück.

▶ Abb 6 **Veränderung der Mobilität 2020 gegenüber 2019 — in Prozent**



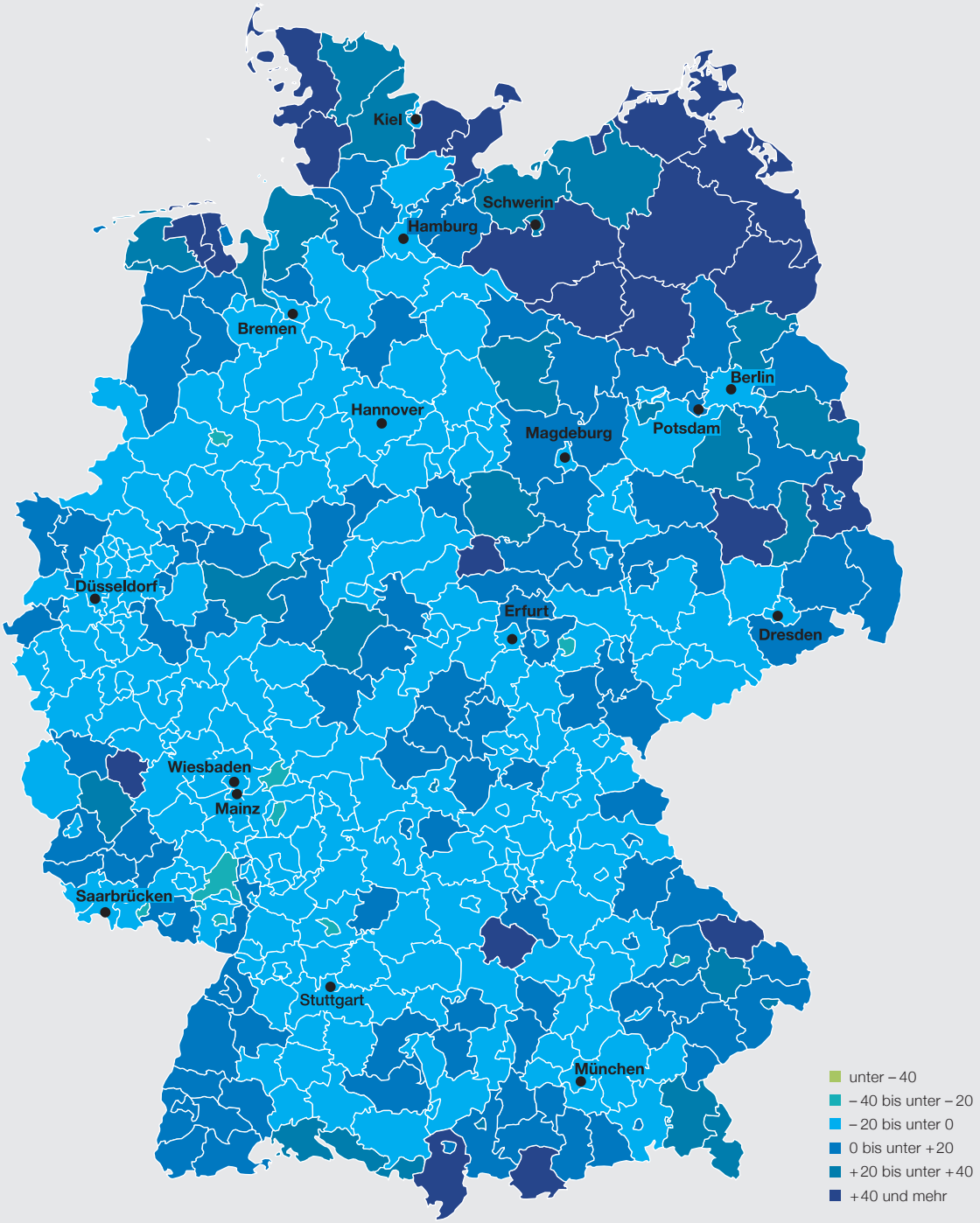
Quelle: Teralytics, Berechnungen des Statistischen Bundesamtes

▶ Abb 7a **Veränderung der Mobilität auf Landkreisebene am Sonntag, 29. März 2020 — in Prozent**



Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum.
Quelle: Teralytics, Berechnungen des Statistischen Bundesamtes

▶ Abb 7b **Veränderung der Mobilität auf Landkreisebene am Sonntag, 9. August 2020 — in Prozent**



Kartengrundlage © GeoBasis-DE / BKG 2019

Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum.
Quelle: Teralytics, Berechnungen des Statistischen Bundesamtes

Die Entwicklung der Mobilität in Deutschland ging im März und April 2020 während des ersten Lockdowns insgesamt deutlich zurück – auf der Schiene noch mehr als auf der Straße. Während der Fernverkehr auf der Straße ab August wieder das Vorjahresniveau erreicht hatte, blieb der Bahnverkehr weiter unter dem üblichen Fahrgastaufkommen zurück (etwa – 35 % im September). Der innerdeutsche Flugverkehr brach Mitte März 2020 fast vollständig ein und hat sich seitdem nur leicht erholt. ▸ Abb 8

Fluggastzahlen

Tausende Flüge gestrichen, komplette Flugzeugflotten am Boden: Die Coronakrise hat den Luftverkehr weltweit zeitweise fast zum Stillstand gebracht. Die Auswirkungen lassen sich gut an den Fluggastzahlen auf den deutschen Flughäfen beobachten. Gehen diese sonst üblicherweise im März nach oben, sind sie im März 2020 abgestürzt und haben im April 2020 mit nur noch 300 000 Passagierinnen und Passagieren (April 2019: 21,1 Millionen) ihren vorläufigen Tiefpunkt erreicht.

Die Zahl der Flugpassagiere insgesamt umfasst alle Fluggäste, die an den deutschen Hauptverkehrsflughäfen gestartet oder gelandet sind. ▸ Abb 9

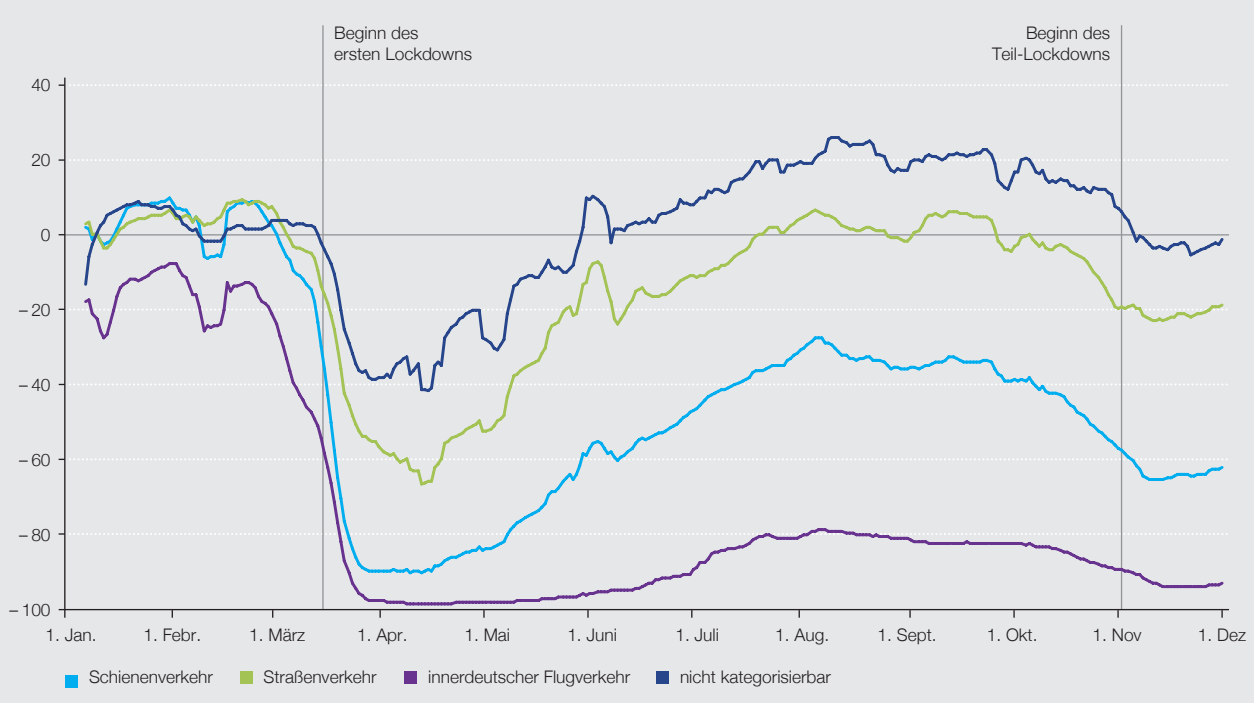
Der Lkw-Maut-Index

Der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex liefert frühzeitig Anhaltspunkte zur Entwicklung der Industrieproduktion in Deutschland. Er wurde im Bundesamt für Güterverkehr entworfen und zeigt die Veränderung der Fahrleistung, das heißt die Summe der gefahrenen Kilometer, von großen Lkw (mit mindestens vier Achsen) auf deutschen Bundesautobahnen. So kann man zum einen sehen, wie viele Lkw auf den Straßen unterwegs waren: Ab Ende März 2020 ist hier ein deutlicher Rückgang zu beobachten. Zum anderen ist es möglich, daraus Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung zu ziehen, denn die Industrie verursacht und benötigt den Transport von Gütern. Die Daten liegen mit täglicher Frequenz vor. ▸ Abb 10

14.1.4 Gastgewerbe

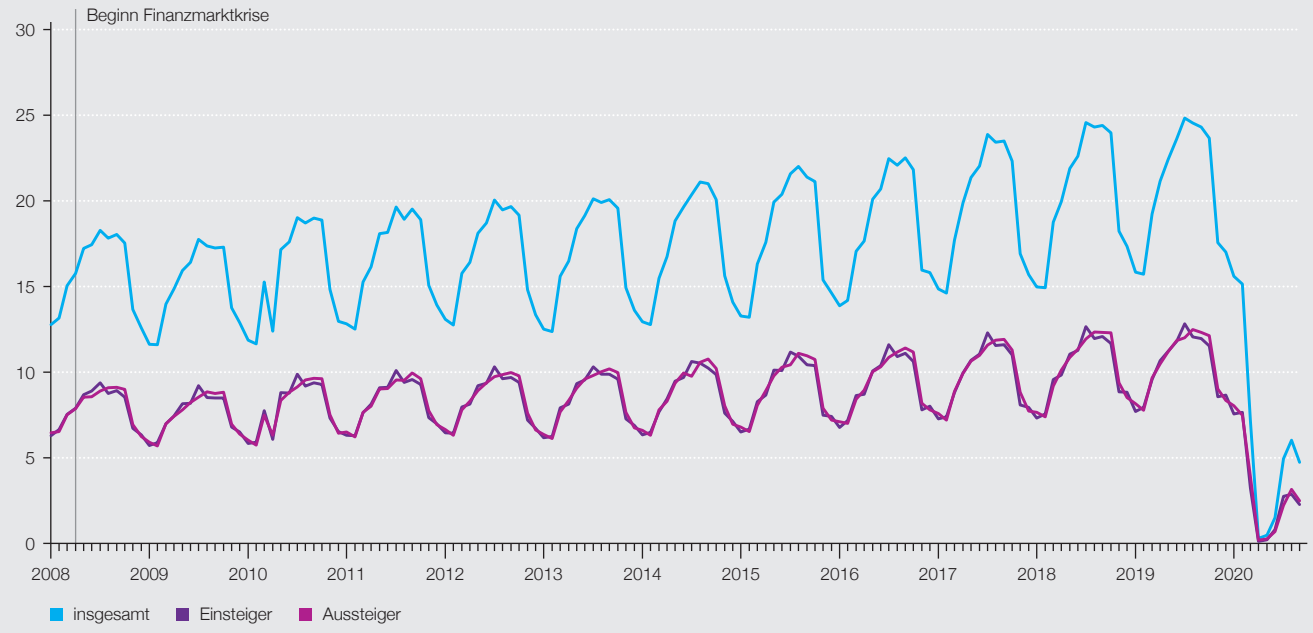
Die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie trafen ab Mitte März 2020 die Gastronomie und Hotellerie in Deutschland besonders stark. Von Mitte März bis Mitte Mai waren Unterkünfte und Gaststätten bundesweit von gravierenden Einschränkungen betroffen. Dies zeigt sich deutlich in der Entwicklung der Umsätze in Beherbergung und Gastronomie. Normalerweise verzeichnen beide Bereiche ab März steigende Umsätze – im Jahr 2020 sorgten die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie für einen nie dagewesenen Umsatzeinbruch.

▸ Abb 8 **Mobilität im Fernverkehr — in Prozent**



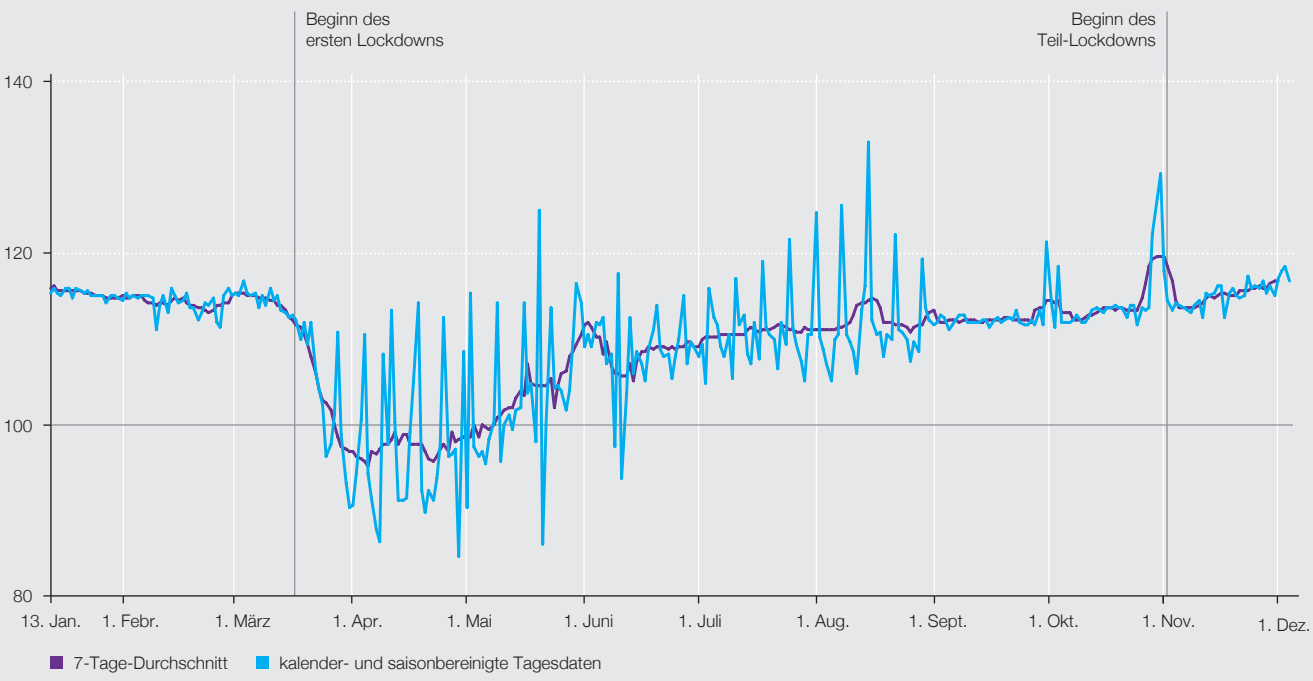
Tägliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr als 7–Tage-Durchschnitt.
Quelle: Teralytics, Berechnungen des Statistischen Bundesamtes

▶ Abb 9 **Flugpassagiere auf deutschen Flughäfen — in Millionen**



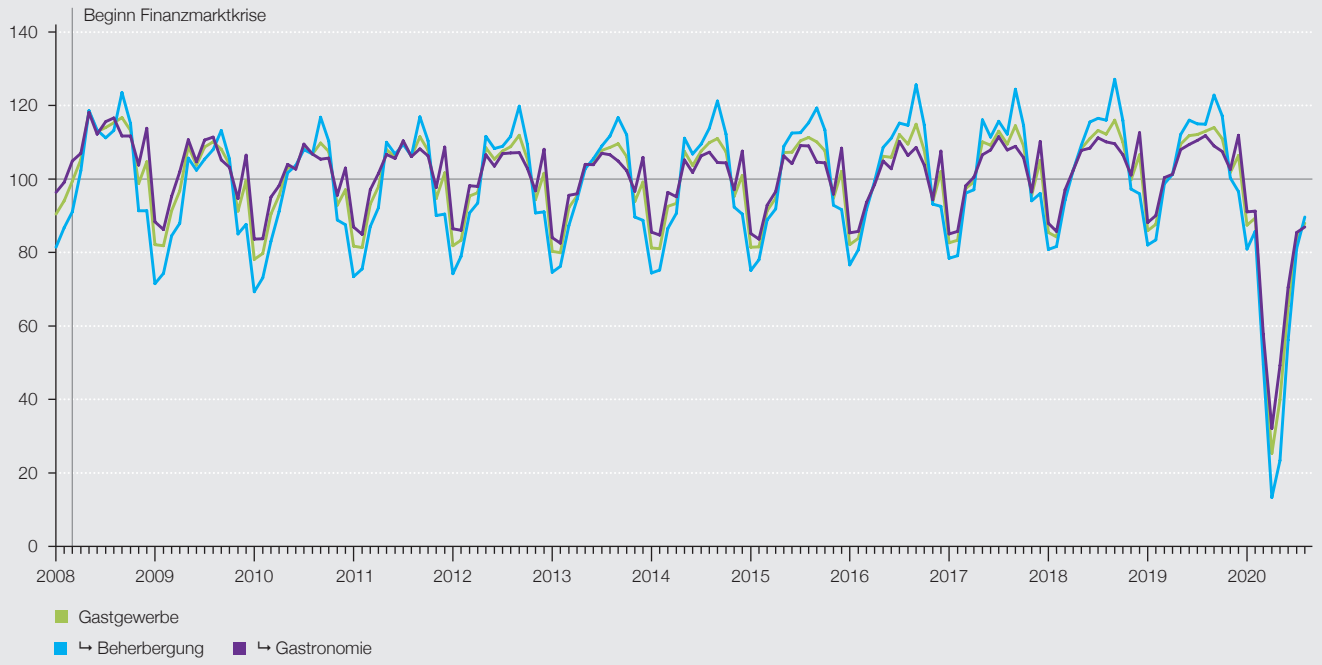
Rückgang April 2010 wegen Vulkanausbruch auf Island.

▶ Abb 10 **Lkw-Maut-Fahrleistungsindex 2020 – 2015 = 100**



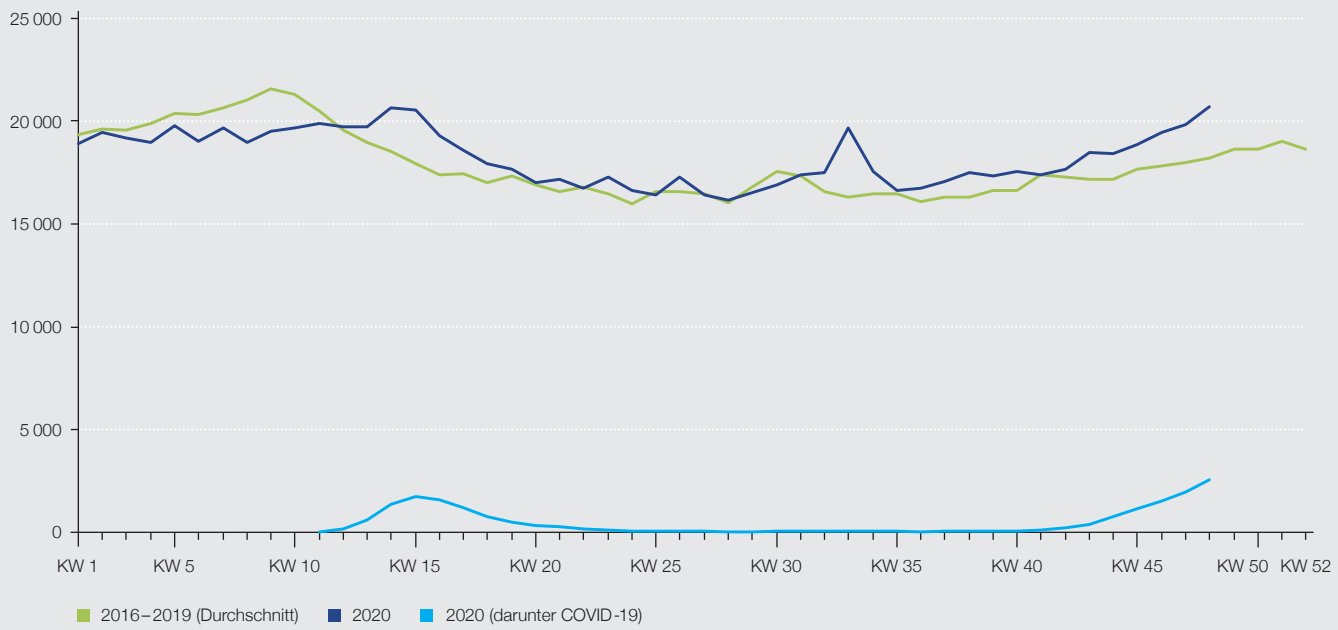
Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Bundesbank, Statistisches Bundesamt

▶ Abb 11 **Umsatz des Gastgewerbes — 2015 = 100**



In konstanten Preisen (real), Originalwert.

▶ Abb 12 **Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland**



Quelle: Sterbefallzahlen insgesamt Statistisches Bundesamt, COVID-19-Todesfälle Robert Koch-Institut

Die Beherbergung umfasst alle Möglichkeiten des Übernachtens gegen Bezahlung für einen kurzen Zeitraum. Die Palette ist breit und geht vom Hotel bis zum Campingplatz. Die Gastronomie bietet Mahlzeiten und Getränke zum sofortigen Verzehr an. Sterne-Restaurants gehören ebenso dazu wie Caterer und die Eckkneipe. ▸ Abb 11

14.1.5 Übersterblichkeit

Um die Frage zu beantworten, ob das Coronavirus zu einer Übersterblichkeit führt, beobachtet das Statistische Bundesamt anhand einer Sonderauswertung die vorläufigen Sterbefallzahlen in Deutschland – hier dargestellt bis Ende November 2020. Im April lagen die Sterbefallzahlen deutlich über dem Durchschnitt der Vorjahre. Gleichzeitig ist ein Anstieg der Todesfälle zu beobachten, die mit dem Coronavirus in Zusammenhang stehen (Quelle: Robert Koch-Institut, RKI). Als diese zurückgingen, bewegten sich Anfang Mai auch die Sterbefallzahlen zunächst wieder etwa im Durchschnitt. Im August waren sie wieder erhöht. Dieser Effekt tritt im Sommer häufig auf und ging auch in diesem Jahr offenbar auf eine Hitzeperiode zurück. Die Corona-Todesfallzahlen des RKI zeigen für den August keinen Anstieg. Ab Mitte Oktober lagen die Sterbefallzahlen wieder über dem Durchschnitt der Vorjahre. Danach stiegen mit dem erneuten Anstieg der COVID-19-Todesfallzahlen auch die gesamten Sterbefallzahlen über den Durchschnitt hinaus an. Im November lagen die Sterbefallzahlen in ähnlicher Größenordnung über dem Durchschnitt der Vorjahre wie bereits im April, als die COVID-19-Todesfallzahlen zum ersten Mal erhöht waren. Unter destatis.de/corona kann eingesehen werden, wie die Entwicklung ab Dezember 2020 verlief. ▸ Abb 12

Weiterführende Informationen sind auf der Webseite des Statistischen Bundesamtes zu finden:

BIP, kassenmäßige Steuereinnahmen, Fluggastzahlen, Lkw-Maut-Index, Gastgewerbe, Übersterblichkeit:
destatis.de/corona

Mehrwertsteuersenkung:
www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/_Grafik/_Interaktiv/vpi-raten.html

Mobilfunkdaten, digitale Kassendaten:
destatis.de/exdat

14.2 Soziale Ungleichheit in der Beschäftigungssituation während der frühen Phase der Coronakrise

Annelies G. Blom, Katja Möhring
Universität Mannheim

WZB / SOEP

Nach dem Ausbruch des SARS-CoV-2-Virus zu Beginn des Jahres 2020 wurde am 28. Februar entsprechend dem Pandemieplan des Bundes ein gemeinsamer Krisenstab des Bundesgesundheitsministeriums und Bundesinnenministeriums eingesetzt, der sich ab dem 3. März zweimal die Woche traf. Zu diesem Zeitpunkt wähnte so mancher den Aufbau eines Krisenstabs als reine Vorsichtsmaßnahme für den Fall, dass sich das Virus auch in Deutschland flächendeckend etablieren sollte. Aber spätestens ab dem 16. März, als von der Bundesregierung und den Regierungschefinnen und -chefs der Bundesländer gemeinsam sukzessive weitreichende Entscheidungen getroffen wurden, die tief in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingriffen, war deutlich, dass sich Deutschland bereits mitten im Umbruch befand. Innerhalb kurzer Zeit wurden Großveranstaltungen verboten, öffentliche Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten geschlossen, Auflagen für und Schließungen von Bars, Restaurants, Geschäften, Sportstätten sowie anderen Betrieben angeordnet und sogar die Grenzen zu unseren Nachbarländern der Europäischen Union geschlossen. Deutschland befand sich im Ausnahmezustand.

Ebenfalls im Ausnahmezustand war die Wissenschaft, die mit einer für sie ganz neuen Situation konfrontiert wurde: Entscheidungsträgerinnen und -träger in Wirtschaft und Politik benötigten dringend wissenschaftliche Erkenntnisse, und zwar nicht, wie gewohnt, nach jahrelanger sorgfältiger Forschung und Diskussion, sondern unmittelbar, innerhalb weniger Tage. Dieser wissenschaftliche Druck traf insbesondere die Virologie und Epidemiologie, deren Erkenntnisse die medizinische Bekämpfung des Virus voranbringen und die Verbreitung von SARS-CoV-2 eindämmen sollten. Aber auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften standen schlagartig im Licht der Aufmerksamkeit. Denn welche Konsequenzen würden die getroffenen Maßnahmen kurz- und langfristig für die Menschen und das Zusammenleben in Deutschland haben? Neben dem Druck, zeitnah wissenschaftliche Erkenntnisse zu liefern, bedeutete die neue Situation aber auch, dass Informationen zu den Auswirkungen von Corona auf die Gesellschaft im Nachhinein nicht mehr rekonstruierbar wären, wenn sie nicht sofort und regelmäßig erhoben würden.

Belastbare Erkenntnisse in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften beruhen oft auf statistischen Auswertungen amtlicher oder wissenschaftlicher Datenerhebungen, deren Verfahren nicht derart kurzfristig einsetzbar sind. Den Erhebungen der amtlichen Statistik liegen vorwiegend mehrstufige Meldeverfahren zugrunde, bei denen Menschen an verschiedenen Stellen Informationen ein- und weitergeben müssen. Während Statistiken aus diesen Meldeverfahren sehr genau sind, wird eine schnelle und konsistente Berichterstattung durch die vielen Schnittstellen erschwert. Wissenschaftliche Datenerhebungen hingegen beruhen meist auf Umfragen mit Personenstichproben. Damit die entsprechenden Statistiken allerdings aussagekräftig für die allgemeine Bevölkerung sind, muss eine Zufallsstichprobe eben dieser Population gezogen werden, ein Prozess, der je nach Verfahren und Stichprobengröße mehrere Monate bis zu einem Jahr in Anspruch nehmen kann. Hinzu kommt für viele etablierte Großerhebungen eine mehrmonatige Feldarbeitszeit mit persönlich-mündlichen Interviews in Haushalten vor Ort. Zudem verlangte in diesem Fall die Situation nach Vergleichswerten zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ausgangslage vor der Coronakrise, denn nur so lässt sich feststellen, was eine durch Corona bedingte Ausnahme und was die Regel ist.

In den Medien und vermehrt auch in der Wissenschaft liest man zwar regelmäßig die Ergebnisse schnellerer Studien, die behaupten die allgemeine Bevölkerung »repräsentativ« abzubilden, allerdings basieren diese meist auf kommerziellen Online-Befragten-Pools, die eine Selbstselektion der Teilnehmenden erlau-

ben und dadurch internetaffine, hoch gebildete Personen mittleren Alters erwiesenermaßen deutlich überrepräsentieren und somit die Bevölkerung durch die fehlende Zufallsstichprobe der Grundgesamtheit auch in anderen Merkmalen nicht akkurat abbilden. In ruhigeren Zeiten führen Schätzungen anhand dieser selektiven Online-Befragten-Pools lediglich zu Kritik an den Methoden. Während einer Krise sind solche fehlleitenden Schätzungen allerdings besonders gefährlich, wenn Entscheidungsträgerinnen und -träger ihre Maßnahmen danach ausrichten. Die Coronakrise hat ein Dilemma offenbart, nach dem verlässliche Bevölkerungsdaten überwiegend nicht in der notwendigen Schnelligkeit und Häufigkeit vorliegen, während uns schnelle unzuverlässige Daten überfluten, in einer Zeit, in der wissenschaftliche Evidenz dringend benötigt wird.

In dieser Situation entschied sich am 16. März 2020 ein Team an der Universität Mannheim, die Mannheimer Corona-Studie (MCS) – eine tägliche Datenerhebung basierend auf der Zufallsstichprobe, der Infrastruktur und den langfristig erhobenen Paneldaten des German Internet Panels (GIP) – ins Leben zu rufen, um so den wissenschaftlichen Zwiespalt zwischen verlässlichen Längsschnittdaten der Bevölkerung und schneller, häufiger Datenerhebung zeitnah zu überbrücken. Über 16 Wochen, vom 20. März bis zum 10. Juli 2020, erhob die Mannheimer Corona-Studie täglich wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Individualdaten dazu, wie die Coronakrise das Leben der Menschen in Deutschland veränderte. Die Erkenntnisse der Studie wurden prominent durch die Medien aufgegriffen und im Krisenstab, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Bundesinnenministerium angehörigen Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) genutzt (siehe auch Kapitel 14.3, Seite 484).

In diesem Kapitel werden die MCS-Daten verknüpft mit den langfristigen GIP-Daten analysiert, um auf diese Weise die sich verändernde Beschäftigungssituation der Erwerbstätigen in Deutschland während der frühen Phase der Coronakrise zu skizzieren. Insbesondere werden Geschlechter-, Bildungs- und Einkommensunterschiede beleuchtet, vor allem in Bezug auf die Betroffenheit von Kurzarbeit und die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten. ▸ Info 1

▸ Info 1

Datenbasis

Die Grundlage der Mannheimer Corona-Studie (MCS) bildet das **German Internet Panel (GIP),** eine langjährige, online durchgeführte wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Befragungsstudie, die auf einer Zufallsstichprobe der allgemeinen Erwachsenenbevölkerung in Deutschland basiert. Zur Zeit ihrer Aufnahme in die GIP-Langzeitstudie sind die Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer zwischen 16 und 75 Jahre alt. Bislang fanden für das GIP drei Rekrutierungsrunden statt: 2012, 2014 und 2018. Die ersten beiden Stichproben wurden über ein dreistufiges ADM-Verfahren mit lückenloser Auflistung der ersten 200 Klingelschilder entlang der Random-Route der gezogenen Startadressen erstellt. Aus den gelisteten Adressen wurden Haushalte zufällig gezogen und über ein erstes persönlich-mündliches Interview kontaktiert. Alle Haushaltsmitglieder im teilnahmeberechtigten Alter wurden daraufhin zur Onlinestudie eingeladen. Personen, die in Haushalten ohne Computer- und/oder Internetzugang lebten, wurden für die Studienteilnahme mit benutzerfreundlichen Geräten ausgestattet und persönlich unterstützt. 2018 wurde das Stichprobenverfahren des GIP angepasst und das ADM-Verfahren durch eine zweistufige Einwohnermeldeamtsstichprobe der Städte und Gemeinden ersetzt. Gezogene Personen wurden per Brief (und eventuell einem ersten postalischen Fragebogen) angeschrieben und zur Onlinestudie eingeladen.

Nach der Rekrutierung wurden die neuen Stichproben mit der ersten 2012er-Stichprobe gepoolt und ab diesem Zeitpunkt immer gemeinsam befragt. Jeden zweiten Monat werden alle GIP-Mitglieder zu einer 20- bis 25-minütigen Onlinebefragung zu verschiedenen soziologischen, politischen und ökonomischen Themen eingeladen. Die Wiederbefragungsrate liegt im GIP vergleichsweise hoch. So nahmen im Jahr 2019 durchschnittlich 62,1 % aller ursprünglichen Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer der drei Rekrutierungsrunden an den zweimonatlichen Befragungen teil.

Der GIP-Studie liegt eine etablierte Panel-Infrastruktur zugrunde. Diese war unabdingbar bei der erfolgreichen schnellen Umstellung auf die MCS-Erhebungen. Die dabei wichtigsten Aspekte waren die rasche Verfügbarkeit zusätzlicher finanzieller Mittel und die entsprechenden innerinstitutionellen Verwaltungsstrukturen, bereits größtenteils automatisierte Datenaustausch- und Datenverarbeitungsprozesse und vor allem ein eingespieltes, engagiertes Operations- und Forschungsteam, das den Mehraufwand der zusätzlichen, kurzfristigen Erhebungen mittrug.

Für die **Mannheimer Corona-Studie (MCS)** wurde die Stichprobe des GIP in zufällige Substichproben unterteilt, die jeweils einem spezifischen Wochentag zugeordnet wurden. An jedem Wochentag erhielt eine der Substichproben per E-Mail eine Einladung zur Tagesstudie. Die angeschriebenen GIP-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer hatten dann 48 Stunden Zeit, sich an der Tagesstudie zu beteiligen. Nach einer Woche wurden die gleichen Personen am gleichen Wochentag wiederbefragt. So wurden jede Woche in etwa 3600 Personen befragt. Die Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer waren im Alter von 18 bis 83 Jahren.

Die Studieninhalte der MCS deckten zentrale Fragestellungen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft sowie Gesundheit und Gesundheitsverhalten ab. Um Sorge zu tragen, dass die Erkenntnisse der Studie die gesellschaftliche Lage möglichst exakt widerspiegeln, wurden in einem zweistufigen Verfahren detaillierte Gewichte berechnet.

Diese Methodik erlaubte der MCS, taggenau gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland auszuwerten und zu beobachten. Um die interessierte Öffentlichkeit sowie Entscheidungsträgerinnen und -träger zeitnah über die sich verändernden Gegebenheiten zu informieren, erstellte das Team der MCS jeden Werktag einen Tagesbericht mit einer Fortschreibung der Auswertungen, der online zur Weiternutzung frei zur Verfügung gestellt wurde.

Die Studie wurde finanziell und ideell durch den DFG-Sonderforschungsbereich 884 »Politische Ökonomie von Reformen« (139943784) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (FIS.00.00185.20) unterstützt.

14.2.1 Veränderte Beschäftigungssituationen in der frühen Phase der Coronakrise

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse der Studie zur Entwicklung verschiedener Indikatoren der sozialen Ungleichheit in der Erwerbstätigkeit während der frühen Phase der Coronakrise in Deutsch-

land präsentiert. Die berichteten Erkenntnisse beziehen sich auf die erste Welle der Coronapandemie in Deutschland und reichen von Mitte März, kurz nach Implementierung der ersten Eindämmungsmaßnahmen, bis Anfang Juli 2020, die Zeit der Lockerungen und des zwischenzeitlichen Abflauens der Epidemie. Die entsprechenden Daten wurden wiederholt bei denselben Personen erhoben, sodass sie tatsächliche individuelle Situations- und Verhaltensänderungen widerspiegeln.

Die Erwerbstätigkeit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland hat sich während der Zeit der Kontaktbeschränkungen und der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise insbesondere im Hinblick auf zwei Aspekte gewandelt: Erstens ist es zu Veränderungen beim Arbeitsort gekommen, da viele Betriebe unmittelbar nach Beginn der Kontaktbeschränkungen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Homeoffice geschickt haben beziehungsweise ihnen das Arbeiten im Homeoffice teilweise oder vollständig erlaubt wurde. Eine Rückkehr zum Arbeiten vor Ort erfolgte mit der Rücknahme der Kontaktbeschränkungen, allerdings arbeitet nach wie vor ein Teil der Beschäftigten entweder ausschließlich oder teilweise von zu Hause. Zweitens wird das Instrument der Kurzarbeit in der aktuellen Krise in einem Umfang genutzt, der zuvor in der deutschen Geschichte nicht erreicht wurde. Das betrifft zum einen Beschäftigte, die unmittelbar mit Einsetzen der Kontaktbeschränkungen freigestellt wurden, beispielsweise im Gastgewerbe, und zum anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in jenen Betriebe, die in der Folge von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise betroffen waren.

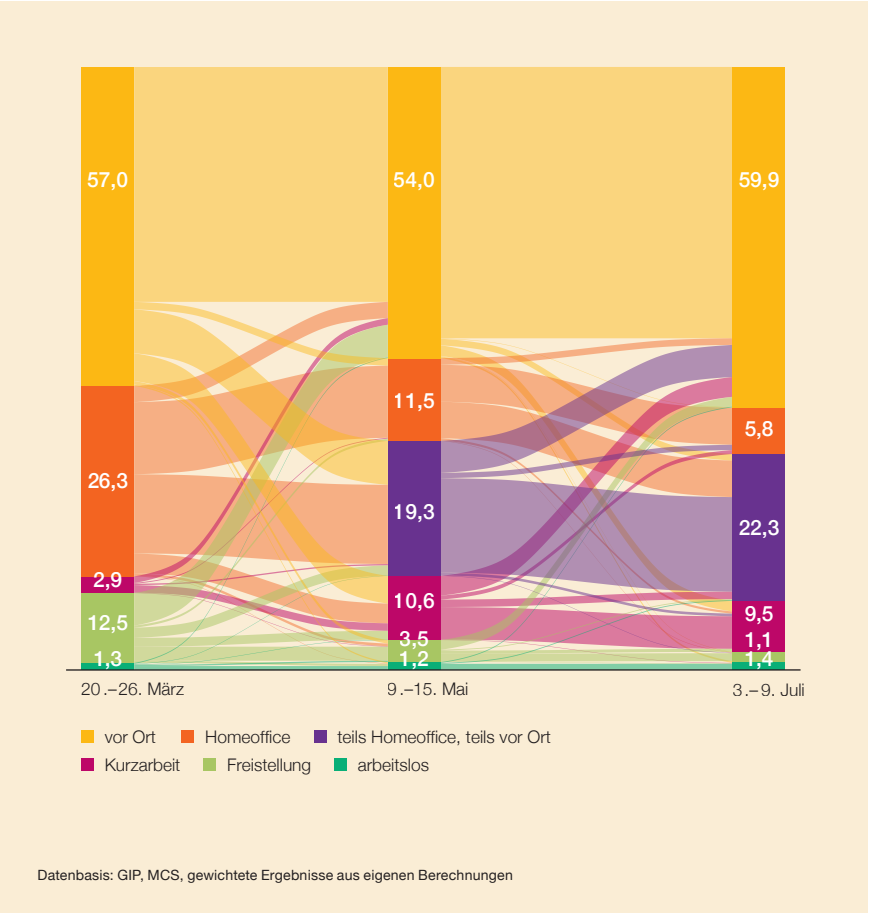
Zur Darstellung dieser Veränderungen wird die Beschäftigungssituation verwendet, die eine gemeinsame Betrachtung von Arbeitsort und Erwerbsstatus ermöglicht. Entsprechend wird unterteilt nach Arbeiten im üblichen Stundenumfang vor Ort, im üblichen Stundenumfang von zu Hause, Kurzarbeit, Freistellung und Arbeitslosigkeit. In alle Auswertungen werden immer ausschließlich jene Personen einbezogen, die laut GIP-Erhebung im Januar 2020 entweder abhängig oder selbstständig beschäftigt waren. In Bezug auf Arbeitslosigkeit werden folglich nur die Anteile jener gezeigt, die seit Januar ihren Job verloren haben, nicht der Bestand aller Arbeitslosen in Deutschland. Zur grafischen Darstellung werden sogenannte Alluvial-Plots verwendet, um Übergänge in der Beschäftigungssituation zwischen drei ausgewählten Erhebungswochen zu Beginn (20. bis 26. März), in der Mitte (9. bis 15. Mai) und am Ende (3. bis 9. Juli) der Feldphase zu visualisieren. Für diese Plots werden nur jene Personen selektiert, die an allen drei ausgewählten Zeitpunkten an der Befragung teilgenommen haben, damit deren Übergänge im Zeitverlauf darstellbar sind.

14.2.2 Erwerbsstatus und Arbeitsort im Zeitverlauf

Abbildung 1 gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Anteile von Personen in verschiedenen Beschäftigungssituationen. Auch in der ersten Erhebungswoche kurz nach Einsetzen der Kontaktbeschränkungen haben 57 % der Beschäftigten mit ihrer üblichen Stundenzahl weiterhin vor Ort gearbeitet; der Anteil von Beschäftigten im Homeoffice lag bei gut einem Viertel. ▸ Abb 1

Zu Beginn der Befragung wurde das Stichtagskonzept umgesetzt. Das heißt,

▸ Abb 1 **Entwicklung der Beschäftigungssituation (20. März bis 9. Juli 2020)**



Datenbasis: GIP, MCS, gewichtete Ergebnisse aus eigenen Berechnungen

die Befragten wurden gebeten, ihre Beschäftigungssituation und den Arbeitsort am jeweiligen Befragungstag anzugeben. In der achten Befragungswoche hat ein Wechsel zu einem differenzierteren Erhebungsinstrument stattgefunden. Erwerbsstatus und Arbeitsort wurden von da an so erhoben, dass Auswertungen zum tageweisen Wechsel des Arbeitsorts möglich waren. In der Befragungswoche 9. bis 15. Mai gaben entsprechend nur noch 12 % der Beschäftigten an, ausschließlich oder überwiegend von zu Hause zu arbeiten. Bei knapp 20 % lag hingegen ein Wechsel zwischen Arbeit vor Ort und von zu Hause vor.

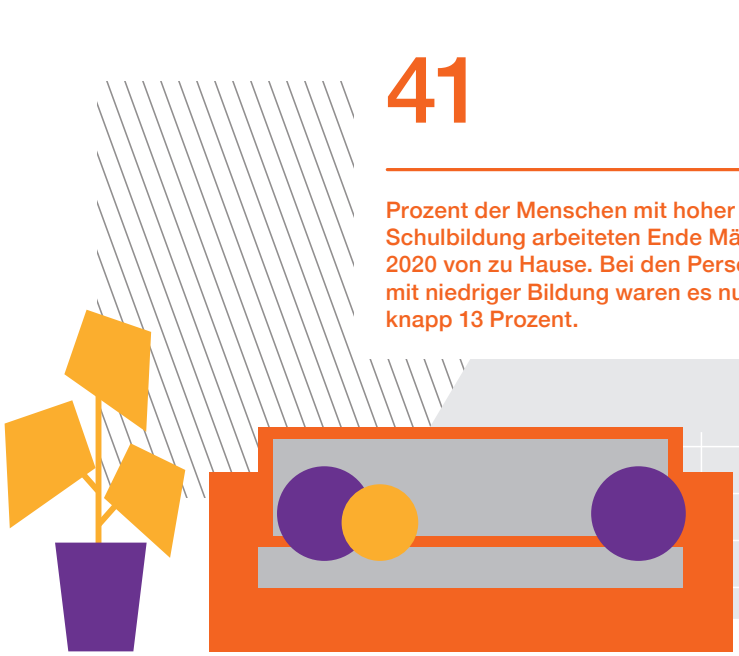
Zu Beginn der Kontaktbeschränkungen wurde ein hoher Anteil von Beschäftigten zunächst freigestellt, der Anteil von Beschäftigten in Kurzarbeit war hingegen noch sehr gering. Im weiteren Verlauf ist der Anteil von Freistellungen stark gesunken und der Anteil von Kurzarbeit spiegelbildlich gestiegen. Einige der zunächst freigestellten Personen kehrten rasch wieder zur Arbeit vor Ort zurück, ein kleinerer Teil ging in Kurzarbeit über. Die stärksten Zugänge in Kurzarbeit erfolgten im Zeitverlauf direkt aus Beschäftigung, nicht aus Freistellung, und waren somit eher eine Reaktion auf den einsetzenden Wirtschaftsabschwung als unmittelbar auf die Kontaktbeschränkungen.

Diese aggregierten Trends könnten jedoch soziale Ungleichheiten verdecken, da die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie nicht alle Beschäftigten gleichermaßen treffen. Wenn negative Auswirkungen entlang bereits bestehender Ungleichheitsmuster verteilt sind, verstärken sie soziale Ungleichheit am Arbeitsmarkt. Im Folgenden wird daher untersucht, wie sich die Beschäftigungssituation während der Phase der Kontaktbeschränkungen im Geschlechtervergleich sowie nach Bildungsstatus und Verdienst verändert hat.

14.2.3 Unterschiede nach Geschlecht

Um Ungleichheit in der Nutzung von Homeoffice beurteilen zu können, wird die Situation während des Corona-Lockdowns mit Informationen aus der GIP-Befragung im Januar 2020 verglichen. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten rund 23 % der männlichen, aber nur etwa 16 % der weiblichen Beschäftigten zumindest gelegentlich von zu Hause aus. Auch bei den Gründen für die Nichtnutzung von Homeoffice gibt es Geschlechterunterschiede. So konnte eine andere Studie auf Basis der Daten des Linked Personnel Panel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen, dass der Anteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, denen trotz technischer Umsetzbarkeit nicht erlaubt wurde, von zu Hause zu arbeiten, 2014/2015 unter Frauen mit 22 % doppelt so hoch war wie unter Männern.

Insbesondere in den ersten Wochen der Kontaktbeschränkungen im Zuge der Coronakrise zeigten sich dagegen kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Nutzung von Homeoffice. Der Anteil lag bei Männern im Durchschnitt von März und April gut 5 Prozentpunkte höher als bei Frauen. Im Juli fiel der Anteil der Beschäftigten, die ausschließlich oder überwiegend im Homeoffice arbeiteten, bei Männern und Frauen mit etwa 6 % ähnlich niedrig aus. Auffällig ist, dass etwa zwei Drittel der Frauen im Juli wieder ausschließlich vor Ort arbeiteten. Bei den Männern war das nur bei



41

Prozent der Menschen mit hoher Schulbildung arbeiteten Ende März 2020 von zu Hause. Bei den Personen mit niedriger Bildung waren es nur knapp 13 Prozent.

3

Prozent der Personen mit niedrigen Einkommen wurden im Verlauf der ersten Phase der Pandemie von Ende März bis Anfang Juli arbeitslos. Bei der oberen Einkommensgruppe kamen Übergänge in Arbeitslosigkeit kaum vor.

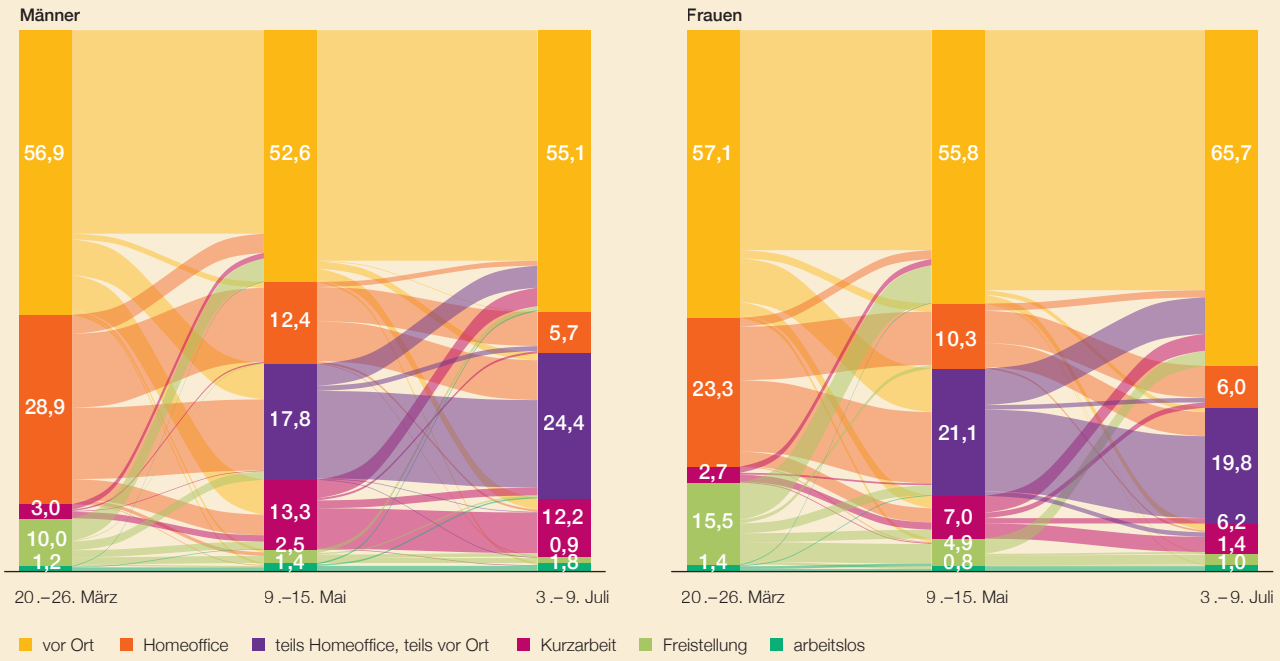
etwas mehr als der Hälfte (55 %) der Fall. Sie praktizierten dafür häufiger einen Wechsel zwischen Homeoffice und Arbeit vor Ort. Somit kehrten Frauen – trotz der anfänglich ähnlichen Anteile im Homeoffice – schneller und umfassender wieder zur Arbeit vor Ort zurück als Männer. ▸ Abb 2

Da in den ersten Wochen der Kontaktbeschränkungen kaum Unterschiede in der Nutzung von Homeoffice zwischen Männern und Frauen zu beobachten waren, kann vermutet werden, dass vor der Pandemie auch kulturelle Faktoren, wie die Einstellungen der Arbeitgeber und Vorgesetzten, einer stärkeren Nutzung von Homeoffice unter Arbeitnehmerinnen im Weg standen. Sollten Betriebe und Vorgesetzte nun positive Erfahrungen mit Homeoffice machen und dies zukünftig mehr Mitarbeiterinnen ermöglichen, so könnte die Corona-Situation in diesem Punkt möglicherweise zu einer Verringerung der Geschlechterunterschiede beitragen. Die Tatsache, dass weibliche Beschäftigte bereits in der Zeit bis Anfang Juli schneller und umfassender wieder zur Arbeit vor Ort zurückgekehrt sind, ist jedoch eher als Zeichen für eine Rückkehr zu den vormaligen Ungleichheiten zu interpretieren.

Die bislang vorliegenden Studien zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf die Beschäftigungsstruktur und -entwicklung deuten darauf hin, dass dieses Mal Frauen von den negativen Krisenfolgen stärker betroffen sind als in früheren Wirtschaftskrisen. Während der Finanzmarkt- und Wirtschafskrise 2008/2009 wurde Kurzarbeit in Deutschland insbesondere in männlich dominierten Industriesektoren zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit genutzt. Die Erwerbsquoten von Frauen in Teilzeitarbeit und Minijobs sind damals hingegen gestiegen. Auch für die aktuelle Situation liefert die Forschung Hinweise darauf, dass die Verbreitung von Kurzarbeit unter Frauen niedriger ist als unter Männern. Mit den Daten der Mannheimer Corona-Studie können Unterschiede in der Betroffenheit von Kurzarbeit zwischen den Geschlechtern in der zeitlichen Abfolge genauer beleuchtet werden.

Abbildung 3 bezieht sich nur auf jene Personen, die im Analysezeitraum zu mindestens einem Zeitpunkt in Kurzarbeit waren – das trifft auf rund 15 % der Frauen und knapp 24 % der Männer zu – und zeigt deren Beschäftigungsstatus in der ersten, der mittleren und der letzten Befragungswoche. Von Kurzarbeit betroffene Frauen waren häufiger als Männer sehr rasch nach Inkrafttreten der Kontaktbeschränkungen in Kurzarbeit gewechselt. In der Folgezeit sind jedoch mehr Kurzarbeiterinnen schnell wieder

▸ Abb 2 **Entwicklung der Beschäftigungssituation nach Geschlecht (20. März bis 9. Juli 2020)**



Datenbasis: GIP, MCS, gewichtete Ergebnisse aus eigenen Berechnungen

zu ihrer regulären Stundenzahl zurückgekehrt, wohingegen sich der Anteil der männlichen Kurzarbeiter später, aber dann stärker erhöht hat. So war Anfang Juli die Hälfte der von Kurzarbeit betroffenen Frauen schon wieder regulär beschäftigt; bei den von Kurzarbeit betroffenen Männern war es nur gut ein Drittel. ▸ Abb 3

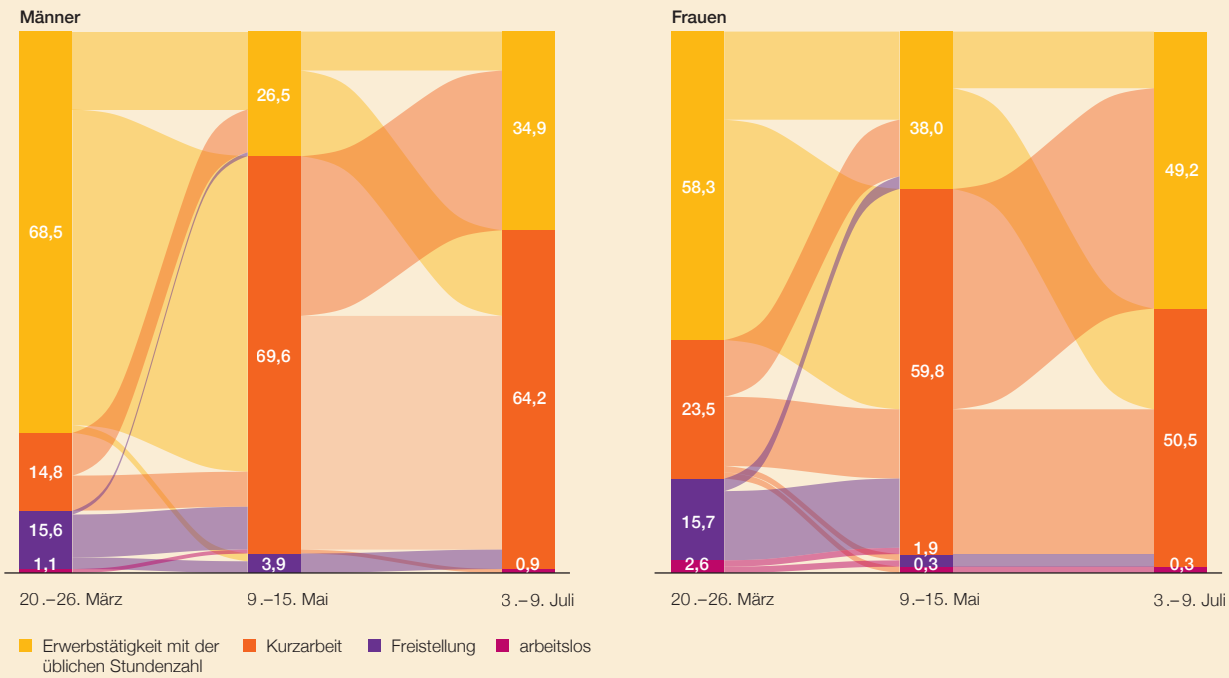
Somit ist für Deutschland festzustellen, dass Frauen im bisherigen Verlauf der Coronakrise stärker von Kurzarbeit betroffen waren als in der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise, jedoch eher kurzfristige Phasen der Kurzarbeit aufwiesen. Frauen arbeiten eher in jenen Branchen, die unmittelbar und sehr stark von den Kontaktbeschränkungen betroffen waren, beispielsweise Gastronomie, Kultur und Tourismus. Mit der Rücknahme der Beschränkungen ging auch die Kurzarbeit in diesen Branchen zurück. Jedoch zeigen die kurzfristigen Änderungen, dass die Situation fragil bleibt. Daher kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden, ob es im weiteren Verlauf der Pandemie zu einer Verstärkung der Geschlechterungleichheit zuungunsten von Arbeitnehmerinnen kommt.

14.2.4 Unterschiede zwischen Bildungs- und Einkommensgruppen

Bildung und Einkommen gehören zu den wichtigsten Dimensionen der sozialen Ungleichheit. Es stellt sich somit die Frage, ob die Coronakrise die bestehende soziale Ungleichheit am Arbeitsmarkt verstärkt und untere Bildungs- und Einkommensgruppen von den negativen wirtschaftlichen Folgen besonders betroffen sind (siehe auch Kapitel 14.4, Seite 490). Abbildung 4 zeigt die Beschäftigungssituation unterteilt nach dem höchsten Schulabschluss. Dabei wird zwischen niedriger (ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss), mittlerer (Mittlere Reife) und hoher (Fach-/Hochschulreife) Schulbildung unterschieden. Abbildung 5 zeigt das persönliche Nettoeinkommen vor Beginn der Coronapandemie. Auch hier werden drei Gruppen differenziert: Personen mit niedrigem Einkommen von weniger als 1 000 Euro, Personen mit mittlerem Einkommen zwischen 1 000 und 2 500 Euro sowie Personen mit einem hohen Einkommen von mehr als 2 500 Euro. ▸ Abb 4, Abb 5

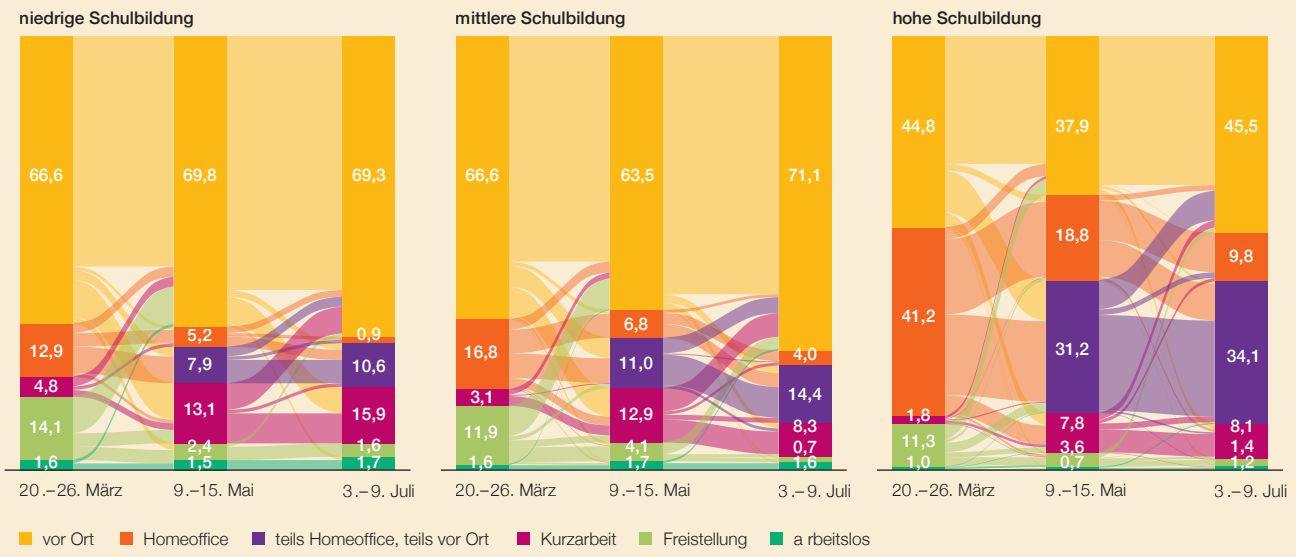
Die Gruppe der freigestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist äußerst heterogen. Zum einen wurden in der Zeit des Corona-Lockdowns insbesondere Personen im Bildungsbereich, wie verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer, mit fortlaufenden Bezügen freigestellt. Zum anderen betrafen die Freistellungen auch Personen, die als Minijobber beispiels-

▸ Abb 3 **Übergänge in und aus der Kurzarbeit nach Geschlecht (20. März bis 9. Juli 2020)**



Nur von Kurzarbeit betroffene Personen.
Datenbasis: GIP, MCS, gewichtete Ergebnisse aus eigenen Berechnungen

▶ Abb 4 **Entwicklung der Beschäftigungssituation nach Schulabschluss (20. März bis 9. Juli 2020)**



Datenbasis: GIP, MCS, gewichtete Ergebnisse aus eigenen Berechnungen

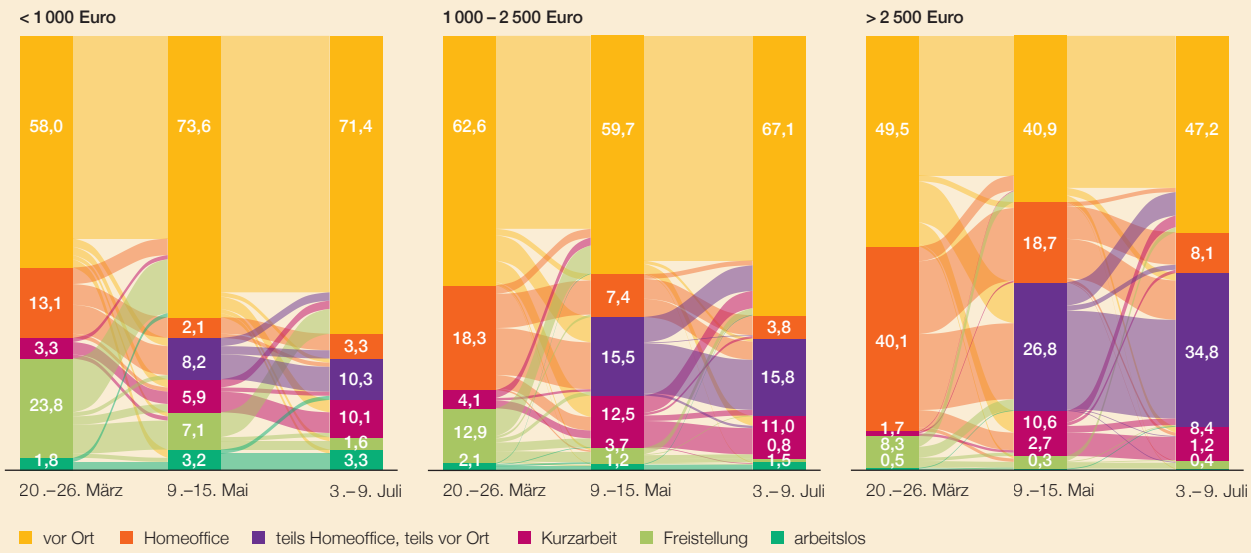
weise im Gast- und Reinigungsgewerbe beschäftigt sind. Für diese Personengruppe bestand während der Freistellung oftmals keine Lohnfortzahlung und aufgrund der fehlenden Sozialversicherung keine Möglichkeit, Kurzarbeitergeld zu empfangen. Zu Beginn der Erhebungszeit Ende März 2020 waren in allen Bildungsgruppen deutlich mehr Beschäftigte von der Arbeit freigestellt als in Kurzarbeit (siehe Abbildung 4). Für Letztere liegen die Anteile in allen Bildungsgruppen bei unter 5 % der Beschäftigten. Im Zeitverlauf fand dann eine Verschiebung hin zur Kurzarbeit statt. In der unteren Bildungsgruppe stieg der Anteil von Beschäftigten in Kurzarbeit im Zeitverlauf stetig an, wohingegen in der mittleren Bildungsgruppe der höchste Wert Mitte Mai erreicht wurde und Anfang Juli schon wieder gesunken war. Dieses Muster zeigt sich in der Tendenz ebenso für die Differenzierung nach Einkommensgruppen (siehe Abbildung 5). Hier fällt besonders auf, dass die Prävalenz von Kurzarbeit in der unteren Einkommensgruppe geringer war als in der mittleren Einkommensgruppe. In der ersten Phase der Kontaktbeschränkungen war in der unteren Einkommensgruppe fast ein Viertel freigestellt, darunter befanden sich gut 7 % Freistellungen ohne Lohnfortzahlung.

Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit variiert ebenfalls stark nach Bildungs- und Einkommensgruppen. In der unteren Einkommensgruppe lag der Anteil von Personen, die im Erhebungszeitraum arbeitslos wurden, weitaus höher als in den anderen Gruppen. Während in der oberen Einkommensgruppe Übergänge in die Arbeitslosigkeit praktisch keine Rolle spielten und in der mittleren Einkommensgruppe nur gut 1 % im Verlauf arbeitslos wurde, betraf Arbeitslosigkeit gut 3 % der Personen in der unteren Einkommensgruppe.

Ebenso wie die Betroffenheit von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit wies auch der Arbeitsort klare Unterschiede nach Bildungsstatus und Verdienst auf (siehe auch Kapitel 14.3.1, Seite 484, und Kapitel 14.4.2, Seite 493). In der unteren und mittleren Einkommensgruppe arbeiteten Ende März 2020 nur 13 beziehungsweise 18 % von zu Hause, in der oberen Einkommensgruppe waren es über 40 %. Diese Unterschiede blieben im Verlauf bis Anfang Juli stabil. In der oberen Bildungsgruppe arbeiteten auch zuletzt noch 10 % ausschließlich oder überwiegend von zu Hause; mehr als ein Drittel wechselte zwischen Homeoffice und der Arbeit vor Ort. Unter Personen mit niedrigem Schulabschluss traf das auf nur etwa 1 beziehungsweise 11 % zu. Unter Personen mit mittlerem Schulabschluss waren die jeweiligen Anteile nur etwa halb so hoch wie in der oberen Bildungsgruppe.

Insgesamt zeigt sich, dass Bildungsunterschiede vor allem im Hinblick auf unterschiedliche Arbeitsorte – vor Ort, zu Hause oder im Wechsel – zutage treten, wohingegen bei der Betroffenheit von Freistellungen und Arbeitslosigkeit stärkere Unterschiede nach Verdienstgruppen zu erkennen sind. Arbeit von zu Hause stellt sich dabei als Privileg der oberen Bildungsgruppen dar. Freistellungen und

▶ Abb 5 **Entwicklung der Beschäftigungssituation nach persönlichem Nettoeinkommen (20. März bis 9. Juli 2020)**



Datenbasis: GIP, MCS, gewichtete Ergebnisse aus eigenen Berechnungen

Arbeitslosigkeit treffen insbesondere Personen, die bereits vor Einsetzen der Pandemie einen niedrigen Verdienst hatten. Von Kurzarbeit ist die untere Bildungsgruppe am stärksten betroffen. In der unteren Einkommensgruppe ist Kurzarbeit hingegen weniger verbreitet als in der mittleren. Hier zeigt sich, dass der Zugang zum Kurzarbeitergeld nur für Personen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und nicht für Minijobber mit geringem Verdienst möglich ist.

14.2.5 Fazit zur ersten Phase der Coronapandemie

Die ersten 16 Wochen der Mannheimer Corona-Studie haben eine Vielzahl von Erkenntnissen zu den gesellschaftlichen Implikationen der Coronakrise in Deutschland zutage gefördert. In diesem Kapitel wurde erörtert, wie sich die Arbeitssituation der Beschäftigten in Deutschland im Verlauf der ersten Monate der Coronakrise entwickelt hat. Die Analysen legen dar, dass sich bestehende Muster der sozialen Ungleichheit am deutschen Arbeitsmarkt auch in den Auswirkungen der aktuellen Krise widerspiegeln. So zeigt sich in Bezug auf den Arbeitsort, dass das Arbeiten von zu Hause klar ein Privileg der oberen Bildungsgruppen ist. Die anfänglich stärkere Geschlechteregalität beim Zugang zum Homeoffice hat sich im Verlauf des Erhebungszeitraums wieder in Richtung der vormaligen Ungleichheit entwickelt. Kurzarbeit spielt in der aktuellen Krise eine große Rolle. Die Analysen zeigen, dass insbesondere unter Beschäftigten mit mittlerem Einkommen eine höhere Verbreitung von Kurzarbeit vorliegt, wohingegen Personen mit geringem Verdienst eher von Freistellungen und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Frauen sind in der aktuellen Krise stärker von Kurzarbeit betroffen als in der letzten Wirtschaftskrise, jedoch ist Kurzarbeit bei ihnen im Vergleich zu Männern weniger dauerhaft.

So wichtig die Ergebnisse der Mannheimer Corona-Stude in den ersten Wochen und Monaten für Entscheidungsträgerinnen und -träger in Politik und Wirtschaft waren, für die an der Studie beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begann mit dem Ende der ersten Phase der Studie erst die wirkliche Forschungsarbeit. In der Folgezeit werden diese Ergebnisse in Bezug zu zeitlichen und räumlichen Daten zum Infektionsgeschehen gestellt und es werden weitergehende Veränderungen der Gesellschaft im Zuge und als Folge der Pandemie untersucht, auch im Hinblick auf Kausalzusammenhänge. Die ersten wissenschaftlichen Beiträge zu weiteren Themen, wie subjektivem Wohlbefinden, Gesundheitsverhalten und psychischer Gesundheit, demokratischer Kontrolle und Hürden für die Corona-Warn-App, sind bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen. Auf der Webseite der Mannheimer Corona-Studie (www.uni-mannheim.de/gip/corona-studie) können sich Interessierte aus Wissenschaft und Öffentlichkeit auch zukünftig über neue Erkenntnisse und Veröffentlichungen informieren.

14.3 Eltern zwischen Homeoffice und Homeschooling: Arbeit und Familie in Zeiten von Kita- und Schulschließungen

Inga Laß

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Im März 2020 beschlossen die Regierungen des Bundes und der Länder weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus. Von den Konsequenzen dieser Veränderungen waren Eltern in doppelter Hinsicht betroffen: Einerseits wandelte sich der Arbeitsalltag für viele Eltern, zum Beispiel durch den Wechsel ins Homeoffice oder durch Kurzarbeit; andererseits erhöhten sich durch die Schließung von Kitas und Schulen die Anforderungen im Bereich der Kinderbetreuung und Unterstützung bei den schulischen Aufgaben. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Kapitel die Bedeutung von Homeoffice vor und während der Coronakrise untersucht, mit einem besonderen Fokus auf Eltern. Die folgenden Ausführungen basieren auf der BiB-Studie »Eltern während der Corona-Krise« (Bujard, Laß, Diabaté, Sulak & Schneider 2020, doi: 10.12765/bro-2020-01). Den Analysen liegen zwei bevölkerungsrepräsentative Datenquellen zugrunde: Die Homeoffice-Situation vor der Coronakrise wird anhand des Mikrozensus 2018 beschrieben (siehe Kapitel 2.1, Seite 52, Info 1), während die Situation in der Krise mithilfe von Daten der Mannheimer Corona-Studie (siehe Kapitel 14.2, Seite 477, Info 1) analysiert wird. Letztere Auswertungen basieren auf den Angaben von 2 024 Beschäftigten, die in der Woche vom 17. bis 23. April 2020 befragt wurden. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Deutschland bereits seit mehreren Wochen im Lockdown.

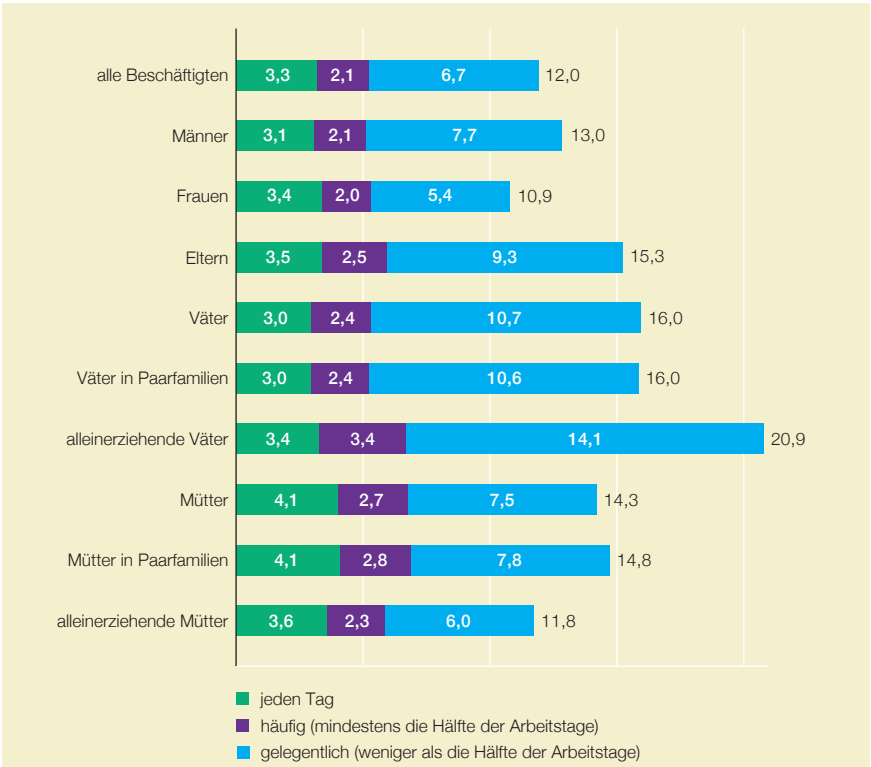
14.3.1 Die Situation vor der Coronakrise: Homeoffice als Randphänomen

Abbildung 1 zeigt anhand von Mikrozensus-Daten die Verbreitung der Arbeit von zu Hause im Jahr 2018 nach Geschlecht und familialer Situation. Insgesamt wird deutlich, dass Homeoffice vor der Coronakrise in Deutschland nur von einer Minderheit praktiziert wurde. So haben innerhalb der vier Wochen vor der Befragung nur 12 % aller Beschäftigten zumindest an einzelnen Tagen von zu Hause gearbeitet. Die Mehrheit hiervon – knapp 7 % – arbeitete dabei nur gelegentlich im Homeoffice. Die Anteile derjenigen, die häufig oder sogar jeden Tag im Homeoffice arbeiteten, waren mit gut 2 beziehungsweise 3 % hingegen sehr gering. Im europäischen Vergleich lag Deutschland beim Homeoffice-Anteil im Jahr 2018 nur im unteren Mittelfeld. ▸ Abb 1

Des Weiteren zeigen sich Unterschiede im Anteil der Homeoffice-Nutzung nach Geschlecht und dem Vorhandensein von Kindern. So arbeiteten Männer häufiger von zu Hause als Frauen, was vor allem auf einen höheren Anteil an gelegentlicher Arbeit von zu Hause zurückzuführen ist. Unter Eltern mit Kindern unter 12 Jahren war die Nutzung von Homeoffice stärker verbreitet als unter anderen Beschäftigten. So arbeiteten insgesamt 15 % der erwerbstätigen Eltern zumindest tageweise von zu Hause, wobei der Anteil bei Vätern mit 16 % etwas höher lag als bei Müttern mit 14 %. Allerdings war unter Müttern der Anteil derjenigen, die häufig oder täglich von zu Hause arbeiteten, höher als unter Vätern. Der höhere Anteil an Homeoffice-Nutzenden unter Eltern ist ein Indiz dafür, dass die Arbeit von zu Hause zumindest von einem Teil der Eltern als Instrument zur Vereinbarung von Erwerbsarbeit und familialen Aufgaben genutzt wurde.

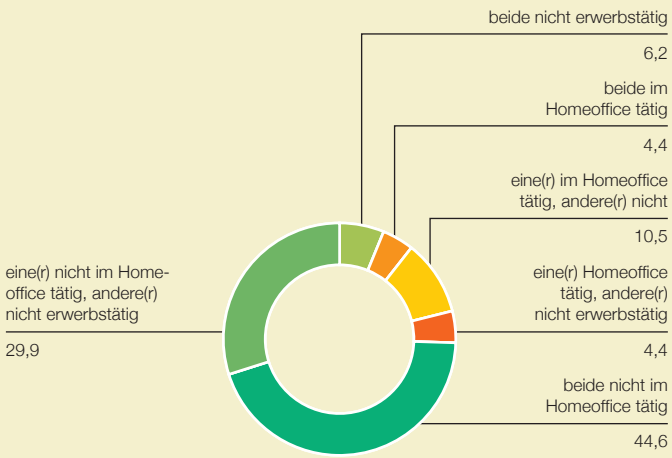
Innerhalb der Gruppe der Eltern mit Kindern unter 12 Jahren variierte der Arbeitsort nicht nur nach Geschlecht, sondern auch nach dem Partnerschaftsstatus. Unter den erwerbstätigen Vätern arbeiteten nur 16 % derjenigen in Paarbeziehungen, aber 21 % der Alleinerziehenden zumindest teilweise von zu Hause. Bei den Müttern war das Verhältnis umgekehrt, da knapp 15 % der in Paarbeziehungen lebenden Mütter, aber nur 12 % der alleinerziehenden Mütter von zu Hause arbeiteten. Alleinerziehende Mütter mussten somit besonders häufig die Betreuung ihrer Kinder und eine Erwerbstätigkeit vor Ort beim Arbeitgeber koordinieren.

▶ Abb 1 **Nutzung von Homeoffice nach Geschlecht und familialer Situation 2018 — in Prozent der Beschäftigten**



Die Werte für Eltern, Väter und Mütter beziehen sich jeweils auf diejenigen mit Kindern unter 12 Jahren.
Datenbasis: Mikrozensus 2018

▶ Abb 2 **Nutzung von Homeoffice unter Paarfamilien mit Kindern unter 12 Jahren 2018 — in Prozent der Familien**



»Im Homeoffice tätig« umfasst alle Personen, die täglich, häufig oder gelegentlich von zu Hause arbeiteten.
Datenbasis: Mikrozensus 2018
Quelle: BiB-Studie »Eltern während der Corona-Krise«

Demgegenüber vereinbarten alleinerziehende Väter Beruf und Familie unter den betrachteten Gruppen am häufigsten (wenngleich insgesamt noch relativ selten) auch durch die (gelegentliche) Arbeit von zu Hause.

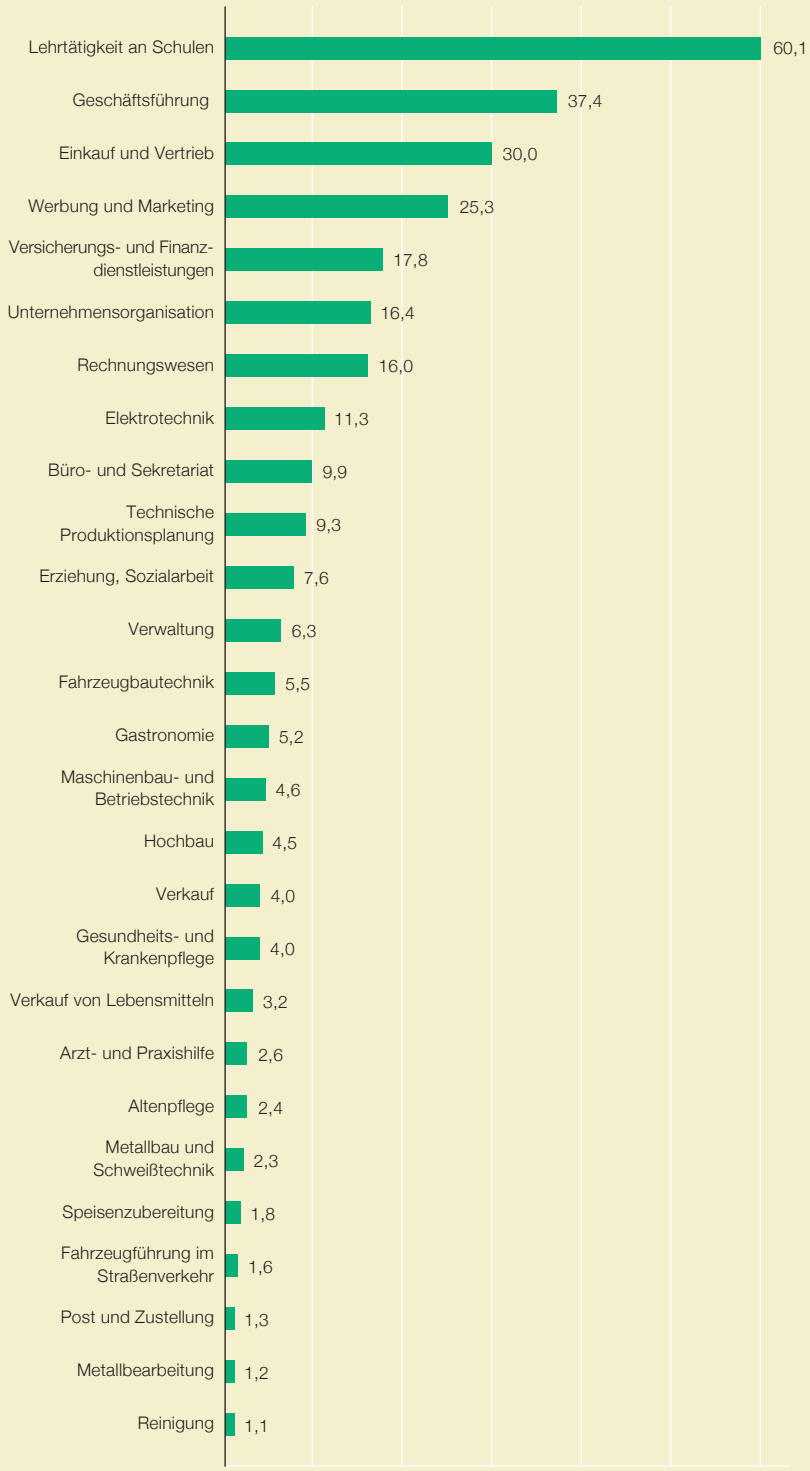
Mütter und Väter in Paarfamilien arbeiteten zwar seltener als alleinerziehende Väter im Homeoffice, sie konnten sich die Kinderbetreuung allerdings in der Partnerschaft aufteilen. Entsprechend lohnt sich ein Blick auf die Verbreitung von Homeoffice innerhalb von Paarfamilien, wie in Abbildung 2 dargestellt. Die drei gelb-orangen Bereiche (oben rechts) zusammengenommen zeigen, dass im Jahr 2018 in insgesamt 19 % der Familien mindestens ein Elternteil zumindest tageweise von zu Hause arbeitete. Allerdings arbeiteten nur in einer kleinen Minderheit (4 %) der Paarfamilien beide Elternteile zumindest tageweise im Homeoffice. In 10 % der Familien arbeitete ein Elternteil zumindest tageweise zu Hause, während der andere immer auswärts arbeitete; in weiteren 4 % der Familien arbeitete ein Elternteil zumindest tageweise im Homeoffice, wohingegen der andere nicht erwerbstätig war. Wie der grüne Bereich zeigt, bestand die größte Gruppe mit 45 % der Paarfamilien allerdings aus Elternpaaren, in denen beide Partner gar nicht im Homeoffice arbeiteten. Hier musste somit die auswärtige Erwerbsarbeit zweier Elternteile mit der Kinderbetreuung koordiniert werden. In der zweitgrößten Gruppe (30 %) arbeitete ein Elternteil nie im Homeoffice, während der andere nicht erwerbstätig war. ▶ Abb 2

Die Homeoffice-Nutzung variierte vor der Krise nicht nur nach Geschlecht und familialer Situation, sondern auch deutlich zwischen den einzelnen Berufen. In diesem Zusammenhang weist Abbildung 3 den Anteil der Beschäftigten aus, die 2018 zumindest tageweise von zu Hause arbeiteten, separat für alle Berufsgruppen mit mehr als 450 000 Beschäftigten. Man sieht, dass Lehrpersonen mit 60 % vor der Krise am häufigsten von zu Hause arbeiteten, was darauf

zurückzuführen ist, dass viele Lehrende die Unterrichtsvorbereitung und Korrekturen zu Hause erledigen. Ein hoher Anteil an Personen im Homeoffice fand sich auch in tendenziell hoch qualifizierten Dienstleistungsberufen mit Bürotätigkeit. So hatten Beschäftigte in der Geschäftsführung (37 %), im Einkauf und Vertrieb (30 %) sowie in Werbung und Marketing (25 %) ebenfalls deutlich überdurchschnittliche Anteile an Homeoffice-Nutzenden. Demgegenüber wurde Homeoffice in Berufen, die weitgehende Präsenz am Arbeitsplatz erfordern, so gut wie nicht genutzt. Dies sind vor allem personenbezogene Dienstleistungsberufe wie Arzt- und Praxishilfe (3 %) oder Altenpflege (2 %) sowie das produzierende Gewerbe, zum Beispiel Hochbau (5 %) oder Metallbearbeitung (1 %). ▸ Abb 3

Darüber hinaus besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Nutzung von Homeoffice in einer Berufsgruppe und dem in dieser Berufsgruppe durchschnittlich erzielten Einkommen. Hierfür wurden die 144 Berufsgruppen entsprechend ihres durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens (bezogen auf Vollzeitbeschäftigte) in drei ungefähr gleich große Gruppen eingeteilt. Ebenso wurden die Berufsgruppen entlang des Anteils der Beschäftigten, die im Jahr 2018 zumindest tageweise von zu Hause arbeiteten, in drei Gruppen eingeteilt. Man sieht, dass in den Berufen im unteren Drittel der Einkommensverteilung der Anteil mit niedriger Homeoffice-Nutzung besonders hoch war: 47 % dieser Berufe wiesen einen Anteil an Homeoffice-Nutzenden von unter 6 % auf. Nur gut 10 % hatten einen Anteil an Homeoffice-Nutzenden von 20 % und mehr. Ganz anders war die Verteilung unter den Berufen im oberen Einkommensdrittel: Fast zwei Drittel dieser Berufe (63 %) hatten einen Homeoffice-Anteil von 20 % und mehr. Im mittleren Einkommensbereich fand sich demgegenüber eine stärkere Mischung von Berufen mit niedrigem, mittlerem und hohem Anteil an Homeoffice-Nutzenden. ▸ Tab 1

▸ Abb 3 **Nutzung von Homeoffice nach Berufsgruppen 2018 — in Prozent**



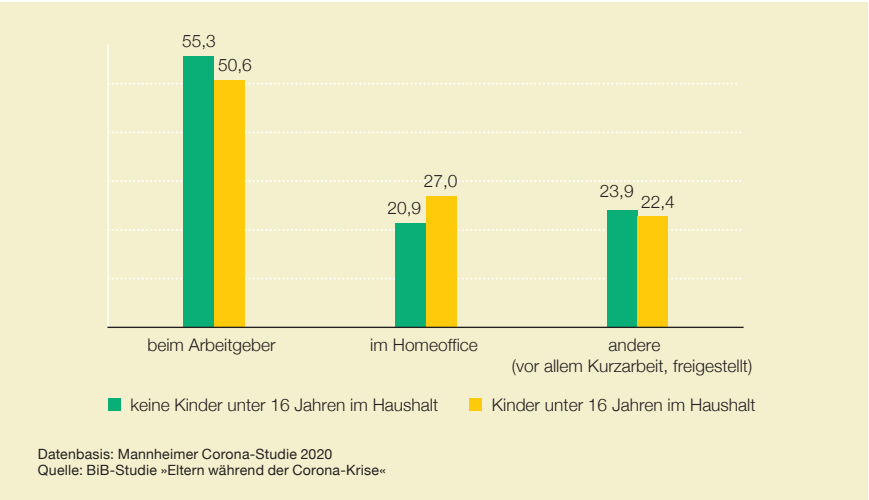
Gezählt werden alle Personen, die täglich, häufig oder gelegentlich von zu Hause arbeiteten.
Datenbasis: Mikrozensus 2018
Quelle: BiB-Studie »Eltern während der Corona-Krise«, mit Ergänzungen

▶ Tab 1 **Verteilung der Berufsgruppen nach durchschnittlichem Nettoeinkommen und Anteil der Homeoffice-Nutzenden 2018 — in Prozent**

Nettoeinkommen	Anteil Homeoffice-Nutzende		
	niedrig (< 6 %)	mittel (6 bis < 20 %)	hoch (20 % und mehr)
Unteres Drittel (< 2 000 Euro)	46,9	42,9	10,2
Mittleres Drittel (2 000 – 2 599 Euro)	39,1	34,8	26,1
Oberes Drittel (2 600 Euro und mehr)	12,2	24,5	63,3
Gesamt	32,6	34,0	33,3

Als Homeoffice-Nutzende gezählt werden alle Personen, die täglich, häufig oder gelegentlich von zu Hause arbeiteten.
Datenbasis: Mikrozensus 2018

▶ Abb 4 **Hauptsächlicher Arbeitsort während des Lockdowns nach Kindern unter 16 Jahren im Haushalt 2020 — in Prozent**



Datenbasis: Mannheimer Corona-Studie 2020
Quelle: BiB-Studie »Eltern während der Corona-Krise«

14.3.2 Arbeit und Familie während des Lockdowns: Homeoffice als neue Normalität?

Homeoffice gewann während des Lockdowns aufgrund mehrerer Faktoren deutlich an Bedeutung. So verabschiedeten viele Betriebe und Behörden Regelungen zur Kontaktreduzierung, in deren Rahmen häufig zumindest für einen Teil der Belegschaft Homeoffice angeordnet oder empfohlen wurde. Zudem führten die Kita- und Schulschließungen und der Ausfall der Großeltern als Betreuungspersonen dazu, dass viele Eltern von zu Hause arbeiteten, um die Betreuung und Beaufsichtigung ihrer Kinder gewährleisten zu können.

Die Mannheimer Corona-Studie gibt Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß während der Coronakrise ein Wechsel in das Homeoffice stattgefunden hat. Insgesamt zeigen die Daten, dass auch während des Lockdowns im April 2020 die Mehrheit der Beschäftigten (54 %) vor Ort beim Arbeitgeber tätig war. Allerdings war der Anteil der Personen, die hauptsächlich im Homeoffice arbeiteten, mit 23 % gegenüber der Zeit vor der Krise deutlich angestiegen: Verglichen mit dem Anteil von 5 %, der im Jahr 2018 täglich oder häufig von zu Hause gearbeitet hat, handelt es sich um mehr als eine Vervierfachung. Zudem ist zu berücksichtigen, dass weitere 23 % der Erwerbstätigen zum Zeitpunkt der Befragung im Lockdown ihrer Beschäftigung nicht (oder nur in sehr begrenztem Umfang) nachgingen. Diese Gruppe umfasste vor allem Kurzarbeitende, aber auch in geringerem Maße Personen, die vom Arbeitgeber (mit oder ohne Bezahlung) freigestellt waren, und Selbstständige mit wenigen oder keinen Aufträgen. Bezogen auf diejenigen, die weiterhin beschäftigt waren, lag der Homeoffice-Anteil sogar bei knapp 30 %.

Abbildung 4 weist die Verteilung des Arbeitsorts während des Lockdowns getrennt für Personen mit und ohne Kinder im Haushalt aus. Aus Gründen der Datenverfügbarkeit wird hier die Altersgrenze für Kinder nicht wie im vorherigen Abschnitt bei 12 Jahren, sondern bei 16 Jahren angesetzt. Es wird deutlich, dass Eltern mit 27 % auch während der Krise häufiger im Homeoffice arbeiteten als Personen ohne Kinder mit rund 21 %. Entsprechend lag der Anteil derjenigen, die weiterhin beim Arbeitgeber vor Ort arbeiteten, bei den Kinderlosen mit 55 % höher als bei den Eltern mit 51 %. Der Anteil derjenigen, die einen anderen Status hatten, war unter Kinderlosen leicht höher als unter Eltern. Bezogen auf alle Personen, die weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgingen, lag der Anteil der Eltern im Homeoffice bei über einem Drittel (35 %), verglichen mit 27 % bei kinderlosen Beschäftigten. Im Gegensatz zu der Zeit vor der Coronakrise lag der Anteil der Mütter im Homeoffice im April 2020 leicht höher als derjenige der Väter. ▶ Abb 4

Die Arbeit im Homeoffice ist unter anderem mit der Einsparung von Pendelwegen und einer häufig flexibleren Zeiteinteilung verbunden. In diesem Zusammenhang zeigt Abbildung 5 die durchschnittliche tägliche Zeit (in Stunden), die erwerbstätige Eltern im April 2020 auf Berufstätigkeit, Lehre und Studium (inklusive Pendelwege) sowie auf Haus- und Familienarbeit verwendeten. Verglichen werden hierbei Beschäftigte, die weiterhin vor Ort beim Arbeitgeber arbeiteten, und solche, die hauptsächlich im Homeoffice arbeiteten. Es zeigt sich,

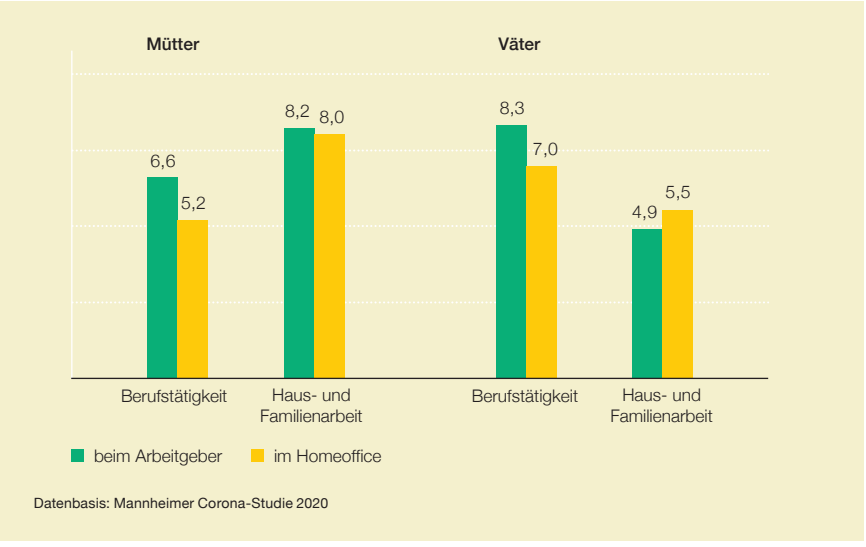
dass Eltern im Homeoffice weniger Stunden pro Tag mit Erwerbsarbeit und Pendeln verbrachten als Eltern, die vor Ort beim Arbeitgeber arbeiteten. Bei beiden Geschlechtern liegt die zeitliche Differenz bei 1,3 Stunden: Mütter, die beim Arbeitgeber arbeiteten, verbrachten 6,6 Stunden pro Tag mit Berufstätigkeit, während Mütter im Homeoffice 5,2 Stunden aufwandten. Bei Vätern lagen diese Werte bei 8,3 und 7,0 Stunden. Die Niveauunterschiede zwischen Müttern und Vätern reflektieren dabei unter anderem die deutlich stärkere Verbreitung von Teilzeitarbeit unter Müttern. ▸ Abb 5

Vergleicht man die Zeitverwendung für Haus- und Familienarbeit, so sieht man, dass Väter die durch Homeoffice bei der Berufstätigkeit eingesparte Zeit in Teilen für ein höheres Engagement in der Familie aufwandten: Während Väter, die während des Lockdowns vor Ort beim Arbeitgeber arbeiteten, 4,9 Stunden pro Tag mit Haus- und Familienarbeit verbrachten, waren es bei Vätern im Homeoffice 5,5 Stunden. Bei den Müttern zeigt sich dieses Muster nicht; mit durchschnittlich 8,2 Stunden (beim Arbeitgeber) beziehungsweise 8,0 Stunden (im Homeoffice) verwendeten sie bei beiden Arbeitsorten ähnlich viel Zeit auf Haus- und Familienarbeit.

Insofern die Arbeit von zu Hause die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert, sollten Eltern, die während des Lockdowns im Homeoffice arbeiteten, zufriedener mit diesen Lebensbereichen gewesen sein als Eltern, die vor Ort beim Arbeitgeber arbeiteten. Abbildung 6 vergleicht daher die Zufriedenheit mit der Arbeit und dem Familienleben nach Arbeitsort im April 2020. Dabei zeigten sich bei den Vätern kaum Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Arbeit oder dem Familienleben zwischen denjenigen, die beim Arbeitgeber arbeiteten, und denjenigen, die im Homeoffice arbeiteten. In beiden Fällen lag die Arbeitszufriedenheit bei durchschnittlich 6,7 Punkten auf einer Skala von 0 bis 10, die Zufriedenheit mit dem Familienleben bei 7,2 beziehungsweise 7,1 Punkten. Mütter hingegen waren im Homeoffice jeweils circa einen halben Punkt zufriedener als vor Ort beim Arbeitgeber: Die Arbeitszufriedenheit lag bei 6,6 beziehungsweise 6,2 Punkten und die Zufriedenheit mit dem Familienleben bei 7,4 beziehungsweise 6,9 Punkten. ▸ Abb 6

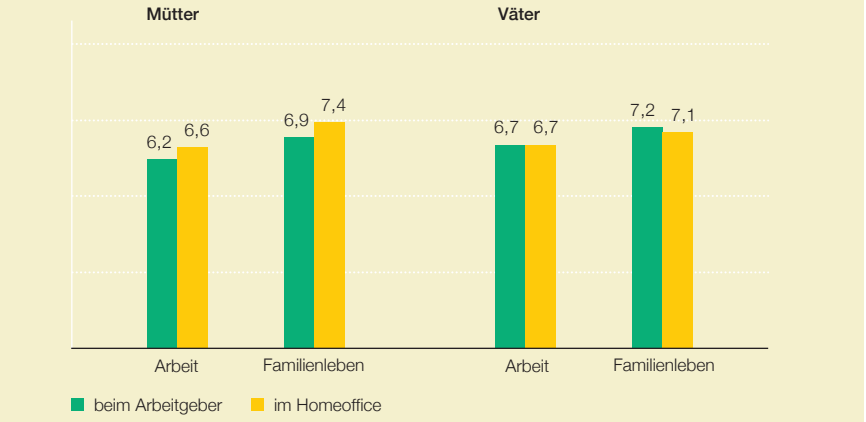
Insgesamt ist somit die Arbeitszufriedenheit bei den Müttern am Arbeitsplatz deutlich niedriger als in den anderen drei betrachteten Gruppen. Dieses Ergebnis ist ein Indiz dafür, dass gerade Mütter in Zeiten der Kita- und Schulschließung vor großen Herausforderungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie standen, sofern sie weiterhin beim Arbeitgeber vor Ort arbeiteten. Umgekehrt formuliert scheinen Mütter für eine möglichst reibungslose Vereinbarkeit stärker auf die Arbeit im Homeoffice angewiesen gewesen zu sein als Väter. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass Müttern in den meisten Familien die Hauptverantwortung für die Familienarbeit zufällt.

▸ Abb 5 **Zeitverwendung für Berufstätigkeit sowie Haus- und Familienarbeit nach Arbeitsort 2020 — in Stunden pro Tag**



Datenbasis: Mannheimer Corona-Studie 2020

▸ Abb 6 **Zufriedenheit mit der Arbeit und dem Familienleben nach Arbeitsort 2020**



Zufriedenheit auf einer Skala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden«.
Datenbasis: Mannheimer Corona-Studie 2020

14.3.3 Zusammenfassung

Die Arbeit im Homeoffice war für viele Beschäftigte während der Coronakrise eine neue Erfahrung: Vor der Krise arbeitete nur ein geringer Anteil der Beschäftigten (12 %) im Homeoffice, und dies zumeist nur gelegentlich. Nur gut 5 % der Beschäftigten arbeiteten mindestens die Hälfte der Arbeitstage von zu Hause. Wenngleich Eltern mit Kindern unter 12 Jahren häufiger als andere Gruppen zumindest tageweise von zu Hause arbeiteten, war es auch hier nur knapp jede oder jeder Siebte (15 %). Demgegenüber lag während des Lockdowns der Anteil der Beschäftigten, die hauptsächlich im Homeoffice arbeiteten, bei 23 % insgesamt und unter Eltern sogar bei 27 %. Eltern, die während des Lockdowns im Homeoffice arbeiteten, verwendeten weniger Zeit auf ihre Berufstätigkeit als solche, die vor Ort beim Arbeitgeber arbeiteten, was unter anderem auf eingesparte Pendelwege zurückzuführen ist. Bei Vätern resultierte diese Zeitersparnis im Homeoffice in einer höheren Zeitverwendung für Familienarbeit. Dennoch verwendeten Mütter während der Krise weiterhin mehr Zeit als Väter auf die Familienarbeit, unabhängig vom Arbeitsort. Mütter, die im Homeoffice arbeiteten, waren sowohl mit dem Familienleben als auch mit der Arbeit zufriedener als Mütter, die weiterhin vor Ort beim Arbeitgeber arbeiteten. Dies deutet auf positive Effekte von Homeoffice auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen hin. Einschränkend ist jedoch zu erwähnen, dass die Möglichkeiten zur Arbeit von zu Hause zwischen den einzelnen Berufen äußerst ungleich verteilt sind. So bieten Dienstleistungsberufe mit Bürotätigkeiten deutlich häufiger die Möglichkeit zum Homeoffice als personenbezogene Dienstleistungsberufe oder produzierende Tätigkeiten.

14.4 Auswirkungen der Coronapandemie nach Einkommens- und Bevölkerungsschichtung – eine Momentaufnahme

Jan Goebel, Peter Krause
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

WZB/SOEP

Die Auswirkungen der Coronapandemie haben im Jahr 2020 schlagartig alle Bevölkerungsgruppen und Lebensbereiche in Deutschland erfasst. Im nachfolgenden Kapitel wird ausgehend von der in Kapitel 6.3, Seite 229, dargestellten Einkommensschichtung und soziodemografischen Differenzierung des Jahres 2018 ermittelt, inwieweit sich im Jahr 2020 die coronabedingten Auswirkungen am Arbeitsmarkt und bei der Einkommenssicherung nach Einkommensschichten und Bevölkerungsgruppen unterscheiden. Die Erfassung coronabedingter sozialer und ökonomischer Auswirkungen erfolgt auf Grundlage der SOEP-CoV-Erhebung 2020 anhand zusammengefasster Indikatoren. ▶ Tab 1, Info 1

14.4.1 Regionale Verbreitung der Pandemie (nach Landkreisen) im zeitlichen Verlauf

Der epidemiologische Verlauf von COVID-19-Erkrankungen lässt sich anhand der vom Robert Koch-Institut (RKI) veröffentlichten Zahlen auf Landkreisebene ablesen. Diese wurden den SOEP-Befragungsdaten zugespielt und indizieren so die Ausbreitung der Infektionen innerhalb des Landkreises, in dem die Befragten wohnen. Von Januar bis Ende Februar 2020 wurden in den Landkreisen der SOEP-CoV-Befragten im Mittel noch weniger als sechs Kranke je Landkreis ermittelt. Im Zeitraum von Anfang März bis Mitte April stiegen die mittleren Infektionszahlen für die ausgewiesene Population auf nahezu

▶ Info 1

Daten und Methoden zur Erfassung der coronabedingten Auswirkungen im Zeitraum April bis Juni/Juli 2020

Den Darstellungen zur Entwicklung und Verteilung von Haushaltseinkommen und Armutsrisiken liegen die zuletzt verfügbaren und aufbereiteten Daten der Längsschnitterhebung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) bis zum Erhebungsjahr 2018 zugrunde. Diese Daten bilden auch den Ausgangspunkt zur Erfassung aktueller coronabedingter Auswirkungen und deren Differenzierung nach Einkommensschichten und Bevölkerungsgruppen. Zwischenzeitliche Veränderungen in der Einkommensschichtung wie auch im soziodemografischen Status bleiben hierbei unberücksichtigt.

Die aufbereiteten SOEP-Daten des Erhebungsjahres 2018 wurden mit drei verschiedenen aktuellen SOEP-Versionen und RKI-Daten verknüpft – den SOEP-Covid-Samples des Jahres 2020 einschließlich der zugeordneten Gewichtungs- und Hochrechnungsfaktoren, den SOEP-Vorabdaten-2020 und -2019 sowie den RKI-Daten 2020.

SOEPv35-Daten-2018: Die SOEP-Daten-2018 umfassen die zuletzt verfügbaren und komplett aufbereiteten Daten des SOEP. Sie bilden die Grundlage für Verteilungsinformationen zur Einkommensschichtung und zur soziodemografischen Differenzierung.

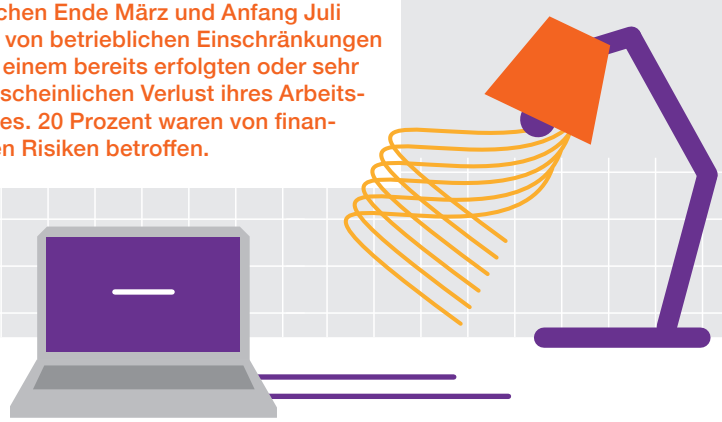
SOEP-CoV-2020: Die CoV-Samples des SOEP wurden zu neun aufeinanderfolgenden Zeittranchen von Mai bis Ende Juni 2020 als jeweils eigenständige Teil-Samples aus den Befragungspersonen des SOEP realisiert. Die SOEP-CoV-Erhebungen wurden als personenbezogene CATI-Interviews für jeweils ein Haushaltsmitglied im Befragungsalter ab 18 Jahren (entsprechend der Population zu dem aktuellen Personenfragebogen des SOEP) mit jeweils eigenständigen SOEP-CoV-Kurzfragebogen auf Personen- und Haushaltsebene konzipiert. Informationen zur Methodik der Studie sind unter www.soep-cov.de/Methodik zu finden.

Im Rahmen der SOEP-CoV-Samples konnten insgesamt 6 694 Personeninterviews realisiert werden. Zu den SOEP-CoV-Samples wurden auch vorläufige Hochrechnungsfaktoren bereitgestellt, die neben den tranchenspezifischen Auswertungen zum Verlauf der coronabedingten Prävalenzen bis Juli 2020 auch die Berücksichtigung weiterer Haushaltsmitglieder erlauben.

SOEP-Daten 2019 und 2020 (Vorabdaten): Die SOEP-Vorabdaten-2020 umfassen Vorabliefe-rungen aus der noch im Feld befindlichen, laufenden SOEP-Erhebung für das Erhebungsjahr 2020. Diese Daten sind dementsprechend noch nicht aufbereitet und werden hier lediglich zur Ergänzung von Informationen (Haushaltseinkommen) sowie zur Erfassung weiterer Haushaltsmitglieder (in Verbindung mit personenspezifischen Hochrechnungsfaktoren) bei der Differenzierung nach Bevölkerungsgruppen verwendet. Neben den Vorabdaten-2020 werden auch vorab ausgewählte Informationen (Haushaltseinkommen) der SOEP-Erhebung-2019 berücksichtigt, die noch aufbereitet werden. Die Vorabdaten beziehen sich auf alle verfügbaren Haushaltsmitglieder im Befra-

49

Prozent der Selbstständigen berichteten zwischen Ende März und Anfang Juli 2020 von betrieblichen Einschränkungen oder einem bereits erfolgten oder sehr wahrscheinlichen Verlust ihres Arbeitsplatzes. 20 Prozent waren von finanziellen Risiken betroffen.



51

Prozent der obersten Einkommensgruppe konnten zwischen April und Juni 2020 im Homeoffice oder mit flexibleren Arbeitszeiten arbeiten. Bei der untersten Einkommensgruppe waren es knapp 24 Prozent.

gungsalter (ab 18 Jahren, gemäß Personenfragebogen). Die hier verwendeten Vorabdaten beschränken sich auf Haushalte, die auch im Rahmen der SOEP-CoV-Erhebung erfasst wurden.

RKI-Daten: Zur Erfassung regionaler COVID-19-Inzidenzen wurden die SOEP-Daten 2020 um die vom Robert Koch-Institut (RKI) laufend aktualisierten Infektionszahlen nach Landkreisen ergänzt. Hierzu wurden die vom RKI für die jeweiligen Landkreise erfassten Inzidenzen (Kranke und Gestorbene) im Zeitraum vom 1. Januar bis 14. Juli 2020 zugewiesen (Robert Koch-Institut [RKI], dl-de/by-2-0; Stand 14.07.2020). Die Infektionszahlen wurden zudem zu vier Perioden von Januar bis Mitte Juli 2020 aggregiert.

Aufbereitung des integrierten Datensatzes: Für die vorliegenden Analysen wurden für die Jahre 2018 bis 2020 alle verfügbaren Datenquellen des SOEP und des RKI verbunden. Die Auswertungen zur Erfassung epidemiologischer und sozioökonomischer Auswirkungen der Coronapandemie richteten sich auf die Befragungspersonen der SOEP-CoV-Samples 2020 mit insgesamt 6694 realisierten Interviews.

Angaben zum Haushaltseinkommen im aktuellen Monat 2020 wurden aus den Vorabdaten des SOEP-2020 erfasst und – soweit verfügbar – um entsprechende Angaben der SOEP-CoV-Samples ergänzt. Diese Angaben wurden zur Ermittlung von Einkommensrückgängen mit den Einkommensangaben des Vorjahres aus SOEP-2019 verknüpft. Die Einkommensangaben aus den Vorabdaten 2020 wurden dabei nach dem Interviewdatum tagesgenau den überwiegenden Interviewzeitpunkten der jeweiligen SOEP-CoV-Tranchen zugeordnet.

Für die detaillierte soziodemografische Differenzierung wurden auch die weiteren Haushaltsmitglieder im Befragungsalter für die Haushalte der SOEP-CoV-Samples einbezogen. Dadurch erweiterte sich die Fallzahl der erfassten Personen in den Haushalten der Covid-Samples um 2274 auf insgesamt 8968 Personen. Um die COVID-19-Indikatoren allen Personen im Haushalt zuzuschreiben, wurden diese aggregiert und so – als Haushaltsinformation – allen Haushaltsmitgliedern der SOEP-CoV-Haushalte wieder zugewiesen. Das heißt, die zugewiesenen soziodemografischen Informationen aus dem Jahr 2018 können sich zwischen Mitgliedern der SOEP-CoV-Haushalte unterscheiden, die aggregierten COVID-19-Indikatoren sind indes für alle Haushaltsmitglieder gleich. Die dargestellten Befunde zu den soziodemografischen Differenzierungen basieren auf im Haushalt aggregierten Befragungsinformationen einzelner Haushaltsmitglieder. Sie geben anhand der zuletzt verfügbaren Bevölkerungs- und Haushaltsgruppen des Jahres 2018 wieder, welche dieser Bevölkerungsgruppen zwischen April und Juni 2020 von epidemiologischen und sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie betroffen waren.

Durch das Einbeziehen weiterer Haushaltsmitglieder unterscheiden sich die Anteilswerte über die verschiedenen Indikatoren hinweg geringfügig von den zuvor für die Befragungspersonen ausgewiesenen Werte (siehe Tabelle 3) – Struktur und Niveau bleiben aber gleich.

▶ Tab 1 **Indikatoren zu epidemiologischen und sozioökonomischen Auswirkungen der Coronapandemie**

Indikator	Label	Ursprungsdaten	Frage/Variable	Item	Kodierung
pcov| hcov	positiv getestet	SOEP-CoV 2020	Wurden Sie bereits auf das Coronavirus getestet? Wie lautete das Ergebnis?	infiziert, also positiv getestet	1
			(Falls Haushalt mit 2 oder mehr Personen:) Wurde [Person2]/[Person3]/[...] auf das Coronavirus getestet? (Falls ja:) Wie lautete das Ergebnis?	infiziert, also positiv getestet	1
pcov_1| hcov_1	Test durchgeführt	SOEP-CoV 2020	Wurden Sie bereits auf das Coronavirus getestet?	ja	1
			(Falls Haushalt mit 2 oder mehr Personen:) Wurde [Person2]/[Person3]/[...] auf das Coronavirus getestet?	ja	1
pcov_2| hcov_2	in Heimquarantäne	SOEP-CoV 2020	Unabhängig, ob Sie getestet wurden: Befinden Sie sich aktuell in Heimquarantäne?	ja, verordnet	1
				ja, freiwillig	1
			Unabhängig eines Tests: Befindet sich [Person2]/[Person3]/[...] aktuell in Heimquarantäne?	ja, verordnet	1
				ja, freiwillig	1
pcov_3| hcov_3	Landkreis mit mehr als 400 Kranken/100 000 Einwohner/-innen	RKI-Daten	Landkreis – Kranke/100 000 Einwohner/-innen	mehr als 400 Kranke je 100 000 Einwohner/-innen im Landkreis im Zeitraum vom 1. Januar bis 14. Juli 2020	> 400 = 1
pcov_4| hcov_4	erfolgter/erwarteter Arbeitsplatzverlust	SOEP-CoV 2020	Für wie groß halten Sie die Wahrscheinlichkeit, dass Sie infolge der Maßnahmen zur Bekämpfung und langsameren Verbreitung des Coronavirus innerhalb der nächsten zwölf Monate …	… Ihren Arbeitsplatz aufgrund einer Kündigung/Betriebsschließung verlieren werden?	≥ 75% = 1
				Das ist bereits passiert.	1
			Gab es im Zuge der Coronakrise folgende kurzfristige Änderungen in Ihrer Arbeitssituation?	Mein Betrieb ist direkt von neuen Regelungen etwa zu Öffnungszeiten oder anderen Beschränkungen betroffen.	1
				Mein Betrieb ist direkt davon betroffen, dass meine Zulieferer mich nicht mit den für meinen Betrieb notwendigen Vorprodukten beliefern können.	1
				Mein Betrieb ist direkt davon betroffen, dass Kunden ihre Bestellungen für meine Produkte storniert haben bzw. meine Dienstleistungen derzeit nicht nachfragen.	1
				Ich mache bei meinen Mitarbeitenden Gebrauch von Regelungen der Kurzarbeit.	1
				Ich mache bei meinen Mitarbeitenden Gebrauch von Regelungen des Sonderurlaubs mit/ohne Lohnausgleich.	1
				Ich musste Mitarbeitende entlassen.	1
			(Falls nein:) Welche Änderungen gab es im Zuge der Coronakrise bei Ihrer Arbeitssituation?	Ich habe mein Beschäftigungsverhältnis aufgelöst, habe gekündigt.	1
				Mein Arbeitgeber hat mir gekündigt.	1
				Ich habe meinen Arbeitsplatz wegen einer verordneten Schließung des Betriebs verloren.	1
				Ich habe meinen Arbeitsplatz wegen einer dauerhaften Schließung des Betriebs verloren.	1
pcov_5| hcov_5	Veränderungen Arbeitszeit, Homeoffice	SOEP-CoV 2020	(Falls erwerbstätig und nicht selbstständig:) Gab es im Zuge der Coronakrise folgende kurzfristige Änderungen in Ihrer Arbeitssituation?	Ich arbeite in Kurzarbeit.	1
				Ich arbeite vollständig/teilweise im Homeoffice.	1
				Ich baue Überstunden ab.	1
				Ich nehme Sonderurlaub mit Fortzahlung des Gehalts.	1
				Ich habe eine Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Gehalts.	1
				Ich habe flexiblere Arbeitszeiten.	1
			Gab es im Zuge der Coronakrise folgende kurzfristige Änderungen in Ihrer Arbeitssituation?	Ich arbeite vollständig/teilweise im Homeoffice.	1
pcov_6| hcov_6	erfolgter/erwarteter finanzieller Verlust	SOEP-CoV 2020	Für wie groß halten Sie die Wahrscheinlichkeit, dass Sie infolge der Maßnahmen zur Bekämpfung und langsameren Verbreitung des Coronavirus innerhalb der nächsten zwölf Monate …	… in Zahlungsschwierigkeiten geraten werden, sodass Sie Kredite aufnehmen müssen?	/
				Das ist bereits passiert.	1
				… in ernsthafte Geldprobleme geraten werden und möglicherweise Sozialleistungen beantragen müssen?	≥ 75% = 1
				Das ist bereits passiert.	1
				… in Zahlungsschwierigkeiten geraten werden, sodass Sie auf Ersparnisse zurückgreifen oder Vermögensanlagen auflösen müssen?	≥ 75% = 1
				Das ist bereits passiert.	1
				… Ihren Lebensstandard drastisch einschränken müssen?	≥ 75% = 1
				Das ist bereits passiert.	1
d1hek	Verminderung der Haushaltseinkommen (gegenüber Vorjahr)	SOEP-2019 und SOEP-2020 (Vorabdaten)	monatliches Haushaltsnettoeinkommen	Anteil Bevölkerung mit rückläufigen Haushaltseinkommen hek[2020] - hek [2019]	< 0 = 1

▶ Tab 2 **Regionale Infektionen bei Befragten nach Landkreisen im zeitlichen Verlauf (1. Januar bis 14. Juli 2020)**

Befragte in Landkreisen	COVID-19-Erkrankungen nach Landkreisen			
	1. Januar bis 29. Februar	1. März bis 14. April	15. April bis 31. Mai	1. Juni bis 14. Juli
Kranke	5,7	888,5	269,0	164,2
Kranke/100 000 Einwohner/-innen	1,2	161,9	49,1	20,4
50+ Kranke/100 000 Einwohner/-innen (in %)	0,2	86,3	39,2	10,0
Kranke in Landkreisen nach Einkommensgruppen (2018)				
5. Quintil	6,1	933,6	291,6	171,3
4. Quintil	7,0	914,0	271,6	153,9
3. Quintil	5,3	916,7	271,7	187,3
2. Quintil	5,0	840,9	252,3	149,0
1. Quintil	5,3	791,2	250,3	164,9
Landkreise mit 50 und mehr Kranken/100 000 Einwohner/-innen je Periode nach Einkommensgruppen (2018) in %				
5. Quintil	0,2	90,3	45,3	10,3
4. Quintil	0,6	88,6	43,5	9,8
3. Quintil	0,0	88,4	35,3	11,7
2. Quintil	0,1	85,2	39,4	9,0
1. Quintil	0,2	81,0	33,9	10,2

Das 1. Quintil stellt das unterste, das 5. Quintil das oberste Quintil dar.
Datenbasis: SOEPv35; SOEP-2019/2020 (Vorabdaten); SOEP-CoV; RKI-Daten (eigene Berechnungen)

900 je Landkreis mit durchschnittlich 162 Infizierten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner an; 86 % der Befragten lebten in Landkreisen mit 50 und mehr Kranken je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Zeitraum. Bis Ende Mai sank unter den SOEP-Befragten die mittlere Zahl an Kranken je Landkreis auf knapp 50. Im Zeitraum von Mitte April bis Ende Mai lebten nur noch 40 % der Befragten in Landkreisen mit 50 und mehr Kranken je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Bis Mitte Juli sanken diese Anteile weiter auf 10 %. Alle weiteren Verläufe – wie die nach Mitte Juli erfolgten neuerlichen Anstiege der Infektionszahlen – bleiben im vorliegenden Bericht unberücksichtigt. ▶ Tab 2

Auch wenn in allen Landkreisen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Einkommen vertreten sind, variieren diese doch hinsichtlich der Anteile innerhalb der Einkommensschichtung. Die Verteilungsprofile der Befragten deuten auf eine Verlagerung der Inzidenzen im zeitlichen Verlauf hin. Waren zu Beginn der Pandemie Befragte in höheren Einkommensschichten eher mit höheren Infektionsziffern im Landkreis verbunden – die Wohngebiete mit höheren Einkommensschichten wurden zunächst stärker von der Pandemie erfasst –, so waren seit Juni Infektionen auch in den Landkreisen mit vorwiegend mittleren und unteren Einkommensschichten anteilsmäßig stärker vertreten.

14.4.2 Auswirkungen nach Einkommensschichten

Unter den in den SOEP-CoV-Erhebungen von April bis Ende Juni 2020 befragten Personen und deren Haushaltsmitgliedern im Alter ab 18 Jahren ist die persönliche Erkrankung an COVID-19 auf den ersten Blick indes sehr gering. Weniger als 1 % der Befragten wurde nach eigenen Angaben im angegebenen Zeitraum positiv getestet [pcov] – Schwankungen nach Einkommensschichten sind angesichts der geringen Fallzahlen nicht aussagekräftig. Weitere Indikatoren verweisen indes auf eine größere Verbreitung in der Bevölkerung. So wurden knapp 8 % der Befragten oder deren Haushaltsmitglieder im Erhebungszeitraum bereits getestet [pcov_1] und ein Drittel der Befragungspersonen waren in überwiegend selbst gewählter Heimquarantäne [pcov_2]. Im Unterschied zu den Infektionsziffern nach Landkreisen, die insbesondere wegen der hohen Infektionsraten zu Beginn der Pandemie auf eine höhere Betroffenheit der höheren Einkommensschichten verwiesen [pcov_3], verteilten sich die Tests auch stärker auf die unteren Einkommensschichten, die zudem stärker von Heimquarantäne betroffen waren. ▶ Tab 3

Seit Jahresbeginn 2020 sanken die monatlichen Haushaltseinkommen gegenüber den Angaben im Vorjahr (2019) bei einem Drittel der Befragten – bei den unteren Einkommensschichten waren es 28 %, bei den oberen 38 %. Werden für 2020 lediglich Einkommensangaben berücksichtigt, die ab März erhoben wurden, so fallen die Anteile höher aus. Demnach betrug der Bevölkerungsanteil mit rückläufigen Haushaltseinkommen nach Einsetzen der Pandemie im untersten Quintil etwa 35 % und in den mittleren bis oberen Quintilen gut 40 %.

Indikatoren zu substanziellen Risiken und Veränderungen am Arbeitsplatz sowie bei Einkommen und finanziellen Rücklagen verweisen auf bedeutsame sozioökonomischen Auswirkungen der Coronapandemie mit variierenden Verteilungsmustern. Die dazu in SOEP-CoV erhobenen Fragen richteten sich an jeweils eine erwachsene Person im Haushalt und schlossen auch arbeitsmarktbezogene Fragen für Erwerbstätige, Nichterwerbstätige und Selbstständige ein. Von bereits erfolgtem oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartetem Arbeitsplatzverlust [pcov_4] waren gut 7 % der Befragungspopulation betroffen. Bezogen auf die Personen im Erwerbsalter läge der Anteil entsprechend noch deutlich höher. Die geringsten Risiken fanden sich bei den mittleren Einkommensschichten. Personen in höheren und niedrigeren Einkommensschichten wiesen höhere

▶ Tab 3 **Epidemiologische und sozioökonomische Verteilung nach Einkommensgruppen (31. März bis 4. Juli 2020) — in Prozent**

Befragte ab 18 Jahren	Positiv getestet	Verminderung des Haushalts-einkommens[1]	Test durchgeführt	In Heim-quarantäne	Landkreis mit mehr als 400 Kranken/ 100 000 Einwohner	Erfolgter/ erwarteter Arbeitsplatz-verlust	Veränderungen Arbeitszeit, Homeoffice	Erfolgter/ erwarteter Einkommens-verlust
	[pcov]	[d1hek]	[pcov_1]	[pcov_2]	[pcov_3]	[pcov_4]	[pcov_5]	[pcov_6]
Insgesamt	**0,5**	**32,9**	**7,7**	**33,6**	**11,2**	**7,1**	**38,8**	**9,2**
Nach Einkommens-gruppen [2018]								
5. Quintil	0,6	37,8	7,9	28,8	13,2	7,3	50,9	5,5
4. Quintil	0,3	34,5	7,0	28,9	12,5	5,1	47,2	6,5
3. Quintil	0,3	34,4	8,4	34,1	9,2	4,0	38,1	6,6
2. Quintil	0,4	29,0	5,2	37,6	11,7	6,3	29,3	8,9
1. Quintil	1,0	28,2	8,4	40,2	8,6	11,5	23,8	19,5

Das 1. Quintil stellt das unterste, das 5. Quintil das oberste Quintil dar.
1 Veränderung Haushaltseinkommen 2020, erfasst im Zeitraum Januar bis Anfang Juli 2020 gegenüber 2019.
Datenbasis: SOEPv35; SOEP-2019/2020 (Vorabdaten); SOEP-CoV; RKI-Daten (eigene Berechnungen)

Risiken des Arbeitsplatzverlustes auf. Am häufigsten waren die untersten Einkommensschichten betroffen. Die mittleren Einkommensschichten hatten offenkundig zunächst am stärksten von den umfassenden Schutzmaßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen profitiert.

Knapp 40 % der Befragten – und damit der überwiegende Teil der Erwerbsbevölkerung – berichtete von unmittelbar coronabedingten Maßnahmen am Arbeitsplatz, wie dem Abbau von Überstunden und Urlaubstagen, veränderten Arbeitszeiten, Kurzarbeit oder Homeoffice [pcov_5]. Die meisten dieser Maßnahmen erfuhren die höheren Einkommensschichten. Die unteren Einkommensschichten berichteten hingegen deutlich seltener von den genannten Maßnahmen zur Abfederung der mit der Pandemie verbundenen Arbeitsmarktrisiken (siehe auch Kapitel 14.2.4, Seite 481).

Bereits erfolgte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete finanzielle Einkommens- oder Vermögenseinbußen oder substanzielle Einschränkungen im Lebensstandard in Verbindung mit der Coronapandemie [pcov_6] wurden von knapp 10 % der Befragten genannt. Am häufigsten gaben Personen der unteren Einkommensschichten bereits erfahrene oder noch zu erwartende finanzielle Einbußen an.

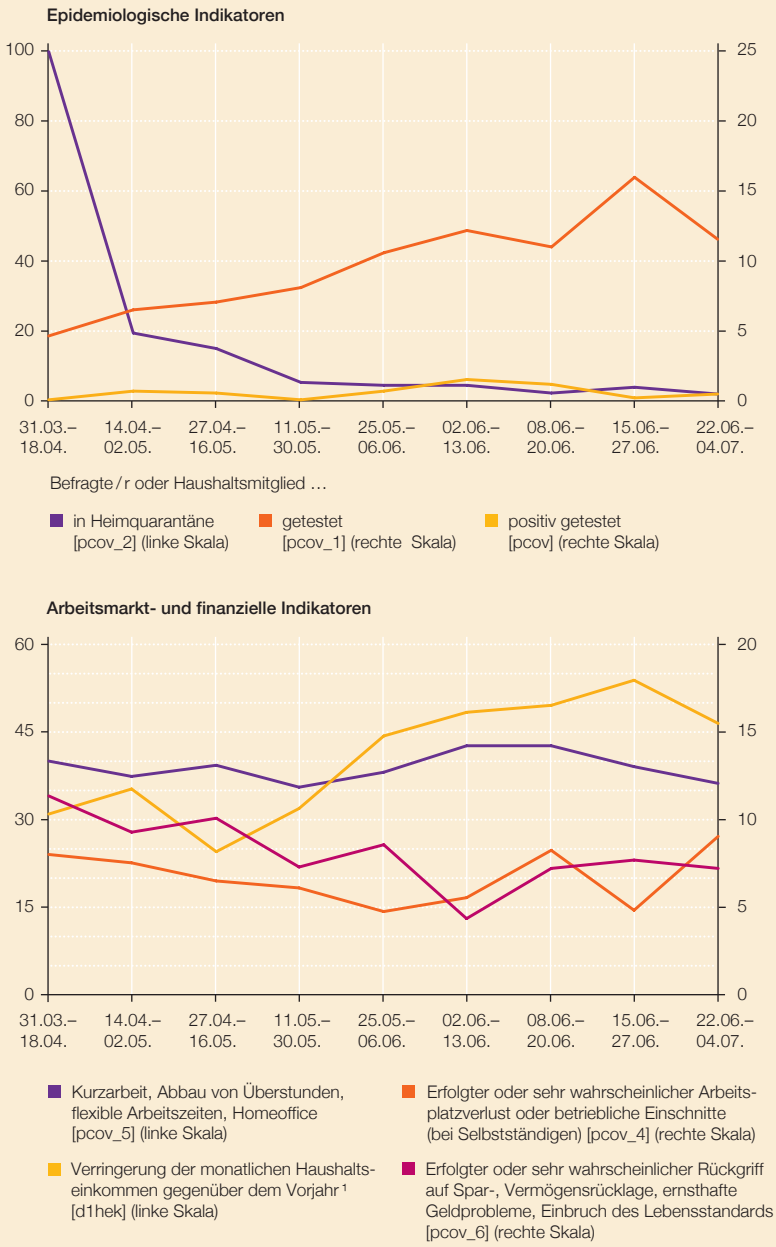
14.4.3 Entwicklung der Pandemie und ihrer Auswirkungen im zeitlichen Verlauf

Die Ausweitung der Pandemie unterlag im Jahr 2020 einer hohen Dynamik, die im Rahmen der SOEP-CoV-Erhebungen abgebildet wurde. Die SOEP-CoV-Erhebungen wurden dazu als neun unabhängige, zeitlich differenzierte Tranchen im Zeitraum von April bis Juni konzipiert und setzten so am damaligen Höhepunkt der Infektionsentwicklung in Deutschland ein. Die ersten vier Tranchen umfassten jeweils zweiwöchige, die Tranchen 5 bis 9 jeweils einwöchige Erhebungsphasen.

Ausmaß und Dynamik des epidemiologischen Geschehens zeigt sich anschaulich bei der Gegenüberstellung des Anteils der positiv getesteten Personen [pcov] – der selbst in der ersten Hochphase der Pandemie weniger als 1 % der Bevölkerung umfasste – und der Verbreitung der überwiegend selbst gewählten Heimquarantäne [pcov_2], die sich im Zuge der Einschränkungen im April (Tranche 1) auf nahezu alle Befragten erstreckte, sich aber danach relativ schnell verringerte. Die Testkapazitäten wurden schnell erweitert. Dabei haben sich die Anteile der auf COVID-19 getesteten Befragungspersonen [pcov_1] von April bis Juni 2020 insgesamt deutlich erhöht, gingen aber Ende Juni angesichts der inzwischen wieder gesunkenen Infektionszahlen zurück. ▶ Abb 1

Die sozioökonomischen Auswirkungen verliefen bis Mai (Tranche 4 und 5) weitgehend stabil mit sogar leicht sinkender Tendenz. Die umfassenden Schutzmaßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und finanziellen Risiken konnten zwar nicht alle Bevölkerungsteile komplett vor bereits erfahrenen oder zu erwartenden Arbeitsplatz- oder Einkommensverlusten im Zuge der Coronapandemie bewahren, erreichten aber offenkundig weite Teile der Bevölkerung. Infolge der anhaltenden Beschränkungen zeigten sich ab Juni (Tranche 6) indes vermehrt diversifizierte Verlaufsmuster (bei allerdings geringeren Stichprobenumfängen) mit zeitweise wieder neuerlichen Anstiegen insbesondere beim Risiko von Arbeitslosigkeit oder finanziellen Verlusten. Die Bevölkerungsanteile, die über einen bereits eingetretenen oder zu erwartenden Arbeitsplatzverlust berichteten, sanken bis Ende Mai (Tranche 5), erhöhten sich aber bis Ende Juni (Tranche 9) wiederum phasenweise bis zum Ausgangswert im April (Tranche 1) [pcov_4].

▶ Abb 1 **Epidemiologische und sozioökonomische Auswirkungen der Coronapandemie im zeitlichen Verlauf (nach Tranchen) — in Prozent**



1 Für Tranche 3 und 4 keine Angabe, da die zugrunde liegende Fallzahl <50 ist.
Datenbasis: SOEPv35; SOEPv36-37; SOEP-CoV 2020

Die Bevölkerungsanteile mit eingetretenen oder zu erwartenden Einkommens- und Vermögensverlusten haben sich hingegen im selben Zeitraum insgesamt verringert [pcov_6]. Der hohe Anteil der Erwerbsbevölkerung, der von Maßnahmen zur Abfederung der mit der Coronapandemie verbundenen Arbeitsmarktrisiken betroffen war (Abbau von Überstunden und Urlaubstagen, veränderte Arbeitszeiten, Kurzarbeit oder Homeoffice [pcov_5]), verringerte sich nach dem ersten Höhepunkt des Infektionsgeschehens im April zunächst, stieg bis Mitte Juni (Tranche 6 und 7) zeitweise deutlich und sank danach wieder. Ende Juni lag er unter dem Ausgangsniveau im April.

Folgt man den Angaben der Befragten zum Haushaltseinkommen im aktuellen Monat 2020 – die dazu zusätzlich herangezogenen Angaben aus den Vorabdaten 2020 wurden dabei nach dem Interviewdatum tagesgenau den überwiegenden Interviewzeitpunkten der jeweiligen SOEP-CoV-Tranchen zugeordnet –, so erhöhten sich beim Vergleich mit den entsprechenden Angaben des Vorjahres (2019) die Bevölkerungsanteile mit rückläufigen Einkommen von April bis Mitte Juni 2020 stetig. Ende Juni nahm der Anteil von Personen mit verringertem Haushaltseinkommen indes ab. Damit einher gingen die aufgezeigten rückläufigen Tendenzen hinsichtlich der coronabedingten finanziellen Risiken und der ebenfalls im Juni wieder rückläufigen Verbreitung von Maßnahmen am Arbeitsplatz zur Abfederung der wirtschaftlichen Risiken. Die dargestellten sozioökonomischen Verläufe spiegeln die in Verbindung mit der Coronapandemie erfahrenen substanziellen Spannungen am Arbeitsmarkt und bei der Einkommenssicherung. Der seit Ende Juni 2020 zu beobachtende wachsende Anteil von Personen mit positiven Einkommensentwicklungen steht im Einklang mit dem Wiederanstieg wirtschaftlicher Aktivitäten in Deutschland in dieser Zeit.

14.4.4 Tests, Heimquarantäne und regionale Infektionsraten nach Bevölkerungsgruppen

Die Auswirkungen der Coronapandemie können unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Haushaltskonstellationen in verschiedener Weise betreffen. Betrachtet werden hier zunächst die drei zuvor beschriebenen Indikatoren im Zusammenhang mit der Pandemie – nunmehr jeweils

im Haushaltskontext (siehe Info 1): befragte Person oder Haushaltsmitglied getestet [hcov_1], befragte Person oder Haushaltsmitglied in (überwiegend selbst gewählter) Heimquarantäne [hcov_2] sowie regionale Inzidenzen, also befragte Personen, die in Landkreisen lebten mit 400 und mehr COVID-19-Kranken je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (1. Januar bis 14. Juli 2020) [hcov_3]. ▸ Tab 4a, 4b

Die haushaltsbezogenen COVID-19-Indikatoren variierten nur wenig nach Geschlecht. Frauen schienen etwas häufiger in Haushalten zu leben, in denen Personen auf COVID-19 getestet wurden und befanden sich hingegen eher seltener in Heimquarantäne oder in Regionen mit höheren Infektionszahlen (unter den Befragungspersonen der SOEP-CoV-Haushalte waren Frauen etwas stärker vertreten).

Die Differenzierung nach Altersgruppen (bezogen auf das Alter im Jahr 2018) zeigte für die Jüngeren höhere Testbeteiligungen. Ältere lebten seltener in Haushalten, in denen Haushaltsmitglieder getestet wurden. Davon ausgenommen war allerdings die höchste Altersgruppe, die eine etwas höhere Beteiligung bei Tests aufwies. Die Erfassung von regionalen Inzidenzen sowie der Verbreitung von Heimquarantäne wies – von der jüngsten Altersgruppe der inzwischen 18- bis 21-Jährigen einmal abgesehen – einen U-förmigen Altersverlauf auf, mit den jeweils höchsten Werten bei den über 80-Jährigen. Die niedrigsten Heimquarantänequoten fanden sich bei den 30- bis 39-Jährigen, die geringsten regionalen Inzidenzen bei Personen unter 20 Jahren und im Alter von 60 bis 69 Jahren.

Personen mit direktem Migrationshintergrund wurden häufiger getestet als Personen ohne oder mit indirektem Migrationshintergrund und waren auch stärker von erhöhten regionalen Infektionszahlen sowie Heimquarantäne betroffen.

In städtischen Regionen waren Heimquarantäne und erhöhte regionale Infektionsziffern stärker ausgeprägt, wogegen der Anteil an Getesteten in den ländlichen Regionen höher ausfiel. Orte unter 2 000 Einwohnerinnen und Einwohnern (die mit weniger als 5 % allerdings nur einen kleinen Teil der Befragungspopulation bildeten) wiesen bei allen einbezogenen Indikatoren nur eine geringe Betroffenheit auf. Bei den sonstigen Orten variierten die Anteile an Personen in Heimquarantäne kaum mit der Gemeindegröße. Bezüglich der Getesteten wie auch der regionalen Infektionen wiesen sowohl Orte mit 2 000 bis 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnerinnen und Einwohnern jeweils eine höhere Dichte auf. In Großstädten unter 500 000 Einwohnerinnen und Einwohner lagen die Quoten zu erhöhten Infektionszahlen und Tests indes niedriger.

Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer unterschieden sich kaum hinsichtlich Tests, Heimquarantäne und erhöhten regionalen Infektionsziffern – tendenziell lagen die Quoten bei den Eigentümerinnen und Eigentümern aber bei allen drei Indikatoren etwas höher.

Differenzierungen nach dem Zivilstand wiesen für verheiratet Zusammenlebende und Geschiedene erhöhte Testquoten auf. Bei verheiratet Getrenntlebenden waren die Testquoten eher gering, die Anteile in Heimquarantäne sowie die regionalen Infektionsraten indes eher höher. Verwitwete verzeichneten sowohl bei den Testquoten wie auch bei den erhöhten regionalen Infektionsziffern geringere Werte.

Innerhalb der Bildungsgruppen zeigten vor allem die sonstigen Bildungsabschlüsse (diese wurden zumeist im Ausland erworben) sowie Fachhochschul- und Universitätsabsolventen höhere Testquoten. Personen mit sonstigen Bildungsabschlüssen wiesen – im Unterschied zu den Fachhochschul- und Universitätsabsolventinnen und -absolventen – auch bei Heimquarantäne höhere Quoten auf, ebenso wie Personen, die im Jahr 2018 Studierende und Auszubildende waren. Von erhöhten regionalen Infektionsraten waren am stärksten die sonstigen Bildungsabschlüsse, Fachhochschul- und Universitätsabsolventinnen und -absolventen sowie auch Hauptschülerinnen und Hauptschüler mit Abschluss betroffen.

Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätige hatten im Vergleich zu Nichterwerbstätigen höhere Testquoten. Von Heimquarantäne waren Vollzeiterwerbstätige sowie Personen in Ausbildung am wenigsten betroffen. Die niedrigste Betroffenheit von erhöhten regionalen Infektionsraten verzeichneten Arbeitslose. Hinsichtlich der beruflichen Stellung lagen Testquoten vor allem bei Auszubildenden sowie Volontärinnen und Volontären hoch, die auch am häufigsten in Heimquarantäne waren. Erhöhte regionale Infektionsraten betrafen leitende Angestellte, gehobene und höhere Beamtinnen und Beamte wie auch un- und angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter, Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowie Meisterinnen und Meister.

Die Testquoten stiegen mit der Haushaltsgröße an. Heimquarantäne und erhöhte regionale Infektionsziffern betrafen vor allem Ein- und Zwei-Personen-Haushalte sowie größere Haushalte mit fünf und mehr Personen. Auch jüngere Haushalte wiesen höhere Testquoten auf, Haushalte von Älteren waren hingegen häufiger in Heimquarantäne. Erhöhte regionale Infektionsraten fanden sich einerseits bei ganz jungen und andererseits bei älteren Haushalten.

Kinder unter 18 Jahren (im Jahr 2018, also die 18- bis 20-Jährigen im Jahr 2020) wiesen hohe Testquoten auf und waren auch häufiger in Heimquarantäne. Erhöhte regionale Infektionsraten betrafen indes vor allem Haushaltsvorstände und deren Ehe- oder Lebenspartner.

Familienhaushalte wurden häufiger getestet, waren aber seltener von Heimquarantäne und erhöhten regionalen Infektionsraten betroffen. Erhöhte regionale Infektionen betrafen vor allem Single- und Paarhaushalte ohne Kind. Bei der detaillierten Darstellung der Haushaltstypen im Lebensverlauf zeigten sich erhöhte Testquoten bei Familienhaushalten mit zwei und mehr Kindern, die wiederum die geringsten Quoten an

▶ Tab 4a **Epidemiologische und sozioökonomische Indikatoren nach Bevölkerungsgruppen (31. März bis 4. Juli 2020) — in Prozent**

	Bevölkerungsanteil 2020	Verminderung des Haushaltseinkommes[1]	Test durchgeführt	In Heimquarantäne	Landkreis mit mehr als 400 Kranken / 100 000 Einwohner/-innen	Erfolgter/erwarteter Arbeitsplatzverlust	Veränderungen Arbeitszeit, Homeoffice	Erfolgter/erwarteter finanzieller Verlust
		[d1hek]	[hcov_1]	[hcov_2]	[hcov_3]	[hcov_4]	[hcov_5]	[hcov_6]
Befragungspersonen 2020	**100,0**	**31,4**	**6,7**	**34,0**	**10,6**	**6,6**	**36,2**	**9,0**
Geschlecht (2018)								
Männer	45,5	32,7	6,1	34,1	10,8	6,9	38,3	8,7
Frauen	54,5	30,4	7,2	33,8	10,4	6,5	34,3	9,2
Alter (2018)								
10–19 Jahre	1,7	28,8	10,6	34,1	6,1	8,5	50,8	6,8
20–29 Jahre	10,2	32,7	7,0	37,8	11,3	10,2	51,7	13,4
30–39 Jahre	14,9	30,9	10,3	26,8	11,3	8,7	58,8	12,9
40–49 Jahre	13,3	34,9	7,6	33,7	9,6	8,4	59,0	11,1
50–59 Jahre	20,4	38,1	5,8	33,3	10,5	10,1	48,5	14,2
60–69 Jahre	16,8	30,1	5,7	36,9	8,1	4,5	17,2	4,2
70–79 Jahre	14,5	26,1	2,5	36,4	11,1	1,6	1,6	2,4
80 Jahre und mehr	8,2	24,5	7,3	38,5	11,9	0,1	1,0	2,3
Migrationshintergrund (2018)								
ohne	78,1	30,6	6,1	33,7	9,3	5,6	32,8	7,6
direkt	15,2	36,7	8,6	38,7	14,8	9,7	45,2	15,2
indirekt	6,7	29,4	7,3	32,4	11,4	11,5	49,3	11,7
Region (2018)								
städtisch	69,1	32,4	6,2	35,3	11,1	6,7	37,5	9,1
ländlich	30,9	29,4	7,4	32,1	8,5	6,5	32,1	8,8
Gemeindegröße, in 1 000 Einwohner/-innen (2018)								
<2	4,4	23,2	2,9	30,6	7,4	5,2	31,9	5,9
2–20	33,2	31,3	7,5	34,0	13,5	6,2	34,9	9,5
20–100	27,7	33,0	6,4	34,5	9,7	5,5	35,3	8,3
100–500	16,6	33,4	5,6	35,6	4,6	7,5	35,9	9,6
>500	18,1	29,7	6,8	34,4	11,1	8,7	39,3	9,4
Wohneigentum (2018)								
Eigentümer/-innen	48,1	32,6	6,7	34,6	10,4	5,4	34,3	5,9
Mieter/-innen	51,9	30,4	6,4	34,1	10,2	7,8	37,3	11,9
Zivilstand (2018)								
verheiratet, zusammenlebend	46,7	34,9	7,4	33,5	10,0	6,3	36,3	7,0
verheiratet, getrennt lebend	3,4	28,0	4,6	37,0	12,9	9,4	35,1	12,1
ledig	27,0	30,2	5,5	33,8	10,3	8,2	48,2	11,8
geschieden	12,8	24,6	7,2	35,1	10,8	8,0	29,6	13,5
verwitwet	10,2	28,5	3,7	36,0	9,2	1,4	8,2	4,0
Bildung (2018)								
Hauptschule ohne Abschluss	7,2	24,9	5,3	37,4	7,4	7,6	16,3	8,7
Realschule, Gymnasium ohne Abschluss	3,0	40,2	7,6	32,3	4,9	11,6	33,1	17,1
Hauptschule mit Abschluss	23,0	29,9	5,2	36,7	12,5	4,9	18,5	8,4
Realschule mit Abschluss	24,2	32,2	6,1	32,9	8,2	5,5	35,6	7,7
Gymnasium mit Abschluss	9,7	38,4	4,6	35,3	9,3	6,3	51,0	10,5
Sonstiges mit oder ohne Abschluss	6,8	32,2	8,4	42,8	13,1	6,1	38,7	14,4
Fachhochschule, Universität	25,2	31,8	7,7	29,4	11,8	7,3	49,3	7,0
in Lehre, Schule, Studium	0,9	28,2	6,4	43,2	8,2	19,8	47,2	10,5
Erwerbsstatus (2018)								
Vollzeit erwerbstätig	36,2	35,8	7,1	29,0	10,8	9,5	59,7	10,3
Teilzeit erwerbstätig	20,6	35,1	7,9	37,8	9,9	8,6	47,3	11,1
arbeitslos	5,6	32,4	6,4	39,1	5,3	14,2	21,7	22,4
in Ausbildung	2,3	30,4	4,4	32,3	12,9	7,8	50,3	16,8
nicht erwerbstätig	35,4	25,5	4,9	36,8	10,6	1,0	5,3	3,8

Befragungspersonen in Haushalten der SOEP-CoV-Stichproben 2020.
1 Veränderung Haushaltseinkommen 2020, erfasst im Zeitraum Januar bis Anfang Juli 2020 gegenüber 2019.
Datenbasis: SOEPv35; SOEP-2019/2020 (Vorabdaten); SOEP-CoV; RKI-Daten (eigene Berechnungen)

▶ Tab 4b **Epidemiologische und sozioökonomische Indikatoren nach Bevölkerungsgruppen (31. März bis 4. Juli 2020) — in Prozent**

	Bevölkerungsanteil 2020	Verminderung des Haushaltseinkommes[1]	Test durchgeführt	In Heimquarantäne	Landkreis mit mehr als 400 Kranken/100 000 Einwohner/-innen	Erfolgter/erwarteter Arbeitsplatzverlust	Veränderungen Arbeitszeit, Homeoffice	Erfolgter/erwarteter finanzieller Verlust
		[d1hek]	[hcov_1]	[hcov_2]	[hcov_3]	[hcov_4]	[hcov_5]	[hcov_6]
Berufsstellung (2018)								
ungelernte Arbeiter/-innen	9,9	39,4	7,6	35,3	11,1	10,7	36,7	17,3
Facharbeiter/-innen, Meister/-innen	8,7	46,2	5,2	30,2	11,7	2,7	46,3	8,2
selbstständig	8,6	36,2	7,3	30,6	8,8	48,8	36,8	20,4
Auszubildende, Volontäre/Volontärinnen	2,5	23,2	15,5	48,1	9,5	2,7	45,5	7,0
einfache Angestellte	15,8	32,2	6,8	40,7	8,9	8,7	45,9	13,5
qualifizierte Angestellte	30,2	33,2	7,2	29,6	10,0	5,3	60,0	9,2
leitende Angestellte	19,0	36,4	8,2	29,0	12,1	3,4	70,5	6,9
einfache/mittlere Beamte/Beamtinnen	1,1	/	1,5	30,9	2,7	0,0	65,6	2,5
gehobene/höhere Beamte/Beamtinnen	4,3	30,5	6,5	22,2	12,0	1,6	80,7	2,2
Haushaltsgröße, Personen (2018)								
1	33,5	24,8	4,5	35,1	11,1	6,0	27,5	9,6
2	37,1	33,9	6,3	34,9	10,1	6,8	28,0	7,3
3	13,9	38,5	7,8	33,5	8,3	6,6	51,7	10,9
4	11,3	33,8	10,1	30,6	9,8	6,4	63,4	9,6
5 und mehr	4,2	39,1	11,8	36,5	12,9	11,9	45,2	11,8
Alter des Haushaltsvorstands (2018)								
16–34 Jahre	15,0	31,4	8,0	30,9	13,1	10,5	55,1	14,7
35–54 Jahre	32,7	35,1	8,1	33,8	9,2	9,3	57,0	12,7
55–74 Jahre	35,2	31,2	5,3	34,6	9,6	5,2	24,4	6,5
75 Jahre und älter	17,1	26,3	4,8	37,8	11,3	1,0	2,0	2,1
Haushaltsmitglieder (2018)								
Haushaltsvorstand (m/w)	73,9	31,1	6,2	34,2	10,5	6,8	35,2	9,9
Partner (m/w)	21,3	32,7	7,5	33,7	10,4	5,9	35,8	6,3
Kind unter 18 Jahren	0,8	/	12,9	42,6	8,8	11,3	49,1	6,9
Kind ab 18 Jahren	3,7	32,9	6,4	39,9	5,8	5,6	44,2	6,9
andere	0,3	/	/	/	/	/	/	/
Haushaltstyp (2018)								
Singlehaushalt	33,5	24,8	4,5	35,1	11,1	6,0	27,5	9,6
Partnerhaushalt	33,4	32,8	6,3	35,3	10,4	6,2	27,2	6,2
Familienhaushalt	18,2	35,6	10,3	31,6	9,9	7,9	61,7	12,4
Alleinerziehendenhaushalt	3,0	28,0	7,2	35,4	8,2	11,0	45,7	24,8
Posteltern-Haushalt	11,0	43,0	6,7	34,2	9,4	6,2	41,1	5,8
andere	0,9	46,6	14,1	25,0	0,6	10,6	46,9	7,7
Haushaltstyp im Detail (2018)								
Singlehaushalt unter 35 Jahren	5,5	20,7	6,2	32,5	16,6	9,6	56,2	16,3
Singlehaushalt 35–54 Jahre	7,1	33,8	4,9	32,9	9,6	10,6	52,3	18,1
Partnerhaushalt unter 35 Jahren	4,8	36,7	6,6	34,3	13,2	12,7	56,4	8,7
Partnerhaushalt 35–54 Jahre	5,2	36,3	9,3	31,1	9,8	15,1	56,2	13,3
Familienhaushalt mit 1 Kind	8,4	35,2	8,1	36,6	8,3	8,9	60,1	14,1
Familienhaushalt mit 2 Kindern	7,6	34,8	12,2	26,8	11,0	6,2	65,9	9,7
Familienhaushalt mit 3 und mehr Kindern	2,2	41,5	12,0	29,3	12,5	10,0	53,2	15,1
Familienhaushalt mit erwachsenen Kindern	8,1	39,6	6,5	35,5	8,8	5,2	40,5	4,1
Eineltern-Haushalt mit 1 Kind	1,9	17,6	7,4	33,6	7,6	14,0	40,0	30,5
Eineltern-Haushalt mit 2 und mehr Kindern	1,1	44,0	6,9	38,5	9,1	5,8	55,7	15,0
Eineltern-Haushalt mit erwachsenen Kindern	2,9	54,6	7,2	30,6	10,9	9,1	42,7	10,4
Partnerhaushalt 55–74 Jahre	15,6	34,2	5,6	34,6	8,5	3,6	21,3	5,3
Partnerhaushalt 75 und mehr Jahre	7,8	26,2	5,3	39,9	13,2	1,5	1,5	1,8
Singlehaushalt 55–74 Jahre	12,3	21,7	3,2	37,6	10,8	5,5	18,9	6,7
Singlehaushalt 75 und mehr Jahre	8,6	24,9	4,8	35,1	9,5	0,4	0,9	2,5
Singlehaushalt und weitere Haushaltsmitglieder	0,9	46,6	14,1	25,0	0,6	10,6	46,9	7,7

Befragungspersonen in Haushalten der SOEP-CoV-Stichproben 2020.
1 Veränderung Haushaltseinkommen 2020, erfasst im Zeitraum Januar bis Anfang Juli 2020 gegenüber 2019.
/ keine Angabe, da Zellenbesetzung zu gering.
Datenbasis: SOEPv35; SOEP-2019/2020 (Vorabdaten); SOEP-CoV; RKI-Daten (eigene Berechnungen)

Heimquarantäne hatten. Erhöhte regionale Infektionen betrafen vor allem junge Single- und Paarhaushalte, Familienhaushalte mit zwei und mehr Kindern sowie Paarhaushalte mit Personen im Alter von 75 oder mehr Jahren.

14.4.5 Veränderungen und Risiken am Arbeitsmarkt und beim Einkommen nach Bevölkerungsgruppen

Die sozialen und ökonomischen Folgen der Coronapandemie gingen für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Haushaltskonstellationen über die unmittelbare epidemiologische Betroffenheit hinaus. Hier werden vier weitere der zuvor beschriebenen Indikatoren zu Veränderungen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt sowie bei den Einkommen und Rücklagen betrachtet – wiederum jeweils im Haushaltskontext: bereits erfolgter oder sehr wahrscheinlicher Arbeitsplatzverlust oder betriebliche Einschnitte (bei Selbstständigen) [hcov_4], coronabedingte Anpassungen am Arbeitsplatz (Kurzarbeit, Abbau von Überstunden, flexible Arbeitszeiten, Homeoffice) [hcov_5] sowie bereits erfolgte oder sehr wahrscheinliche Rückgriffe auf Spar- und Vermögensrücklagen beziehungsweise ernsthafte Geldprobleme oder Einbrüche im Lebensstandard [hcov_6]. Zudem wurden auch die Bevölkerungsanteile mit gegenüber dem Vorjahr rückläufigen nominalen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen erfasst [d1hek] (dieser Indikator schließt auch Einkommensangaben im Jahr 2020 noch vor Ausbruch der Pandemie im März 2020 mit ein).

Frauen waren in dem untersuchten Zeitraum (31. März bis 4. Juli 2020) in etwas geringerem Ausmaß von Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen und wiesen etwas höhere Werte bei finanziellen Risiken auf (siehe Tabelle 4a). Die Einkommensrückgänge im monatlichen Haushaltseinkommen betrafen indes Männer etwas stärker.

Die Risiken des Jobverlusts und bei Einkommen und Vermögen waren bei den Altersgruppen der (im Jahr 2018) 20- bis 29-Jährigen sowie 50- bis 59-Jährigen am höchsten. Damit waren Personen am Anfang und Ende des Erwerbslebens besonders stark betroffen. Weitere arbeitsmarktbezogene Auswirkungen (Flexibilisierung, Homeoffice) betrafen insbesondere die mittleren Erwerbsjahrgänge. Rückläufige Haushaltseinkommen fanden sich vor allem bei Personen im mittleren und höheren Erwerbsalter.

Personen mit direktem und indirektem Migrationshintergrund wiesen höhere Anteile bei Jobverlust, Arbeitsmarktanpassungen und finanziellen Risiken auf. Rückläufige Haushaltseinkommen zeigten sich vor allem bei Personen mit direktem Migrationshintergrund.

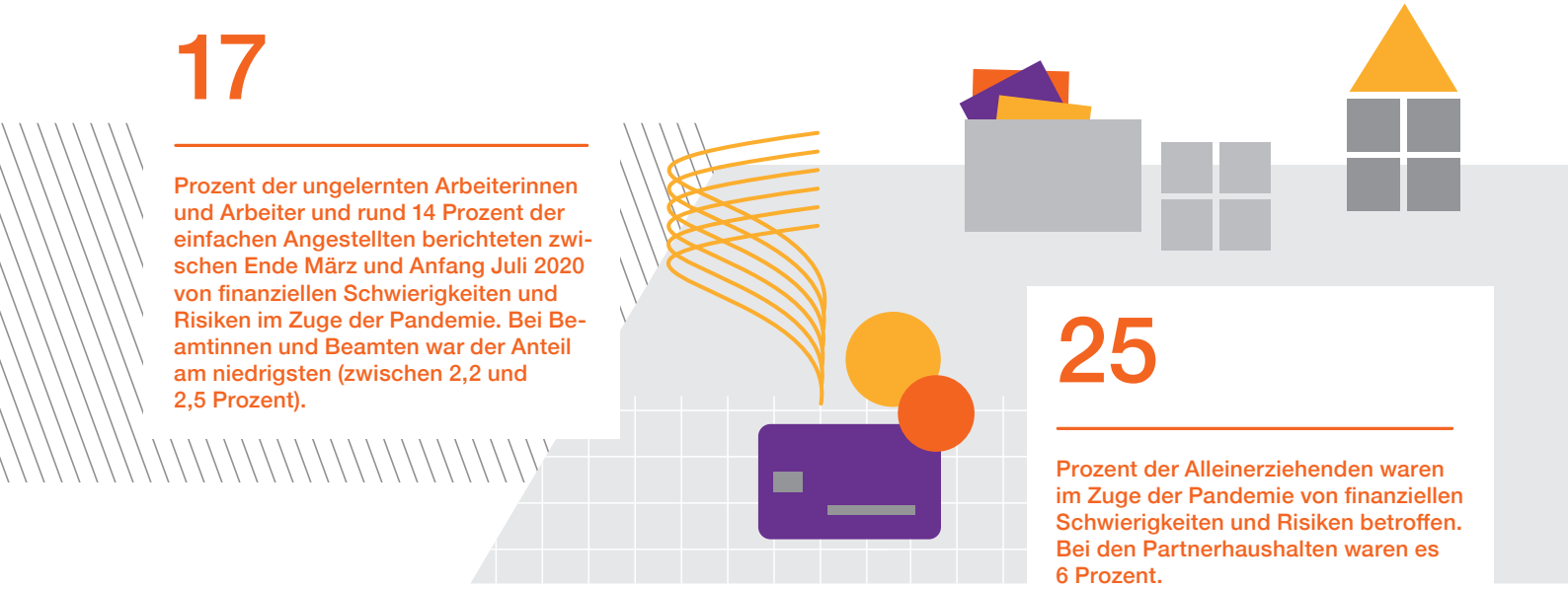
Städtische Regionen waren von Arbeitsmarktrisiken und Veränderungen wie auch von den finanziellen Risiken und Einkommenseinbußen stärker betroffen als ländliche Gebiete.

Entsprechend waren Gemeinden mit unter 2 000 Einwohnerinnen und Einwohnern auch weniger von (drohendem) Arbeitsplatzverlust und finanziellen Risiken betroffen. Diese konzentrierten sich stärker auf größere Städte und Großstädte – wobei die Rückgänge im Haushaltseinkommen in Großstädten ab 500 000 Einwohnerinnen und Einwohner wiederum eher geringer ausgeprägt waren. Mieterinnen und Mieter wiesen höhere Arbeitsmarkt- und Finanzrisiken auf, wogegen Eigentümerinnen und Eigentümer etwas höhere Rückgänge im Haushaltseinkommen verbuchten.

Verheiratet Zusammenlebende waren in geringerem Maße von grundlegenden finanziellen Risiken, Risiken des Arbeitsplatzverlustes oder Arbeitsplatzmaßnahmen im Zuge der Coronapandemie betroffen; allerdings sind hier die Nennungen von Rückgängen im Haushaltseinkommen häufiger. Ledige waren überproportional

17

Prozent der ungelernten Arbeiterinnen und Arbeiter und rund 14 Prozent der einfachen Angestellten berichteten zwischen Ende März und Anfang Juli 2020 von finanziellen Schwierigkeiten und Risiken im Zuge der Pandemie. Bei Beamtinnen und Beamten war der Anteil am niedrigsten (zwischen 2,2 und 2,5 Prozent).



25

Prozent der Alleinerziehenden waren im Zuge der Pandemie von finanziellen Schwierigkeiten und Risiken betroffen. Bei den Partnerhaushalten waren es 6 Prozent.

Soziale Unterschiede im COVID-19-Risiko am Anfang der Pandemie

Jens Hoebel, Niels Michalski, Benjamin Wachtler, Stephan Müters (Robert Koch-Institut, Berlin)

Die sozialepidemiologische Forschung zeigt, dass die Gesundheitschancen, Krankheits- und Sterberisiken der Menschen in engem Zusammenhang mit Merkmalen ihres sozioökonomischen Status stehen (siehe Kapitel 9.2, Seite 334). Inzwischen ist für eine Vielzahl von Erkrankungen und für verschiedene Todesursachen nachgewiesen, dass auch in Ländern, die über entwickelte Wohlfahrtssysteme verfügen, Personen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status ein erhöhtes Risiko haben, krank zu werden und vorzeitig zu versterben. Diese gesundheitliche Ungleichheit ist zwar besonders umfassend für chronische Erkrankungen belegt, darunter auch chronische Infektionskrankheiten wie die Tuberkulose. Aber auch für akute Infektionskrankheiten, zum Beispiel virale Erkrankungen der Atemwege, liegen Hinweise darauf vor, dass diese nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich häufig und gleich schwer betreffen. So haben Analysen der Influenza-Pandemien 1918 und 2009 gezeigt, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärker von der Influenza beziehungsweise von tödlichen Krankheitsverläufen während der Pandemien betroffen waren als sozial bessergestellte Gruppen. Geografisch und zeitlich können sich solche sozialepidemiologischen Muster allerdings unterscheiden und über den zeitlichen Verlauf einer Pandemie auch verändern.

Für das erstmals im Dezember 2019 im chinesischen Wuhan identifizierte neuartige Coronavirus (SARS-CoV-2) und die dadurch ausgelöste COVID-19-Erkrankung ist bislang nur wenig über soziale Unterschiede im Infektions-, Erkrankungs- und Sterberisiko bekannt. Soziale Unterschiede im COVID-19-Geschehen könnten unter anderem durch ein sozial differenzielles Infektionsrisiko entstehen, welches sich aus den ungleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen ergibt, zum Beispiel in Bezug auf die Wohnverhältnisse oder die Möglichkeit von Homeoffice. Im Hinblick auf die Erkrankungsschwere und den Verlauf einer COVID-19-Erkrankung könnten Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status ein höheres Risiko für schwere Krankheitsverläufe haben als Personen mit höherem sozioökonomischem Status, weil sie häufiger von Vorerkrankungen, zum Beispiel des Herzkreislaufsystems und der Lunge, betroffen sind, die als Risikofaktoren für schwere COVID-19-Verläufe gelten.

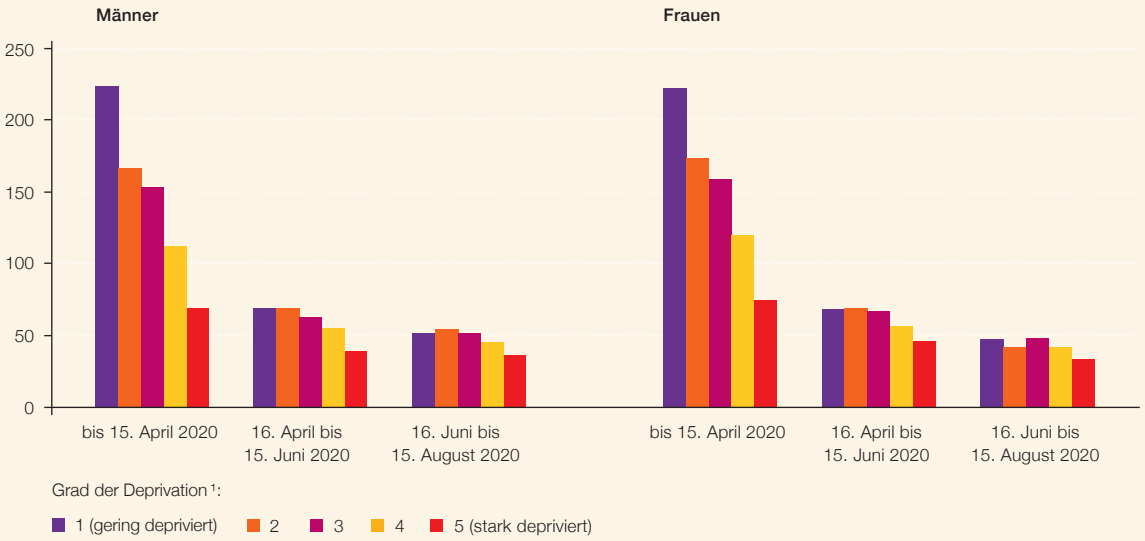
Die noch wenigen Daten zu sozialen Unterschieden im COVID-19-Geschehen in den Anfangsmonaten der Pandemie stammen vor allem aus den USA und Großbritannien. Die Befunde aus diesen Ländern weisen auf soziale Unterschiede im Infektionsrisiko mit SARS-CoV-2 und in der Erkrankungsschwere von COVID-19 zuungunsten von Personen aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen hin. Die Befunde basieren vielfach auf ökologischen Analysen, in denen sozialräumliche Daten zur sozioökonomischen Lage mit regionalen COVID-19-Daten in Zusammenhang gesetzt werden. Dies ermöglichen auch die amtlichen Meldedaten zu laborbestätigten COVID-19-Fällen in Deutschland, die auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes in den Gesundheitsämtern erfasst und an das Robert Koch-Institut übermittelt werden. Diese bundesweiten Meldedaten lassen sich auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte mit dem »German Index of Socioeconomic Deprivation« verknüpfen, der die regionale sozioökonomische Deprivation auf Basis von Regionaldaten zur Bildungsbeteiligung, Beschäftigung und Einkommenssituation der regionalen Bevölkerungen angibt.

Die bundesweiten Meldedaten des Robert Koch-Instituts zeigen, dass in den Anfangsmonaten der COVID-19-Pandemie bis Mitte April 2020 mehr COVID-19-Fälle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner in den weniger deprivierten Regionen als in den stärker deprivierten Regionen Deutschlands gemeldet wurden. Altersunterschiede zwischen den mehr und weniger stark deprivierten Regionen sind dabei bereits durch eine Altersstandardisierung statistisch bereinigt. Dieser regionale soziale Gradient mit einer höheren Neuerkrankungsrate in weniger deprivierten, also sozioökonomisch bessergestellten Regionen veränderte sich im Verlauf der Pandemie und schwächte sich ab Mitte April 2020 deutlich ab. So ist der Gradient im Meldezeitraum zwischen Mitte Juni und Mitte August 2020 kaum noch zu erkennen (siehe Abbildung).

Für das Ausbruchsgeschehen in den Anfangsmonaten der Epidemie in Deutschland wurden unter anderem Reisetätigkeiten, insbesondere Viruseintragungen durch Reiserückkehrer aus dem Skiurlaub in verschiedenen Alpenregionen, wie auch weitere Übertragungen des Virus durch regionale

Pendlerverflechtungen diskutiert. Dies lässt es plausibel erscheinen, dass in der Frühphase der Epidemie in Deutschland Regionen mit einer geringeren sozioökonomischen Deprivation, also Regionen mit durchschnittlich hohem sozioökonomischen Status ihrer Bevölkerungen, stärker betroffen waren, da die Reisetätigkeiten – insbesondere Skireisen – gute finanzielle Möglichkeiten voraussetzen und auch Pendlerverflechtungen zwischen Regionen mit stärkerer Wirtschaftsleistung besonders ausgeprägt sein dürften. Gleichzeitig könnten weitere Faktoren wie die räumliche Nähe zu Skigebieten und den anfänglichen europäischen Risikogebieten wie jenen in Norditalien eine Rolle gespielt haben. Denn die weniger deprivierten Landkreise und kreisfreien Städte finden sich vorwiegend im Süden des Bundesgebiets und liegen damit zumeist näher an den genannten Risikogebieten des anfänglichen Ausbruchsgeschehens als die stark deprivierten Kreise, die sich insbesondere im Nordosten Deutschlands befinden. Die sich abzeichnende Dynamik in den Mustern sozialer Unterschiede im COVID-19-Geschehen verdeutlicht, dass diese Muster eines weiteren Monitorings über den Fortlauf der Pandemie bedürfen. Zudem bedarf es einer Ergänzung dieser sozialräumlichen Betrachtung um Analysen auf Individualebene, um weitere Einblicke in Form und Ausmaß sozialer Unterschiede im COVID-19-Geschehen zu gewinnen.

Altersstandardisierte COVID-19-Neuerkrankungsrate in Deutschland nach regionaler sozioökonomischer Deprivation und Zeitraum des Meldedatums 2020 — Fälle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner



Altersstandardisiert auf die Europastandardbevölkerung 2013.
1 Der Grad der Deprivation gibt zusammenfassend das Ausmaß sozioökonomischer Benachteiligung von Regionen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Einkommen an.
Quelle: Meldedaten des Robert Koch-Instituts (Datenstand 14.09.2020, 00:00 Uhr)

von Veränderungen am Arbeitsplatz betroffen. Verwitwete wurden (altersbedingt) von Arbeitsmarkt- und Einkommensrisiken in Verbindung mit der Coronapandemie hingegen nur selten erfasst.

Innerhalb der Bildungsgruppen traten mit der Coronapandemie verbundene Risiken des Jobverlustes besonders bei Personen auf, die (2018) den Status als Studierende und Auszubildende oder Realschülerinnen und Realschüler sowie Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ohne Abschluss hatten. Coronabedingte Anpassungsmaßnahmen am Arbeitsplatz betrafen insbesondere höhere Bildungsgruppen wie Fachhochschülerinnen und -schüler, Personen mit Abitur, Fachhochschul- und Universitätsabschluss sowie Personen, die 2018 im Studium oder in der Ausbildung waren. Die höchsten finanziellen Risiken zeigten sich bei Realschülerinnen und Realschülern sowie Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ohne Abschluss sowie bei Personen mit sonstigen Bildungsabschlüssen. Rückläufige Einkommen erfolgten vor allem bei Realschülerinnen und Realschülern sowie Gymnasiastinnen und Gymnasiasten mit und ohne Abschluss.

Nichterwerbstätige waren von arbeitsmarktbezogenen Folgen der Pandemie kaum betroffen und zeigten auch bei den Finanzrisiken und Einkommensrückgängen geringere Werte. Bei den im Jahr 2018 als arbeitslos erfassten Personen wurden demgegenüber finanzielle Risiken und auch Arbeitslosigkeitsrisiken am häufigsten genannt. Maßnahmen am Arbeitsplatz, um auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu reagieren, betrafen am häufigsten Erwerbstätige (Vollzeit- wie Teilzeitbeschäftigte) sowie Personen, die 2018 in Ausbildung waren. Rückläufige Haushaltseinkommen waren vor allem bei Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigen zu beobachten.

Das Risiko des Arbeitsplatzverlustes war besonders bei Selbstständigen hoch. Bei den abhängig Beschäftigten waren insbesondere un- und angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter betroffen. Maßnahmen am Arbeitsplatz zur Abfederung der wirtschaftlichen Risiken berichteten vor allem Angestellte sowie Beamtinnen und Beamte. Einbußen beim Lebensstandard und Rückgriffe auf Einkommensrücklagen betrafen neben den Selbstständigen auch einfache Angestellte sowie un- und angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter. Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Meisterinnen und Meister sowie ungelernte Arbeiterinnen und Arbeiter waren am häufigsten von Einbußen beim Haushaltseinkommen betroffen, aber auch leitende Angestellte wiesen erhöhte Rückgänge im Haushaltseinkommen auf.

Das Risiko von Arbeitslosigkeit betraf in höherem Maße große Haushalte ab fünf Personen. Von Maßnahmen am Arbeitsplatz zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie berichteten hingegen vor allem Haushalte mit drei bis vier Personen. Finanzielle Risiken und Einkommensrückgänge waren besonders bei großen Haushalten (fünf oder mehr Personen) sowie Haushalten mit drei Personen verbreitet. Finanzielle Risiken fielen bei Zwei-Personen-Haushalten am niedrigsten aus, Ein-Personen-Haushalte hatten die niedrigsten Quoten bei Einkommensrückgängen.

Jüngere Haushalte (Haushaltsvorstand im Alter bis 34 Jahre) zeigten bei Jobverlust und finanziellen Risiken die höchsten Werte. Arbeitsplatzbezogene Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen traten vor allem bei Haushalten im mittleren Erwerbsalter (Haushaltsvorstand im Alter von 35 bis 54 Jahren) auf, waren aber auch bei den jüngeren Haushalten stark ausgeprägt. Bei Haushalten im mittleren Erwerbsalter fanden sich auch die meisten Einkommensrückgänge.

Differenziert nach Personengruppen im Haushalt hatten Kinder unter 18 Jahren (also die im Jahr 2020 18- bis 20-Jährigen) die höchsten Risiken des Arbeitsplatzverlustes. Bei ihnen traten auch die meisten arbeitsplatzbezogenen Veränderungen auf. Haushaltsvorstände trugen indes die höchsten finanziellen Risiken. Einkommensrückgänge betrafen zudem insbesondere auch Partner sowie erwachsene Kinder.

Ein-Eltern-Haushalte wiesen die höchsten Risiken von Arbeitslosigkeit und finanziellen Schwierigkeiten auf. Von arbeitsplatzbezogenen Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen berichteten insbesondere Familienhaushalte (siehe auch Kapitel 14.3.1, Seite 484). Einkommensrückgänge fanden sich häufiger bei Familienhaushalten und insbesondere bei Haushalten mit erwachsenen Kindern.

Bei der detaillierten Darstellung der Haushaltstypen im Lebensverlauf konzentrieren sich die Risiken des Arbeitsplatzverlustes vor allem auf Paarhaushalte jüngeren und mittleren Alters ohne Kinder sowie Ein-Eltern-Haushalte mit einem Kind. Arbeitsplatzbezogene Maßnahmen erfuhren am häufigsten Familienhaushalte mit ein bis zwei Kindern. Von finanziellen Einbußen berichteten insbesondere Ein-Eltern-Haushalte mit einem Kind. Auch bei Singlehaushalten unter 55 Jahren, Ein-Eltern-Haushalten mit zwei und mehr Kindern, Familienhaushalten mit einem Kind oder mit drei und mehr Kindern sowie Paarhaushalten mittleren Alters zeigten sich häufiger finanzielle Probleme. Von Einkommensrückgängen waren insbesondere Familienhaushalte mit drei und mehr Kindern, Ein-Eltern-Haushalte mit zwei und mehr Kindern sowie Haushalte mit erwachsenen Kindern betroffen.

14.4.6 Zusammenfassung und Ausblick

Die vorliegenden Ergebnisse bilden eine Momentaufnahme im Verlauf der Coronapandemie in Deutschland bezogen auf den Zeitraum von Ende März bis Anfang Juli 2020. Sie können angesichts des dynamischen Verlaufs und auch der danach wieder gestiegenen Infektionszahlen nicht ohne Weiteres auf spätere Phasen der Pandemie übertragen werden. Sie beruhen zum Teil auf noch vorläufigen Daten und können daher nur als erste Hinweise verstanden werden.

Die Ergebnisse zu den Einkommensschichten legen für diesen Beobachtungszeitraum nahe, dass von der Pandemie in Deutschland zu Beginn zunächst stärker

die höheren Einkommensschichten betroffen waren, im weiteren Verlauf aber auch die mittleren und unteren Einkommensschichten erreicht wurden. Dieser Befund wird durch soziodemografische Ergebnisse gestützt, die höhere regionale Infektionsziffern einerseits bei städtischen Regionen, höheren Bildungsabschlüssen und leitenden Angestellten sowie Beamtinnen und Beamten auswiesen, andererseits aber auch bei Orten und Kleinstädten (mit 2 000 bis 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern), Personen mit direktem Migrationshintergrund sowie bei Arbeiterinnen und Arbeitern. Entsprechend waren Tests und insbesondere Heimquarantäne bei mittleren und unteren Einkommensschichten auch stark verbreitet.

Die weiteren Analysen zum zeitlichen Verlauf verweisen implizit auf die Wirksamkeit der umfassenden staatlichen und individuellen Schutzmaßnahmen, die sich nicht nur in dem deutlichen Rückgang der Infektionszahlen zeigte, sondern auch in den insgesamt eher rückläufigen finanziellen Risiken, dem breiteren Schutz mittlerer Einkommensgruppen vor Arbeitsplatzverlust sowie eher unauffälligen Risikoverläufen bezüglich der sozialen und ökonomischen Auswirkungen für die nicht direkt am Arbeitsmarkt beteiligten Personengruppen. Unter den Erwerbstätigen konzentrierten sich die Risiken des Arbeitsplatzverlustes auf Personen am Anfang und Ende der Berufsbiografie (in den Altersgruppen 20 bis 29 sowie 50 bis 59 Jahre), Selbstständige, Personen mit Migrationshintergrund und Personen, die im Jahr 2018 arbeitslos waren. Betriebliche Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie, wie Arbeitszeitregelungen, Kurzarbeit oder Homeoffice, waren weit verbreitet. Sie betrafen überwiegend qualifizierte Angestellte, Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Meisterinnen und Meister mittleren Alters sowie Personen mit höheren Bildungsabschlüssen. Finanzielle Risiken betrafen insbesondere Personen im Erwerbsalter, mit Migrationshintergrund, ohne beruflichen Abschluss sowie (vormals) Arbeitslose, Selbstständige und un- und angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Ergebnisse verweisen auf eine hohe Dynamik im epidemiologischen und sozioökonomischen Verlauf, die ungeachtet des zwischenzeitlich deutlichen Rückgangs der Infektionszahlen bis Anfang Juli 2020 auf eine Veränderung der Prävalenzen nach Einkommensschichten und damit auf eine unter Umständen grundlegend veränderte Risikostruktur im weiteren Pandemieverlauf deutet.